

Montag, 9. April 1984 - D\*\*

Nr. 85 - 15. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Arzt Springer Verlag AG, Post, 10 08 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1

Belgien 36,00 Mrd., Dänemark 8,00 Mrd., Frankreich 6,50 Mrd., Griechenland 90 Mrd.
Großbritannien 65 Mrd., Italien 130 Mrd., Japan 130 Mrd., Luxemburg 25,00 Mrd.

Strauß: Wir können uns einen Streik doch gar nicht leisten

Arbeitsniederlegungen im Druckbereich / Kirchner: Tür steht weit offen

POLITIK

Steuereffekte: Die Haushalts-Experten der Bonner Koalition wollen sicherstellen, daß die Entlastung der Steuerzahler nicht durch eine gleichzeitige Anhebung von Verbrauchsteuern ausgeglichen wird. Vielmehr soll die Staatsverschuldung langsamer abgebaut und bei den Subventionen gespart werden. (S. 10)
Indochina: An der chinesisch-vietnamesischen Grenze kam es zu den schwersten Grenzwirtschaften seit dem Krieg vor fünf Jahren. Hanoi meldete, chinesische Einheiten seien auf vietnamesisches Gebiet vorgerückt und in einer dreistündigen Schlacht zurückgetrieben worden. (S. 5)
Europa-Armee: Die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee forderte CSU-Chef Strauß auf dem Wehrpolitischen Kongreß der Partei. Die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Europäer würden ausreichen, ein „kriegsverbindendes Potential“ zu bilden. (S. 10)
Kleins Fläne: Der abgewählte Münchner Oberbürgermeister Kiesel hat seine Kandidatur für den Posten des CSU-Fraktionschefs im Rathaus angekündigt. (S. 4)
Mittelamerika: Die USA haben Paris wissen lassen, daß französische Hilfe bei der Minenräumung vor den Küsten Nicaraguas nicht in ihrem Interesse sei. (S. 10)
Polen: Die Westhilfe für die Landwirtschaft nimmt konkrete Formen an. Ein erstes Projekt, eine Fabrik für Schädlingsbekämpfungsmittel, soll noch in diesem Jahr anlaufen. (S. 10)
„Vorwärts“: Die SPD ist davon abgerückt, die Parteizentrale durch erhöhte Mitgliedsbeiträge zu finanzieren. Ein solches Vorhaben sei nicht durchzusetzen.
Tschad: Bei der Explosion einer Mine wurden neun französische Soldaten getötet. (S. 10)
Heute: Treffen der EG-Außenminister in Brüssel. - Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen bei Reagan.

Eindeutige politische Motive“ sind der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hinter dem Festhalten der IG Druck und der IG Metall an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung sagte Strauß: „Wir können uns einen Streik gar nicht leisten. Die wirtschaftliche Erholung ist noch nicht gesichert, die Arbeitslosigkeit noch nicht wirklich bekämpft. All dies wird durch einen Streik gefährdet. Es geht auch nur vorübergehend um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; ich sehe eindeutige politische Motive. Da wollen einige ihr Mitleid kühlen für den Regierungswechsel in Bonn.“ Wer wirtschaftlichen Verstand habe könne nur „nein“ sagen zur 35-Stunden-Woche.
Außerdem seien die Streiks gegen die Arbeitslosen gerichtet und die Vorrückungsregelung sei „viel arbeitnehmerfreundlicher“. Strauß erklärte, er sei nicht generell für die 40-Stunden-Woche um jeden Preis, aber wenn in einzelnen Branchen kürzer gearbeitet werde, „dann mit dem Einsatz von mehr Robotern und mehr Samstags-Arbeit“. Er glaube aber, so Strauß weiter, immer noch an einen „Sieg der Vernunft der besonnenen Gewerkschafter“.
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dagegen Arbeitnehmer und Gewerkschafter aufgefordert, weiterhin für den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ zu kämpfen: „Wenn die Arbeiterbewegung fundamental herausgefordert wird - und die Massenarbeitslosigkeit ist eine solche fundamentale Herausforderung - dann müssen wir gemeinsam diese Herausforderung annehmen und dürfen nicht vor ihr kucken.“
In der Druckindustrie hatten Arbeitsniederlegungen am Freitag die Produktion der Wochenend-Ausgaben mehrerer Zeitungen behindert. In München mußten die Zeitungsleser auf die Samstag-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ verzichten. Nur deren Fernausgabe hatte noch rechtzeitig gedruckt werden können.
Zu Arbeitsniederlegungen kam es am Freitag auch in der Druckerei der „Bild“-Zeitung in Neu-Isenburg. dpa

DER KOMMENTAR

Streik?

HERBERT KREMP

Wenn die 35-Stunden-Woche kommt, wird es zweifellos mehr Arbeitsplätze geben - allerdings für die Japaner und Koreaner, die bekanntlich keine Mühe scheuen. Dieser Hinweis Hans-Dietrich Genschers auf die Politik der Arbeitsplatz-Vertreibung, die einige Gewerkschaften in Gang setzen wollen, hat sich bei der Mehrheit der Deutsche offenbar längst festgesetzt. Sonst wäre es nicht erklärbar, daß nach einer Meinungsumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen 73 Prozent der Befragten die 35-Stunden-Woche ablehnen - unter den SPD-Wählern 62,3 Prozent. Die Vernunft hat ein breites Fundament.
Die Arbeitgeber wollten allerdings keine Verhandlungen auf regionaler Ebene mehr aufnehmen. Er äußerte die Hoffnung, daß die IG Metall auf ihrer für Montag einberufenen Vorstandssitzung die von den Arbeitgebern gebaute Brücke beschreiten. Die Arbeitgeber hätten mit einem Lohnangebot von 3,3 Prozent und einem Vorrückungsgeld bis zu 70 Prozent mit 58 Jahren der IG Metall „ein so hoch qualifiziertes und kosteneffizientes Angebot gemacht wie nie zuvor.“
Die ausländischen Aussteller, die dafür gesorgt haben, daß die Hannover-Messe '84 eine Rekordbeteiligung verzeichnet, sind durchweg von der Resonanz auf ihre Präsentation zufrieden. In besonderem Maße gilt dies für Indien, den diesjährigen Partnerland. Aus den ersten Kontakten und Anbahnungsgesprächen mit Kunden aus aller Welt haben sich für die Indier auf der Messe bereits einige Kooperationsverträge abgelesen. Auch der Ostblock ist mit der Beteiligung zufrieden, wenngleich darauf hingewiesen wird, daß noch beträchtliche Reserven für intensivere Wirtschaftsbeziehungen bestehen, wie der Sprecher der sowjetischen Delegation erklärte.
Allen Grund zur Zufriedenheit haben die Veranstalter der größten Investitionsschau der Welt. Nach anfänglicher Zurückhaltung weist alles darauf hin, daß die Rekordbesucherzahl des Vorjahres (860 000) in diesem Jahr noch deutlich übertroffen wird.

Wird das etwas nützen? Die Kampfansagen der IG Metall und der IG Druck beruhen nicht auf wirtschaftlichem Kalkül. Deon man weiß auch dort, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich dem Verhalten eines Piloten gleicht, der beim Start einer schweren Maschine zwei Triebwerke ausschaltet: Der Vogel sackt ab. Die Verteuerung der Arbeit kostet die Wirtschaft Schubkraft. Steigende Produktionskosten fördern die ausländische Konkurrenz. Sie zwingen die Unternehmen zu Rationalisierungen und zum Abbau von Arbeitsplätzen. Diese beinhalten Logik ist denjenigen, die jetzt zum Streik rufen, durchaus bekannt. Warum handeln sie dann aber kontra-produktiv - letzten Endes gegen die Interessen der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer?
Die im DGB organisierten Gewerkschaften sind sich nicht einig. Man kann dem Gewerkschaftsbund als ganzem daher nicht den Vorwurf machen, er wolle den begonnenen Aufschwung stoppen, weil in Bonn andere regieren. Die ideologische Speerspitze bildet die IG Druck. Könnte sie ihre Forderungen durchsetzen, hätten die Unternehmen in diesem Jahr rund 40 Prozent mehr Lohnkosten zu zahlen. Mit diesem langen Zug aus der Fülle wäre es aber nicht getan. Die Gewerkschaft fordert darüber hinaus einen scharfen Rationalisierungsschutz und aus diesem Anlaß eine Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation, der Gestaltung der Arbeitsinhalte und bei der Zahl der Arbeitsplätze. Mit anderen Worten: Die Unternehmer sollen einbetonierte werden, damit sie sich nicht mehr nach den Gesetzen der Wirtschaft bewegen können.
Die IG Druck handelt gesellschaftspolitisch. Sie weiß, daß ihre Forderungen ruhmlos sind: sie weiß, daß die Verlage dezimiert würden, Gabe es nicht doch noch einen Zug zurück zur Vernunft der breiten Mehrheit. Sind Informationsfülle und Meinungsfreiheit nicht Werte, über die trotz aller Kontroversen Einigkeit bestehen sollte?

FDP: Kritik und Beifall für Genscher

Sowjetmarschall rechtfertigt Jumbo-Abschluß

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat gestern in Wolfsburg auf dem Parteitag der niedersächsischen Freien Demokraten inhaltlich zu der Kritik Stellung genommen, die am Freitag auf einem Parteitag der hessischen FDP in Langgöns an ihm geäußert worden war. Genscher sagte lediglich, es sei nicht seine Art, sich mit denen auseinanderzusetzen, die nicht da seien. Der FDP-Chef, der sich erneut für Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat anstelle des Einstimmigkeitsprinzips aussprach, erhielt für seine Rede in Wolfsburg anhaltenden Beifall. Zu einer Aussprache kam es nicht, da Genscher in Wolfsburg nur 90 Minuten lang anwesend war.
Auf dem Parteitag der hessischen FDP am Samstag hatte der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der nordhessischen FDP, Alfred Schmidt, von zahlreichen Delegierten Zustimmung für seine Forderung erhalten, die FDP brauche ein „politisches Profil mit Kantten und Ecken“. Schmidt erneuerte auf dem Parteitag seine schon zuvor geäußerte Kritik an Genscher und warf ihm vor, er stehe einer programmatischen Erneuerung der Partei im Wege und sei mitentscheidend daran, daß besonders junge Wähler der FDP den Rücken kehren.
Der oberfränkische FDP-Bezirksvorsitzende Peter Jacobi legte am Wochenende aus Protest gegen die „Führungs- und Richtungslosigkeit der FDP auf Bundesebene“ sein Amt nieder.
Seite 2: Aufstand der Utopisten
Seite 4: Genscher in Schußlinie

Anzeige

Orientteppiche und Brücken in neuen, größeren Räumen
Damit ist die Auswahl unter erlesenen Orientteppichen und Brücken bei uns größer und wertvoller geworden. Wir geben Ihnen einen umfassenden Überblick über ausgesuchte und unverfälschte Teppiche und Brücken aus den klassischen Knüpfszentren.
RVE
RINCKLAKE VAN ENDERT
gegründet 1951
TEXTIL
Münster, Rothenburg 14-17, Tel. 0251/79031

Hannover: Tendenz zeigt aufwärts

Kann zum Jahresende mit Neueinstellungen in der Industrie gerechnet werden?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Nabezu deckungsgleich sind die Aussagen der auf dem hannoverschen Messengelände vertretenen Wirtschaft: Es ist dies die beste Hannover-Messe seit vielen Jahren. „Wenn sich die zur Hälfte abzeichnenden Ergebnisse im weiteren Verlauf der Veranstaltung bestätigen und die Stimmung dieser Messe übertragen werden kann auf das Wirtschaftsklima insgesamt, dann hat Hannover seinen Zweck erfüllt“, meinte gestern der Sprecher eines bedeutenden deutschen Unternehmens.
Mit Euphorie haben Stellungnahmen dieser Art kaum etwas gemein. Immerhin ist aber die optimistische Grundstimmung in Hannover unverkennbar. Die Tendenz zeigt eindeutig aufwärts; der von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zur Krönung der Messe angesprochene „sich selbsttragende Aufschwung“ spiegelt sich in einer regen Ordeitätigkeit wider.
Nicht nur die Aussteller der traditionell begünstigten Büro- und Informationstechnik verweisen auf gute

Sowjetmarschall rechtfertigt Jumbo-Abschluß

Den Abschluß eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Abgänger am 1. September 1983 hat der stellvertretende Verteidigungsminister, Luftmarschall Alexander Koldunow, anläßlich des Tages der sowjetischen Luftabwehr im Partei-Organ „Pravda“ als Beispiel „hoher Bereitschaft zur Erfüllung des Kampfauftrages“ gewürdigt. Er bezeichnete den Abschluß, bei dem 269 Zivilisten den Tod fanden, als „Unterbindung einer vor amerikanischen Geheimdiensten vorbereiteten Provokation“. Koldunow verwies dabei auch auf die „Vernichtung“ der US-Auftklärer vom Typ U-2 und RB-47 im Jahre 1960, erwähnte aber nicht die durch Beschuß erzeugte Notlandung einer Passagiermaschine der Korean Airlines im Sommer 1978 bei Murnansk.
Mit den gleichen Argumenten verteidigte auch Luftwaffen-Generaloberst Moskwtsew in der Zeitung „Selskaja Schima“ (Dorfbewohner) den Abschluß des koreanischen Jumbo bei Sachalin. Es ist wohl kein Zufall, daß die Versuche, den Vorfall ein weiteres mal zu rechtfertigen, von hohen Offizieren der Luftwaffe unternommen wurden. Sie hat den Angriff auf das Verkehrsflugzeug unmittelbar zu verantworten.
Verteidigungsminister Marschall Ustinow sprach in einem Tagesbefehl an die Truppen der Luftabwehr auch die „Arbeiter der Rüstungsindustrie“ an und wünschte ihnen weitere Erfolge bei der Schaffung und Vervollkommen von Abwehrwaffen.

Unfall in der „DDR“: Seuchengefahr

Landwirtschaft im Randgebiet der Bundesrepublik und die Ostsee betroffen?

WERNER KAHL, Bonn
Auf der Ostsee-Insel Riems im Greifswalder Bodden, dem Sitz der zentralen „DDR“-Tierseuchenforschung, hat sich vor kurzem ein Umwandlungsbild von bisher unbekannten Ausmaß ereignet. Bei Arbeiten mit besonders gefährlichen Virusarten gelangten infolge eines Defektes Abwässer aus dem Infektionsbereich ins Freie. Der von Ost-Berlin geheim gehaltene Vorgang, der auch für die Landwirtschaft in Zonenrandgebieten der Bundesrepublik Folgen haben kann, wurde der WELT am Wochenende aufgrund in Bonn vorliegenden Erkenntnisse bestätigt.
Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Lindus (FDP), hatte vergangene Woche erklärt, das Ministerium habe keine Kenntnis von einem Unfall am Friedrich-Löffler-Institut für Tierseuchenforschung auf der Insel Riems. Mit einer schriftlichen Anfrage war der Bundestagsabgeordnete Eduard Lintner (CSU) nach einem Hinweis auf den Abwasserdefekt wegen der damit verbundenen möglichen Gefährdung der an die Ostsee angrenzenden landwirtschaftlichen Gebiete der Bundesrepublik bei der Bundesregierung vorstellig geworden. In den letzten Jahren hatten wiederholt Maul- und Klauenseuche, Rotlauf bei Schweinen und epidemische Geflügel-Krankheiten in der „DDR“ erheblichen Schaden angerichtet.
Der Ablauf des Unfalles auf der kleinen Insel vor Greifswald läßt, so wie er jetzt bekannt geworden ist, die Frage offen, ob und welche Stoffe in die Ostsee geschwemmt worden sind, auf Schuhen oder auf andere Weise auf das nahe Festland der pommerischen Küste übertragen worden sein könnten. Unbekannt ist auch mit welchen Viren und Teststoffen am Schadenstag experimentiert wurde.
Die östliche Quarantäne-Inspektion verhängte eine Seuchensperre über die Insel und erließ ein befristetes Ein- und Ausreiseverbot bis zum Abschluß der Desinfizierungsmaßnahmen. Nach internationaler Vereinbarung sind die Ostdeutschen Behörden nur zu einer Meldung verpflichtet, wenn ein nachweisbarer Schaden eingetreten ist. Im Fall Riems könnten Folgen jedoch erst in den kommenden Monaten festgestellt werden.
Das Friedrich-Löffler-Institut - 1910 nach seinem Gründer benannt - genießt als Zentrum der Tierseuchenbekämpfung einen hohen internationalen Ruf. Zum Institut gehört das Versuchstier-Kooperationslabor der benachbarten Insel Kosow. Die Wissenschaftler stehen unter dem Druck der SED-Führung, möglichst rasch Impfstoffe von „Weltniveau“ für Landwirtschaft und Haustierhaltung zu entwickeln. Die Auswertung der Forschungsergebnisse, die auch von den Sowjets und anderen Ostblockstaaten erteilt werden, führte wiederholt zu Engpässen in der Sicherheitstechnik, so daß möglicherweise darin eine Ursache des Defektes liegt.
Unter der Bevölkerung an der Südküste Rügens und auf Usedom - der Insel Riems benachbart - hat die Nachrichtensperre inzwischen zu Gerüchten über Seuchengefahren durch freigesetzte Viren für den Fischbestand und in der Ostsee Badende geführt.

Schwieriger Weg zu den Laser-Waffen

Das Projekt Romano als erster Schritt / Noch viele „Technologie-Wunder“ nötig

A. BÄRWOLF, Hamburg
Unter Nevada bebt wieder die Erde. Im Spielcasino des Sands-Hotels von Las Vegas bemerkte jedoch niemand die Stoßwelle, die sich vom Herd der Explosion auf dem Testgelände Mercury ausgebreitet hatte. Die Amerikaner hatten letzten Dezember im Einklang mit den bestehenden internationalen Verträgen eine nukleare Explosion unterhalb der 150-Kilotonnen-Grenze tief unter der Erde von Nevada ausgelöst. Es war eine besondere Atomexplosion: es war die Bombe des Projektes Romano.
Die Atombombe mit dem Codenamen Romano war eine besondere Bombe, weil um den Bombenmantel herum Dutzende von Stäben aus einem transparenten Material mit besonders dichten geheimen Stoffen wie Gold angebracht waren. Im Augenblick der Detonation bewirkte die freierwandelnde Energie der Atombombe in Form von Gammastrahlen den Effekt der Lichtverstärkung durch Strahlenanregung in den Dutzenden von Laser-Stäben. Und aus jedem der Laser-Stäbe schossen mit Lichtgeschwindigkeit hochenergetische Lichtblitze mit parallelen Strahlen durch die unterirdische Kammer. Eine Millisekunde später hatte die Druckwelle der Kernexplosion die Strahlenkanäle zerstört.
Die Bombe Romano war der bislang erfolgreichste Versuch der USA, das von Präsident Reagan am 23. März 1983 verkündete Ziel zu verwirklichen, durch Stationierung von Strahlenwaffen im Weltraum ballistische Offensivraketen der Sowjetunion unschädlich zu machen. Die Abwehr von Raketen, die bislang mit konventionellen Mitteln nicht erreicht werden kann, soll durch unkonventionelle Methoden gelingen, die die Politik der Abschreckung ablösen. Dabei nimmt der Plan immer mehr Gestalt an, den Vernichtungseffekt durch Laser zu erreichen, die durch Gammastrahlen nuklearer Explosionen „gepumpt“ werden.
Die politische Initiative Präsident Reagans vom 23. März 1983 mit der Direktive an die vereinigten Stabschefs, mit hoher Priorität weltraumgestützte Strahlenwaffen entwickeln zu lassen, verlangt praktisch die Realisierung technologischer Wunder. Diese „technologischen Wunder“ müssen auf wenigstens acht Gebieten der Ultratechnologie vollbracht werden. Das ist selbst vom heutigen Stand aus noch weit entfernt.

Tötet die Schule unsere Kinder?

Jedes Jahr begehen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 SchülerInnen und Schüler Selbstmord. Und annähernd 14 000 versuchen es. Was sind die Gründe? Die WELT berichtet auf einer Sonderseite (S. 6)

WIRTSCHAFT

US-Kapitalmarkt: Mit Wirkung von heute steigt der Diskontsatz der amerikanischen Notenbank von 8,5 auf neun Prozent. Die Erhöhung wurde mit dem relativ weiten Abstand zu den kurzfristigen Zinssätzen begründet. (S. 11)
Wachstums-Erwartungen 1985: Rund 180 000 Menschen weniger beschäftigen sich als 1983, ermittelte das Münchner Ifo-Institut. (S. 11)
Währungsfonds: Die Türkei erhält vom IWF einen Kredit über 238 Millionen Dollar für ein Jahr. Peru wurden 318 Millionen Dollar in Aussicht gestellt.

Berichte über die Hannover-Messe: Seite 14

ZITAT DES TAGES



„Ich will mich zur Vaterschaft der Weiden gerne bekennen, denn das war ein erfolgreiches und notwendiges Unternehmen“

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“
Foto: JUPP DACHINGER

KULTUR

Sinfonieorchester: Die Honorare für Dirigenten und Solisten sollten in der kommenden Spielzeit grundsätzlich auf dem Stand von 1982/83 eingefroren werden, beschlossen Vertreter der bedeutendsten Orchester aus zehn westlichen Ländern in Zürich.
Buchmesse: „Computerbücher“, die Melodien summen oder Geschichten vortragen, haben sich auf dem Markt der Kinder- und Jugendbücher fest etabliert, wie die 21. internationale Messe in Bologna zeigte. Derart rasant war ihr Vormarsch, daß sich die italienische Presse bereits fragt: „Sind sie der böse Wolf, der die Bücher verschlingen wird?“ (S. 19)

SPORT

Olympia: Trotz scharfer Angriffe kommunistischer Medien sehen westliche Sportführer keine erhöhte Boykott-Gefahr für die Olympischen Spiele in Los Angeles. (S. 18)
Fußball: Viele Spieler des Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig akzeptieren die angekündigte 50prozentige Gehaltskürzung nicht. Sie wollen wieder Amateure werden.
Leichtathletik: Die südafrikanische Weltrekordläuferin Zola Budd ist britische Staatsbürgerin geworden. Damit darf sie bei Olympia starten. (S. 17)

AUS ALLER WELT

„Bomber-Harris“: Sir Arthur Harris, als Luftmarschall der Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg verantwortlich für den Bombenkrieg gegen Deutschland, starb im Alter von 91 Jahren. (S. 3)
Satelliten „Solar Max“ auf seiner Umlaufbahn zu reparieren, ist im ersten Anlauf gescheitert. Zuvor war das Aussetzen eines Forschungsstellens problemlos geglückt. (S. 24)
Wetter: Weiterhin bewölkt, vereinzelt Schauer. 7 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Dienste müssen neu geordnet werden - Leitartikel von Manfred Schell S. 2
Formen: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT: Wort des Tages S. 7
Banken: Der Mut zum Risiko ist gewachsen - Stagnation durch Konjunkturbelastung S. 3
Fernsehen: „Ohne uns läuft nichts!“ - Blick in die Ausstattungsbetriebe beim WDR S. 9
Israel: General Tal dementiert: „Jerusalem besitzt keine Pläne zum Bau der Leo-Kanone“ S. 10
Panikraz: Die Dekadenz und der Fall Roms - über das neue Buch des Historikers Demandt S. 19
Umwelt: Borkenkäfer geben dem deutschen Wald den Rest - Forstämter rufen Notstand aus S. 20



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Aufstand der Utopisten

Von Enno v. Loewenstern

Sie haben ja so recht, die Parteifreunde, die Genscher an den Kopf warfen, er stehe für „die Zeit der Macher“. Von Taktik versteht er was. Viel Volk lief zusammen, um bei den Niedersachsen seine Abfuhr an den Nordhessen Alfred Schmidt zu hören. Stattdessen redete Genscher von Aufschwung und 35-Stunden-Woche, von Technologie und Elite, von Gott und der Welt und Europa, aber nicht von seinen Kritikern.

Das war schon eine Abfuhr, noch dem Motto: nicht einmal ignorieren. Und er konnte es sich leisten. Nicht nur, weil Mischnick und der hessische FDP-Chef Gerhardt ihm die Henkersarbeit abgenommen hatten. Sondern auch deshalb, weil jener Alfred Schmidt und seine Streitgenossen das Elend der FDP selber so ergreifend darstellten.

Was lasten sie Genscher an? Daß die Partei in einer „Schieflage“ sei und wieder „politisches Profil mit Ecken und Kanten“ brauche sowie den „Mut, unbequem zu sein.“ Wir sollten unsere gemeinsamen Sorgen in Aktivitäten umsetzen, die die FDP wieder zu einer attraktiven Partei machen. Die Protesthaltung der jungen Leute zeige, „daß es bei uns Fehler geben muß“. Man brauche „sichtbare eigenständige Programmatik der FDP in der neuen Bonner Koalition“. Genscher stehe für die „Zeit der Macher“, jetzt seien Politiker gefragt, die „Visionen, Utopien und langfristige Ziele“ verkörpert.

Ein Sammelsurium - oder Sabbelsurium - von Leerformeln also. Man versteht die Angst vor dem Rückgang an Mitgliederzahlen (allein in Niedersachsen von 10 000 auf 8500) und Wählerstimmen. Nur: Die Aufgabe der Kritiker wäre es, zu sagen, was Genscher falsch macht und wie man bessere Politik machen kann.

Mit Visionen und Utopien verbinden die denkenden Menschen im Lande jene dreizehn Jahre, die ihnen zweieinhalb Millionen Arbeitslose und ein verwüstetes politisches Klima eingebracht haben. Die Jugend braucht ordentliche Schulen und Lehrstellen und nicht Aktivitäten um der Aktivitäten willen. Wenn die FDP dazu Nützliches beibringt, verdient sie Wählerstimmen; wenn Genschers Kritiker dazu Nützliches beibringen, verdienen sie Beachtung.

## Der Schießbefehl gilt

Von Werner Kahl

Daß in diesem frostigen Frühlingserwachen die Friedhofsruhe der Minenfelder an der innerdeutschen Grenze - noch - nicht von Salven aus Maschinenpistolen zerrissen wurde, bedeutet leider kein Ende der dreißigjährigen Menschenjagd. Die relative Ruhe erklären Kenner der Szene mit zwei Maßnahmen des Regimes. Ein neuer Elektrosignalzaun anstelle der Todesautomaten fängt Flüchtlinge bereits im Vorfeld von Minen und Todesstreifen ab. Und die in jüngster Zeit erteilten Ausreisegenehmigungen veranlassen jene, die jetzt eine Chance zu legaler Ausreise sehen, ihr Leben nicht am Todesstreifen zu riskieren.

Der Führung in Ost-Berlin kommt das Spiegel-Bild, das jüngst erst wieder Klaus Bölling mit Ostexperten-Gestus herzustellen suchte - „seit Werbellin“ hätten „Grenzsoldaten nur noch ganz selten gezielt geschossen“; das habe nicht mit Salzgrün, sondern „mit Denkprozessen im SED-Politbüro“ zu tun - gewiß nicht unangelegentlich. Tatsächlich wurde jedoch der Schießbefehl wieder gemildert noch gar aufgehoben. Darüber besteht unter Fachleuten gerade nach den Aussagen in jüngster Zeit geflüchteter Grenzposten kein Zweifel.

Die Höchststrafe für Schüsse in die Luft oder Wegschauen bei Fluchtversuchen, darauf weisen Instrukteure wieder nachdrücklich hin, ist zehn Jahre Zuchthaus. Die Überfüllung der Militärstrafanstalt Schwedt an der Oder spricht eine deutliche Sprache - auch für diejenigen, die gerade jetzt nach Abschaffung der Erfassungstelle Salzgrün rufen.

Unter den Häftlingen, die Armeestrafen verbüßen, machen Grenzposten einen hohen Prozentsatz aus. Sowjetmarschall Kulikow hatte gewiß seine Gründe, die „DDR“-Armeeführung erst kürzlich wieder bei einem Garderegimentsappell an die internationalistische Treuepflicht zu erinnern sowie daran, daß „die DDR erstes Glied der Verteidigungskoalition der sozialistischen Staatengemeinschaft“ sei. An den Grenzabschnitten, wo der moderne elektronische Sicherungszaun noch nicht errichtet werden konnte, gilt ein verschärfter Schießbefehl: der Posten hat ohne Anruf sofort gezielt zu schießen.

## Freiheit macht Angst

Von Joachim Neander

Rückzüge sind oft verlustreicher als die schneidigste Attacke. So gesehen, darf die SPD in der Medienpolitik zur Zeit eine gewisse Nachsicht beanspruchen. Manches allerdings, was jetzt aus dieser Richtung kommt, kann nur noch als kurios eingeordnet werden.

Da schlägt die SPD Rheinland-Pfalz zum Beispiel allen Ernstes vor, sämtliche jetzige und künftige Rundfunk- und Fernsehaktivität im Lande außer ZDF und Südwestfunk in einer weiteren, natürlich öffentlich-rechtlichen, Rundfunkanstalt namens „Rheinland-Pfalz-Funk“ zusammenzufassen.

Diese neue Anstalt soll sich nicht etwa wie jetzt die Anstalt für Kabelkommunikation beim Pilotprojekt Ludwigshafen auf juristische, technische, organisatorische sowie allgemeine Programmaufsichtsfunktionen beschränken. Nein, sie soll einen eigenen Intendanten, eine eigene Programmdirektion, eigene Aufsichtsräte und unter Umständen sogar einen eigenen redaktionellen und Produktionsapparat erhalten.

Die Führungsspitze der Anstalt (natürlich nach Kollegialprinzip, wo es bei Radio Bremen doch so vorzüglich funktioniert) soll darüber wachen, daß das Gesamtprogrammangebot der vielen Veranstalter auch ausgewogen ist. Ist sie es nicht, soll die Anstalt selber durch eigene oder Auftragsproduktionen für den nötigen Ausgleich sorgen. Bezahlen sollen das alles die übrigen Veranstalter über eine Gebühr.

Fassungslose Beobachter fragen sich, wer außer zuchtweisen Funktionärsecken sich für so eine Programm- und Fernsehaktivität finden würde, um daumendrehend zu warten, bis die anderen unausgewogen sind, um dann auf Befehl „linke“ (auch „rechte“?) Gegensendungen zu zaubern.

Risiko und Ungewißheit auf so neuen Feldern bleiben groß genug, vor allem für die aktiv Beteiligten. Die SPD als (noch) nicht Beteiligte sollte zumindest in der allerersten Phase darauf verzichten, gleichzeitig von einem „totgeborenen Kind“ zu reden, aber das tote Kind außerdem auch noch zu fesseln und zu knebeln, weil es so gefährlich sei. Wie einleuchtend wäre für die Sozialdemokraten die Position: Schweigen und abwarten. Kruzitürken, muß das schwer sein.



Wer sägt denn da?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Die Dienste neu ordnen

Von Manfred Schell

Unsere Nachrichtendienste müssen vom System her neu durchdacht werden. Kompetenzüberschneidungen, mangelnde Kommunikation zwischen den Diensten und zum Teil unpräzise Rechtsgrundlagen haben dieses Gefüge, das für die Sicherheit so eminent wichtig ist, aufgeweicht. Politiker haben durch Fehlleistungen zusätzliche Unruhe und Unsicherheit in die Dienste hineingebracht. Der Osten jedenfalls hat Schnüpfächer gefunden.

Es ist gewiß kein Zufall, daß 1983 die Spionage vor allem gegen die Wirtschaft und Technologie zugenommen hat, aber überzeugende Erfolge der Spionageabwehr ausgeblieben sind. Der Glanz früherer Entarnungen - Guillaume und Lutz/Wiegel - hat dieses Manko bislang überdeckt. Die Experten um den früheren Bundesinnenminister Hermann Höcherl, die sich derzeit durch das Dickicht von Pannen und menschlichem Versagen in der Affäre Kießling schlagen, sollten es deshalb nicht bei der Durchleuchtung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bewenden lassen, sondern Vorschläge für eine Neuordnung des gesamten Terrains anbieten.

Dabei geht es nicht in erster Linie um mehr Macht und mehr Mittel für die Dienste, nicht einmal um besser geschultes Personal. Vor allem anderen müssen wir eine klare Zuweisung der Zuständigkeiten haben, zum Beispiel für den MAD und den Verfassungsschutz.

Wie ist die Lage heute? Wenn auf einem Fliegerhorst mit viertausend Beschäftigten der Kantine vor, also ein Zivilist, in den Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit gerät, dann ist dafür nicht der MAD, sondern der Verfassungsschutz zuständig. Dies gilt auch dann, wenn nahe Angehörige von Bundeswehrsoldaten unter Spionageverdacht geraten. Diese Rollenverteilung ist falsch, weil sie nach der „Person“, nicht aber nach dem „Ziel“ des Gegners ausgerichtet ist. Das MfS oder das KGB wollen die Bundeswehr ausforschen. Das ist ihr Ziel. Deshalb sollte die Abwehr in diesem Bereich dem MAD überlassen bleiben.

Hinzu kommt, daß der Verfassungsschutz aufgesplittet ist und die Behörden der Länder eifer-

süchtig auf ihre Zuständigkeiten pochen. Immerhin ist es dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gelungen, zumindest in der Spionagebekämpfung über die koordinierende Funktion hinaus eine gewisse Zuständigkeit „zu erkämpfen“. Unbegreiflich aber bleibt, daß die Sicherheit im Bereich der Wirtschaft - einschließlich der Firmen, die Rüstungsgüter produzieren! - zunächst dem Bundeswirtschaftsminister obliegt. Dieser hat dafür aber keinen adäquaten Apparat. Die Bundesrepublik Deutschland leistet sich diese Konstruktion, obwohl bekannt ist, daß der Osten die Industriespionage fördert, um die technische Überlegenheit des Westens einzuholen.

Andere Länder haben sich darauf besser eingerichtet. In den USA zum Beispiel gibt es für militärtechnologische Produktionsserien einen systembegleitenden Nachrichtenoffizier, der den Abschirmungsprozeß organisiert. Auch daran sollten die Verantwortlichen denken, wenn es darum geht, für die Arbeit des MAD eine Gesetzesgrundlage zu schaffen. Was die Ausbildung des Personals betrifft, so sind die „Nachrichtendienstler“, wenn man dabei an den Bundesnachrichtendienst (BND) denkt, besser, als viele es glauben. Dies gilt auch für den überwiegenden Teil der MAD-Angehörigen, die durch die katastrophalen Fehler

der Führung in ein schiefes Licht gerückt werden.

Wie steht es mit der Kommunikation zwischen den Diensten? Hier gibt es zweifellos Lücken, die zum Sicherheitsrisiko werden können. Ein Beispiel dafür: Ein Landesamt für Verfassungsschutz fand heraus, daß das KGB einen Mann darauf angesetzt hatte, ein Glied der Leopard-Panzerkette zu bekommen, für die ein neues Härteverfahren entwickelt worden ist. Dadurch ist die Lebensdauer dieser Kette wesentlich verlängert worden. Nun hat es die Spionageabwehr, aus bestimmten anderen Überlegungen heraus, zugelassen, daß dieses Panzerglied an den Osten „geliefert“ wurde. Die Experten waren der Meinung, aus der Materialanalyse heraus könne der Härteprozeß nicht abgelesen werden. Aber dieses Landesamt hat es nicht für nötig erachtet, das andere Landesamt, in dessen Bereich die Herstellerfirma für diese Panzerketten sitzt, über diesen Vorgang zu unterrichten.

Überdacht werden muß auch die Aufgabenteilung zwischen dem BND und dem in Ahnweiler sitzen. „Amt für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr“ hinsichtlich der elektronischen Aufklärung. Diese Art der Aufklärung - unter anderem fahren dafür zwei mit Elektronik vollgestopfte Schiffe auf der Ostsee - ist unverzichtbar. Aber die Konstruktion läßt den Schluß zu, daß in gewissen Bereichen der militärischen Aufklärung Doppelarbeit geleistet wird, es andererseits aber auch weiße Flecken gibt: Als die Sowjets Afghanistan überfielen, war Bonn zunächst „blind“. Der BND als Auslandsaufklärungsdienst hingegen ist richtig geordnet. Er besitzt sich jetzt zudem wieder auf seine Aufgabe, möglichst viele „menschliche Quellen“ zu erschließen.

Affären in und um Geheimdienste hat es schon vielfach gegeben, auch im Ausland. Aus ihnen sollten behutsam die Konsequenzen gezogen werden. Risikoren sind in diesem Metier das unausgesehene. Die Höcker-Kommission hat die große Chance, hier den richtigen Weg zu weisen.



Mehr als eine Personalfrage: MAD-Chief Helmut Behrendt. FOTO: HEINRICH SANDEN / DPA

## Grenada und die Grenada-Werfer in der Botschaft

Was Fidel Castro so beim Nachbarn trieb / Von Günter Friedländer

Nachrichten aus Grenada machen kaum noch Schlagzeilen. Das Thema ist nämlich bestimmten Kreisen peinlich, die immer noch davon reden möchten, daß Reagan ein unschuldiges Inselchen nur deshalb überfallen hat, weil er einen sozialistischen Aufbau zum Wohl des Volkes nicht zulassen wollte. Es ist vor allem dann peinlich, wenn von einem Waffenfund in der einstigen kubanischen Botschaft berichtet wird, kurz nachdem ihr letzter Geschäftsträger jetzt das Gebäude räumt.

Das Arsenal von Schußwaffen des Typs M-16 und AK-47 sowie Granatwerfern ist bemerkenswert genug. Noch interessanter ist der Fundort: Ein grenadischer Wachsoldat entdeckte sie unter dem doppelten Boden eines großen Wandschranks. Grenadas Regierung hält den Fund für so bedeutungsvoll, daß sie ihn in Fort Rupert ausstellen wird, wo am 19. Oktober des vergangenen Jahres der frühere Premierminister Maurice Bishop und mindestens vierundzwanzig seiner Gefolgsleute ermor-

det wurden. Mit eben den AK-47, die Bishop auf die Insel bringen half.

Im März 1979 hatte Maurice Bishop die Regierung des exzentrischen Ufo-Spezialisten Gairy gestürzt und eine „revolutionäre Regierung des Volkes“ proklamiert. Mit Kubas Hilfe nahm er als wichtigstes Programm - angeblich zur Hebung des Fremdenverkehrs - den Bau des neuen Flughafen Point Salines in Angriff. In Wirklichkeit sollte das lange Rollfeld Zwischenlandungen kubanischer Truppentransportflugzeuge nach Afrika erlauben. Zudem beherrschte der neue Flughafen den Seeweg von fünfzig Prozent aller Schiffe, die Erdöl und andere Waren in die USA bringen. Westliche Banken wollten den Bau nicht finanzieren, weil sie ihn für überflüssig hielten. Kuba half mit Geld und Beurlaubten, die sich später in bewaffnete Soldaten verwandelten.

Nach der Polizeiaktion des vergangenen Oktobers wurden weitere „Hilfspläne“ Kubas bekannt. Es versprach in einem Geheimabkom-

men zusammen mit anderen Ländern des Sowjetblocks, zwischen 7200 und 10 000 Männer und Frauen in achtzehn Bataillonen der revolutionären Streitkräfte des Volkes von Grenada aufzustellen, auszubilden und zu bewaffnen. Kuba sollte zunächst zwanzig militärische Berater schicken. Der Plan war bereits im Stadium der Verwirklichung, als die Nachbarn mit US-Hilfe in Grenada eingriffen.

Bishop erteilte freilich vorher schon das Schicksal anderer Handlanger der Weltrevolution wie des Südamerikaner Salim Rubai Ali oder der Afghanen Mohammed Daoud, Taraki oder Hafizullah Amin. Als er Verständnis für die Interessen seiner Nachbarn zeigte und sogar an Wahlen dachte, wurde er beseitigt. Eugenia Charles, Premierministerin des benachbarten Dominica, erklärte unter Bezug auf ihr bekannte Unterliegen: „Die Befehle Fidel Castros sind der stärkste Beweis dafür, daß Kuba an der Absetzung und Ermordung des Premierministers von Grenada schuld hat.“ Das hinderte Castro

## IM GESPRÄCH Shimon Peres

### Pechvogels späte Chance

Von Rafael Seligmann

Shimon Peres hat als Kandidat der Arbeiterpartei die besten Aussichten, nächster Regierungschef Israels zu werden. Alle Meinungsumfragen bestätigen seiner Partei steigende Beliebtheit. Vorgezogene Wahlen stehen an. Die Arbeiterpartei hätte also allen Grund zur Zufriedenheit - wenn Peres nicht unter dem Ruf läte, Israels unbeliebtester Politiker zu sein.

Nicht wenige in der Arbeiterpartei fürchten, daß ihr wegen ihres unpopulären Vorsitzenden ein fast sicherer Wahlsieg wieder entgleiten könnte, wie beim letzten Mal, als Begin entgegen allen Erwartungen die Wahl gewann. Dabei verfügt Peres über Organisations- und unerschöpflichen Fleiß, wie man beides bei wenigen seiner Konkurrenten findet.

Israels Staatsgründer Ben Gurion erkannte diese Eigenschaften recht früh und betraute 1948 den damals 25jährigen schon mit wichtigen außenpolitischen Missionen. Vier Jahre später ernannte er Peres zum Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, das er selber neben seinem Amt als Premierminister leitete. Zwölf Jahre war Peres die entscheidende Figur in der israelischen Sicherheitspolitik. In dieser Zeit entwickelte Peres die schlagkräftigste Armee des Nahen Ostens weiter zu jenem hohen Standard, der sie 1967 siegen und 1973 sich auch gegen einen anfänglichen Rückschlag siegreich behaupten ließ. Darüber hinaus baute er eine hochqualifizierte Rüstungsindustrie auf.

Gerade diese Erfolge und das ungetrübte Vertrauen seines Mentors Ben Gurion schaden Peres: In Armee und Politik nahm man ihm sein selbstbewusstes Auftreten und sein häufiges Intervallieren übel. Besonders die damalige Außenministerin Golda Meir war über die Einmischungen Peres in ihr Ressort erbost. In der Armee geriet er vor allem mit dem einflussreichen späteren Generalstabschef Rabin aneinander.



Zuviel Selbstbewußtsein, zu wenig Charisma: Peres. FOTO: CAMBIA PRESS

1965 folgte Peres, ebenso wie der spätere Staatspräsident Navon, David Ben Gurion in die Reformpartei Rafi. Nach seiner Rückkehr zur Mutterpartei (1967) haften ihm der Mangel des Opportunismus an, Golda Meir und Yitzhak Rabin sorgten als Premierminister dafür, daß Peres in der zweiten Linie blieb.

Als die Arbeiterpartei, nicht zuletzt durch Fehler von Golda Meir und Rabin, 1977 in die Opposition geschickt wurde, übernahm Peres das unpopuläre Amt des Oppositionsführers. Der Ärger mit Rabin ging gleichwohl weiter. Aber wie einst im Verteidigungsministerium erwies Peres sich auch in der Partei als erfolgreicher Organisator, und nun, nachdem die schlechte Wirtschaftspolitik des Likud und Begins Rücktritt eine neue Lage geschaffen haben, verstärkt sich der Eindruck, daß Israel nicht gegen seine traditionsreichste und mächtigste politische Gruppierung, die Arbeiterpartei, regiert werden kann. Vielleicht schafft der ebenso tüchtige wie äußerlich glanzlose Mann mit 61, was viele dem 25jährigen voraussagen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### HESSISCHE ALLGEMEINE

In dem Kasseler Blatt heißt es zur Tariffrage:

Im Tarifkampf um die 35-Stunden-Woche stehen nach dem Abbruch des Metall-Spitzengesprächs die Zeichen auf Sturm. Die Hoffnung, in einer Serie von Kontakten doch noch einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden, hat sich nicht erfüllt. Das ist um so bedauerlicher, als die jüngsten Vorschläge von Gesamtmetall für eine flexiblere Regelung der betrieblichen Arbeitszeiten gründlicheren Nachdenken verdient gehabt hätten... Die Bevölkerung hätte kein Verständnis für einen totalen Arbeitskampf, der die Ansätze eines konjunkturellen Aufschwungs zerstören würde.

### BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert Frankreichs Mittelamerika-Politik:

Das Angebot aus Paris, bei der Bannung der Minen zu helfen, die anti-sandinistische Guerrillas vor den Häfen Nicaraguas legen, ist ein weiterer Beweis für das doppelte Spiel der französischen Außenpolitik. Auf der einen Seite beteuert Präsident Mitterrand seine Treue zum Atlantischen Bündnis, auf der anderen Seite unterstützt seine sozialistisch-kommunistische Regierung aktiv die prosozialistischen Kräfte in Lateinamerika. Frankreich ist einer der Waffenlieferanten Nicaraguas. Doch auch in Paris weiß man sehr gut, daß ein Teil dieser Waffen an die kommunistischen Rebellen in El Salvador weitergeleitet wird. Mitterrands Ehefrau Danielle ist Vorsitzende eines „Hilfs-

komitees für Nicaragua“, und einer der engsten Mitarbeiter des Präsidenten ist der ehemalige Kampfgefährte Che Guevaras, Regis Debray, der häufig nach Kuba reist.

### The Daily Telegraph

Zur Politik der Demokratischen Partei der USA gegenüber dem mittelamerikanischen Staat El Salvador heißt es hier:

José Napoleon Duarte, der Spitzenreiter bei den salvadorianischen Präsidentschaftswahlen, verdankt seine herausragende Stellung amerikanischer Unterstützung... Ein bedeutender Teil der Demokratischen Partei im Kongreß hat jetzt Duarte, dem Favoriten seines letzten Präsidenten, die Unterstützung entzogen, unterstützt jetzt praktisch die Kommunisten und versucht, die Hilfe für El Salvador genau in dem Augenblick zu blockieren, da Duarte kurz vor der Erringung der Präsidentschaft steht. Dies spiegelt die zunehmende Radikalisierung der Demokratischen Partei wider.

### DER BUND

Über die Anwesenheit am der „DDR“-allgemein bekannt ist, daß der Bundes-

Was sich gegenwärtig in der DDR abspielt, ist eine Art doppeltes Plebiszit. Tausende von Umstürmern drücken - wie früher die Flüchtlingsschiffe - mit den Füßen ihre Unzufriedenheit mit der DDR aus. Gleichzeitig „wählt“ sich die kommunistische Obrigkeit mit der Ausmerzungs kritischen Elemente eine linientreue Bevölkerung, gemäß dem Spottgedicht Bert Brechts, der nach dem Ostberliner Aufstand 1953 fragte, ob es nicht einfacher wäre, „die Regierung läßt das Volk auf und wählt ein anderes“.



## Im Kreml wartet ein „junger Mann“ auf seinen Zug

Schon jetzt gilt er als Erbe Konstantin Tschernomirs: Michail Sergejewitsch Gorbatschow, mit 53 der „Benjamin“ im Moskauer Politbüro, ist, verglichen mit den meisten seiner Kollegen, ein Mann mit Zukunft. Doch zwangsläufig ist sein weiterer Aufstieg nicht.

Von CARL G. STRÖHM

Der „junge Mann“ aus Stawropol ist seit Lenin der erste Volljurist im Politbüro und schon deshalb eine ungewöhnliche Erscheinung. Seine akademische Ausbildung genoss er an der Moskauer Lomonossow-Universität – was gleichfalls als Gütezeichen gelten kann. Westliche Gesprächspartner, die ihm während seiner Kanada-Reise und in Frankreich begegneten, bezeichnen ihn als weltoffenen, sachkundig (er studierte außer Jura später auch noch Landwirtschaft) und sachlich. Kurzum, Gorbatschow erscheint fast als Idealtypus der lang erwarteten „neuen“ sowjetischen Führungsgeneration, von der man in West und Ost hofft, sie werde eines Tages das Steuer in die Hand nehmen und das große sowjetische Imperium endlich reformieren, modernisieren und in die Staatengemeinschaft unserer Erde einordnen.

In der Tat spricht vieles für Gorbatschow. Er ist von Vergangenheit unbelastet. Die Frage, was er während der blutigen Stalin-Jahre gemacht, ob und wen er denunzierte, ans Messer geliefert, welche Menschen er terrorisiert haben könnte, fällt gewissermaßen unter die Jugend-Amnestie: Als Stalin 1953 starb, war Gorbatschow knapp 22 Jahre alt und erst kurz zuvor in die Partei eingetreten. Wenn man so will, ist Gorbatschow eher ein Kind der Entstalinisierung. Das unterscheidet ihn von seinem um acht Jahre älteren Rivalen Grigori Romanow aus Leningrad, der sowohl vom Jahrgang her wie in seiner Mentalität viel eher mit der „alten“ und „großen“ Zeit verbunden ist.

Der junge Gorbatschow, so scheint es, hatte seinen Aufstieg – auch hier wiederum anders als Romanow – nicht dem militärisch-technischen Komplex, sondern dem verstorbenen Chef-Ideologen Suslow zu verdanken, der ihn aus Stawropol nach Moskau holte. In Stawropol hatte er sich vorher im Komsozol, in der Landwirtschaftsverwaltung und in der Partei hochgedient. Erst 1967 schloß er auch sein Landwirtschaftsstudium ab und gilt seither als Agrar-Experte.

Wer aber in der Sowjetunion mit Landwirtschaft zu tun hat, muß damit rechnen, einen sehr undankbaren Posten auszufüllen, auf dem es viele Risiken und wenig Lorbeer zu ernten gibt. Er wird zum anderen aber auch mit den Versorgungsnot der Bevölkerung konfrontiert. Er muß versuchen, sie immer wieder gegen die überlegene Phalanx der „Eisenfresser“ und der anderen Schwerindustrie- und Rüstungs-Fabrikanten durchzusetzen. Von daher ist die Vermutung nicht abwegig, daß Gorbatschow zwar kein Liberaler im westlichen Sinne ist, wohl aber ein Mann,



Michail Gorbatschow: Kommt mit ihm der Generations-Wechsel? FOTO: CAMERA PRESS

der sich über die wirtschaftliche Situation des Imperiums keine Illusionen macht.

Ein gewisser vorsichtiger Liberalismus wird ihm allerdings nachgesagt: Er war es, der bereits als Politbüromitglied als einer der ersten ein unkonventionelles Moskauer Theaterstück besuchte. In diesem Stück war Lenin als ein Verfechter von Wirtschaftsreformen und Modernisierungen beschrieben worden. Die Vermutung, Gorbatschow sei ein „Andropow-Mann“ hat sich inzwischen als falsch erwiesen. Der seit 1978 als ZK-Sekretär für Landwirtschaftsfragen zuständige Funktionär hat offenbar gute Verbindungen zu Tschernomir gehalten. Zu den Militärtechnokraten um Marschall Andropow und zu Gromyko waren seine Kontakte nicht so eng. Nach Andropows Tod wurde er mit der Position betraut, die bisher Tschernomir innehatte und die einst unter seinem Förderer Suslow zu den mächtigsten Säulen der sowjetischen Führung zählte: Parteisekretär für ideologische Fragen und damit faktisch „zweiter Mann“ in der Hierarchie der KPdSU.

Hat Tschernomir damit eine Wahlkapitulation zugunsten der politischen Generation eingehen müssen? Noch scheint es angesichts der versteinerten Machtstrukturen des sowjetischen Kommunismus keineswegs sicher, ob Gorbatschow der Sprung an die Spitze gelingen kann. Es hängt nämlich auch vom Gesundheitszustand Tschernomirs ab. Wenn der neue Generalsekretär die nächsten fünf oder gar sieben Jahre überleben sollte, dann ist inzwischen aus dem „Jungen“ Reforme Gorbatschow gleichfalls ein alter Mann geworden.

Zum anderen stellt sich die Frage, ob das „liberale“ Profil, das Gorbatschow bisher präsentierte (wobei der Begriff liberal hier stets im östlichen Sinne zu verstehen ist), nicht auch Gegenkräfte mobilisieren muß. Es läßt sich schwer vorstellen, daß ein Ustinow und ein Gromyko einem solchen Nachwuchsstar die ganze Bühne überlassen würden. Wenn man von Tschernomir absieht, der unter eher ungewöhnlichen Umständen reüssierte, ist bisher in der Sowjetunion noch niemals ein Mann an die Macht gekommen, der offiziell als „Kronprinz“ galt. 1924 machten nicht Trotzky oder Bucharin das Rennen, sondern ein völlig unbekannter, mittelmäßiger

Mensch namens Stalin. Als Stalin starb, sprachen alle von Berija und Malenkow – dann aber kam der „kleine Pinja“ Chruschtschow. Und als Breschnew hinschied, galt Tschernomir als der Favorit.

Außerdem muß der These, wonach es in der sowjetischen Führung eine Art Fronde der „Jungtürken“ gibt, welche gemeinsam gegen den Mobilismus der Alten vorgehen wollen, mit großer Skepsis begegnet werden. Die „Jungen“ mögen sich zwar darin einig sein, daß unter den alten Herren nichts mehr vorwärts geht – aber die gegenseitige Konkurrenz ist groß, und das ruhige Leben unter einem betagten Generalsekretär ist vielen angenehmer als die Machtübernahme durch einen relativ jungen und dynamischen Welt-, Partei- und Regimeverbesserer.

Für Gorbatschow könnte auf die Dauer auch problematisch werden, wenn westliche Medien und Politiker ihn als großen Liberalen und Fortschrittler preisen. In der sowjetischen Hierarchie gilt noch immer der alte Satz August Bebel, man müsse sich fragen, was man falsch gemacht habe, wenn der Feind einem Lob spende.

Die Frage nach der Reformwilligkeit und Reformfähigkeit des sowjetischen Systems ist seit Andropows kurzer Amtszeit immer wieder von westlichen Beobachtern gestellt worden. Die Publizität, die Gorbatschow heute in den westlichen Medien genießt, geht bewußt oder unbewußt auf diese gleiche Frage zurück. Nur scheint es, daß der Westen auch diesmal wieder das Beharrungsvermögen des „realen Sozialismus“ unterschätzt. Selbst wenn einzelne Gestalten des Systems die Untragbarkeit und Gefährlichkeit gewisser Beharrungstendenzen erkennen, heißt dies noch lange nicht, daß sie ihre Erkenntnis im Politbüro, im ZK und gegenüber den immer stärkeren Generalen durchsetzen können.

Wenn der neue zweite Mann gut beraten ist, wird er nicht aus der Deklung gehen. Als Ideologe muß er jetzt auch andere Töne anschlagen, um seinem Posten gerecht zu werden. Der Rüstungswettlauf wird weitergehen – weil weder Tschernomir noch erst recht Gorbatschow es sich heute leisten könnten, den Generalen in den Arm zu fallen. Weitergehen wird aber auch die Entspannung, wie Moskau sie versteht. Ein Übergang also, der eine Figur wie Michail Gorbatschow in den Wartesaal verweist. Ob und wann sein Zug je abfahren wird, kann heute niemand sagen.

## Der Mut zum Kredit ist gewachsen

Fast täglich kommen Rekordmeldungen aus dem Kreditgewerbe. Sind die Spitzengewinne, mit denen Banken und Sparkassen glänzen, ein Spiegelbild der besseren Konjunktur? Der erste Eindruck täuscht.

Von CLAUD DERTINGER

An den Ertragsrechnungen der Geldhäuser ist die konjunkturelle Belebung im Laufe des letzten Jahres fast spurlos vorübergegangen, wenn man einmal davon absieht, daß es sich manche mit dem Abheben der Pleitenwelle leisten konnten, die Risikoversorge zu Lasten der Gewinne etwas zu reduzieren. Das Kreditgeschäft lief zwar im letzten Jahr wieder ein wenig flotter als 1982, doch damit sind nicht die höheren Zinsgewinne, die wichtigsten Ertragsquelle, zu erklären, zumindest nicht im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft der Geschäftsbanken und Sparkassen. Im langfristigen Kreditgeschäft besonders der Hypothekendarlehen sieht es allerdings anders aus.

Man hat es während der letzten Tage von den Bossen der Großbanken oft genug gehört. Im Firmenkreditgeschäft herrschte 1983 Flaute. Auch von anderen Bankleuten kommen derlei Klagen. Die Kredite an das verarbeitende Gewerbe, unter den Krediten an Unternehmen und Selbstständige der größte Block, sind gerade nur um 0,6 Prozent gestiegen. So paradox es auch klingen mag: Diese Stagnation ist eine Folge der Konjunkturbelebung. Die Unternehmen brauchen kaum Kredit, weil höherer

Absatz und bessere Gewinne mehr Geld in die Kassen brachten, mit dem sie einen erheblichen Teil ihrer immer noch etwas zögerlichen Investitionen finanzieren konnten.

Das war besonders bei Großunternehmen auf der Sonnenseite der Konjunktur der Fall, was sich bei den Großbanken, die traditionell diese Kundschaft betreuen, sogar in einem Rückgang der Kredite an das verarbeitende Gewerbe niederschlug. Außerdem spielte sich das Geschäft zum Teil außerhalb der deutschen Bankbilanzen im zinsgünstigeren Luxemburg ab.

Der Handel, der mit der konjunkturellen Besserung seine Lager aufbaute, war dagegen mehr auf Bankkredite angewiesen. Sie nahmen um gut 6 Prozent zu. Ein wirklicher Quell der Freude waren für das Kreditgewerbe eigentlich nur die wirtschaftlich unabhängigen Privatpersonen, eine Kreditnehmergruppe, deren Bedeutung sicher häufig unterschätzt wird. An sie hat das Kreditgewerbe immerhin mehr als die Hälfte der 864 Milliarden Mark ausgeliehen, mit denen inländische Unternehmen und Selbstständige in der Kreide stehen. Die Privathaushalte haben ihre Verschuldung im letzten Jahr um 9,3 Prozent erhöht, so stark wie keine andere Kreditnehmergruppe. Das waren immerhin mehr als 40 Milliarden Mark, während die fast doppelt so große Schuldnergruppe Unternehmen und Selbstständige lediglich 50 Milliarden Mark mehr Kredit brauchte.

Auch das ist ein Reflex der besseren Konjunktur – und vielleicht auch der politischen Klimaveränderung. Die Bundesbürger hatten einfach wieder mehr Mut, sich zu verschul-

den, vor allem für den schon lange hinausgeschobenen Kauf eines neuen Autos. Und ganz besonders blühte die Nachfrage nach Hypotheken für die Realisierung des Wunsches nach eigenen vier Wänden oder für die Modernisierung, wofür steuerliche Vorteile lockten.

Da die Zinsgewinne des Kreditgewerbes trotz eines insgesamt schwachen Kreditgeschäftes kräftig gestiegen sind, liegt die Vermutung nahe, daß Banken und Sparkassen ihre Zinsspanne auf Kosten der Kreditkunden und Sparer sowie sonstiger Einleger aufgebessert haben. Das lassen sich die Bankherren natürlich nicht gern vorhalten. Mit Recht weisen sie jedenfalls den Vorwurf zurück, sie hätten ihre deutschen Kunden geschöpft, um mit den von ihnen kassierten Zinsgewinnen die Wertberichtigungen auf unsichere Auslandskredite zu finanzieren. Das hieße ja wohl, daß der Wettbewerb nicht funktioniert. Doch der ist gerade wegen der Flaute im Kreditgeschäft ausgesprochen hart. Die besseren Zinsgewinne kommen zu einem erheblichen Teil aus einer anderen Quelle, nämlich aus Krediten, die früher zu höheren Festzinssätzen gegeben wurden und die inzwischen mit niedrig verzinsten Einlagen refinanziert werden können.

Manchmal gewinnt man den Eindruck, Bankengewinne würden in der Öffentlichkeit als etwas beinahe Unanstößiges wenn nicht sogar Unmoralisches angesehen. Die Kreditinstitute, so heißt es, sollten doch lieber auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten und statt dessen Kredite verbilligen, um so der Wirtschaft zu einem schnelleren Aufschwung zu verhelfen.

Schließlich auch, wenn die Banken aus Gewinnen mehr Eigenkapital als Basis für künftiges Kreditgeschäft bilden, worauf besonders die um die Sicherheit der Geldhäuser besorgten Bankenaufsichter im Interesse der Einleger dringen.

## „Bomber Harris“, ein Architekt der Vernichtung

Für seine Verfechter war er ein Kriegsheld. Für die Kritiker seines Heldentums war er ein Schlichter. Sir Arthur Harris, der Mann, der den Bombenkrieg der Briten gegen Deutschland organisierte, starb nun im Alter von 91 Jahren.

Von FRITZ WIRTH

Am Ende ging er mit jenem Eitkett in die Kriegsgeschichte ein, das mehr oder minder wertlos nur das Handwerkliche seines Tuns kennzeichnete. Man nannte ihn „Bomber Harris“. Sir Arthur Harris war der Planer, Organisator und Befehlshaber des vormüderlichen Massenmordes. Die Stationen seines Heldentums sind Brandmale auf der dünnen Haut der Humanität geblieben: Köln, Essen, Hamburg, Dresden. Er hat diese Städte mit einer Strategie zerstört, die nicht mehr Ziele, sondern nur noch Flächen kannte, die Soldaten und Zivilisten, Krieger und Wehrlose mit unterschiedlicher Unarmherzigkeit in den Tod schickte. „Bomber Harris“ war der Architekt des „Flächen-Bombens“.

Die Grobkörnigkeit seiner Zielsprache suchte er mit grobkörniger Kriegsphilosophie zu rechtfertigen. Er sprach nach dem Sieg, den er maßgeblich auch für seinen Sieg hielt, viel von Moral. Nicht nur strategische Ziele, auch die Moral der deutschen Zivilbevölkerung sollte getroffen werden, verteidigte er sich. Und die Moral seiner eigenen Truppe, die diese Strategie mit 47 268 Toten bezahlte, sei stets exzellent gewesen und habe niemals in Frage gestanden.

Den ethischen Gebrauch der Vokabel „Moral“ vernachlässigte er, und

ein Wort des Bedauerns aus seinem Munde über die tödliche Ernte, die sein „strategisches Bomben“ unter Frauen und Kindern einbrachte, ist nicht in Erinnerung geblieben. „Bomber Harris“ starb, so wird aus seinem Trauerhaus berichtet, am Wochenende, „friedlich im Schlaf“. Er wurde 91 Jahre alt.

Er habe einen feinen Sinn für Humor gehabt, sagen seine Freunde. Der wurde jedoch zumindest in den ersten Jahren nach dem Kriege von deutlicher Verbitterung überlagert, als viele Briten zum ersten Mal die schreckliche Wirkung seiner Kriegsstrategie besichtigen konnten und sich befremdet zu ihm auf Distanz begaben. Es bedurfte erst nachträglicher massiver Vorstellungen britischer Luftwaffen-Offiziere beim damaligen Premierminister Clement Attlee, um Harris zum Luft-Marschall zu befördern.

In den Adelsstand aber, eine übli-

che Auszeichnung für alle führenden Offiziere und Kriegshelden der Nation im Jahre 1946, mochte man ihn noch nicht erheben. Diese Ehre wurde ihm erst im Jahre 1953 zuteil, als Winston Churchill wieder Premierminister war, und auch dann war es nur der bescheidenste aller britischen Adelstitel. Man machte ihn zum Baronet.

Hätte er im Kriege auf der Seite der Verlierer gestanden, hätte er sich mit Sicherheit des Vorwurfs des Kriegsverbrechens erwehren müssen. Seine Freunde und seine Kriegskameraden verteidigten ihn stets mit dem Argument, daß er nicht der Initiator, sondern nur der Vollstrecker von Befehlen seiner Vorgesetzten war. Sie wiesen darauf hin, daß das Konzept des „strategischen Flächen-Bombens“ das Ergebnis der Casablanca-Konferenz vom 21. Januar 1943 gewesen und von Winston Churchill und Prä-

sident Roosevelt abgesegnet worden sei.

Harris selbst jedoch hat diese Entschuldigung niemals gebraucht. Aus gutem Grund, denn er war schon lange vorher der Prophet der „Air Power“ gewesen, mit der er bereits vor Casablanca seine grausame Premiere feierte. Es war der Angriff auf Köln im Jahr 1942, bei dem er zum ersten Mal mit der Strategie der „Tausend Bomber“ einen Großangriff flog. „Wir werden Deutschland von oben bis unten zerstören“, verkündete er in einer Rundfunkansprache an die Ausgeflogenen seiner Strategie.

Selbst wenn er fest davon überzeugt war, daß die Opfer unter der Zivilbevölkerung ein notwendiger Preis für die Zerstörung der deutschen Kriegsmaschinerie sei, so galt dieses Argument mit Sicherheit nicht mehr im Februar 1945, als die deutsche Kriegsmaschinerie bereits zerstört war und dennoch der Angriff gegen Dresden geflogen wurde, bei dem mehr Menschen umkamen als in Hiroshima. Mag sein, daß andere den Befehl zu diesem Angriff gaben, Sir Arthur Harris war und blieb der Vollstrecker.

Der „Sunday Telegraph“ zitierte gestern einen RAF-Offizier namens Ray Piper, der die strategische Zielsuche des Sir Arthur Harris so beschrieb: „Wir stellten ihn uns in einem Sessel in seinem Hauptquartier sitzend vor, von dem aus er einen Wurfteil auf eine Deutschlandkarte warf. Der erste Treffer war stets das Ziel für die jeweilige Nacht.“

Das ist Karikatur und wird gewiß nicht dem Denken und Tun dieses Mannes gerecht. Die „Sunday Times“ wählte einen vielsagenden Nachruf auf diesen Mann. Sie schwieg.



Sir Arthur Harris 1951 im Museum der Royal Air Force in Hendon FOTO: AP

## Wie wichtig Beratung gerade im Außenhandel ist, zeigt unsere neue Broschüre.

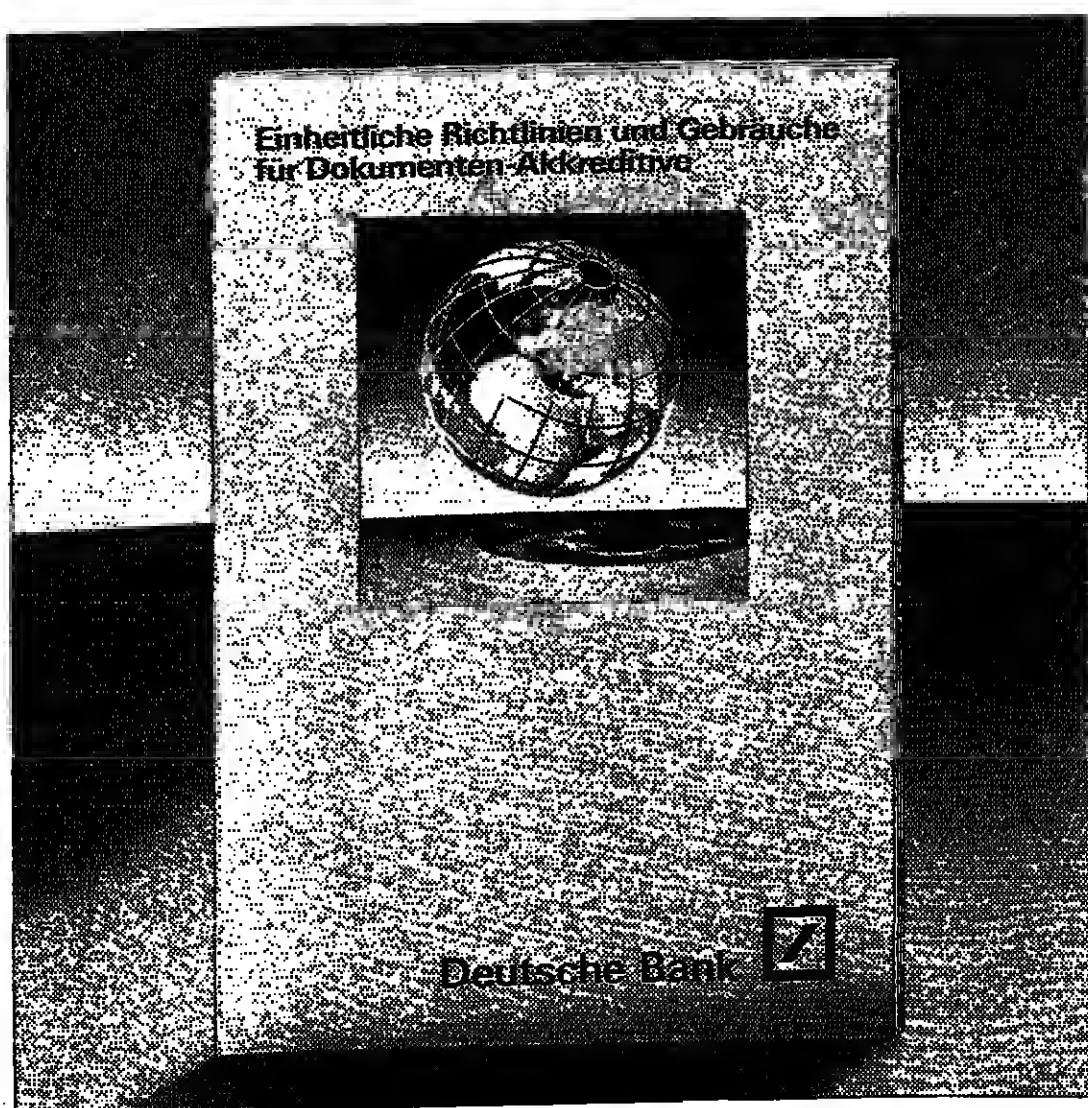
Am 1. Oktober 1984 tritt eine Neufassung der „Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive“ der Internationalen Handelskammer, Paris, in Kraft. Wir haben den vollständigen deutschen und englischen Wortlaut in einer Broschüre zusammengefaßt und einige für Sie wichtige Änderungen erläutert.

Die neuen Richtlinien berücksichtigen insbesondere aktuelle Entwicklungen im Transportwesen und in der Kommunikationstechnik.

Außerdem weisen die Regeln ergänzende Bestimmungen auf, die im Interesse einer einheitlichen internationalen Akkreditivpraxis vornehmlich der Klarstellung dienen sollen.

Die Broschüre erhalten Sie von unserem Kundenbetreuer – auch wenn Sie noch nicht unser Kunde sind. Er berät Sie auch gern umfassend in allen Geld- und Kreditfragen.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.



Deutsche Bank





## Genscher geriet in Schußlinie seiner hessischen Parteifreunde

FDP-Chef verzichtete auf Gegenangriff / Mischnick stellt sich hinter Vorsitzenden

GEORG BAUER/DW, Langgöns  
Die hessischen Freien Demokraten haben scharfe Kritik an FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher geübt. Ihr Parteitag am Samstag in Langgöns bei Gießen wurde neben der Frage nach programmatischen Perspektiven der Liberalen von der Kritik an der Führungsqualität Genschers bestimmt. Der FDP-Chef, der gestern auf dem Parteitag der niedersächsischen FDP in Wolfsburg die liberale Funktion seiner Partei hervorhob, verzichtete auf eine Stellungnahme zu den hessischen Vorwürfen. „Ich möchte bei meinem Stil bleiben, daß ich mich innerparteilich mit jenen auseinandersetze, die da sind und nicht mit jenen, die nicht da sind.“ Weitere Kritik an der FDP-Bundespolitik kam in Wolfsburg nicht auf.

Anders sah es am Vortag bei den Liberalen in Langgöns aus. Nach Meinung eines wesentlichen Teiles der Delegierten war der Schuldige für die Unsicherheit über den zukünftigen Weg der Partei schnell ausgemacht. Mit der Bemerkung, er habe keine Grußadresse an den Bundesvorsitzenden zu richten, stellte der FDP-Landesbeauftragte Alfred Schmidt den Parteichef Hans-Dietrich Genscher gleich zu Anfang seiner Rede an den Pranger. Schmidt, der bereits in der vergangenen Woche den Bundesvorsitzenden zum Rücktritt aufgefordert hatte, warf der Parteispitze Überheblichkeit und Mangel an Zukunftsperspektiven vor.

Mit Blick auf die mageren FDP-Wahlergebnisse erklärte er: „Wer eine Niederlage nicht zugeben kann, wer nicht bereit ist, nach Fehlern zu suchen, der bekommt kein Vertrauen und wirkt arrogant.“ Das Gesamtbild

der Partei sei, so fuhr der Liberale fort, in eine Schieflage geraten. Man gelte als Unternehmenseinheit und dies sei draußen kein ausreichendes Programm. Die FDP brauche wieder ein Profil mit Ecken und Kanten, um wieder als Partei der Bürgerrechte von kritischen jungen Bürgern akzeptiert zu werden. Als Gedankenstütze und Leitfaden empfahl er dem Parteivorsitz, die Lektüre „Noch eine Chance für die Liberalen“ von Karl Hermann Flach zu lesen.

Andere Delegierte schlugen in die gleiche Kerbe. So warf ein Jungliberaler Graf Lambsdorff in Zusammenhang mit dem Umweltschutz eine unverantwortliche Politik vor. Auf diesem Gebiet wirke die FDP mittlerweile als Bremser, wenn sie - wie es der Wirtschaftsminister getan habe - dem Innenminister Friedrich Zimmermann mit der Warnung vor umweltpolitischer Hektik in den Arm falle.

Auch die Personalpolitik des Parteivorsitzenden erregte den Unmut mancher. Habe Frau Adam-Schwaetzer nur deshalb zurücktreten müssen, weil sie Genscher unbehagen geworden sei? Verhindere der Parteivorsitzende etwa das Nachrücken jüngerer profilierten Liberaler in verantwortungsvolle Positionen?

Die Kritik, unterbrochen von Beifall, mochte der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Klaus Jürgen Hoffie, nicht ohne Antwort lassen. Kaum am Rednerpult, sprang er für Genscher in die Bresche und stellte lautstark klar: „Hans-Dietrich Genscher ist heute und für absehbare Zeit unverzichtbar.“ Wer den Bundesvorsitzenden zur Diskussion stelle, müsse auch eine Alternative nennen. Zum

Programm erklärte er: „Die Wende ist die größte Leistung, die wir als FDP gebracht haben.“ Die Entscheidung, aus der Koalition mit der SPD auszuscheiden, sei damals kein taktisches Verhalten gewesen, sondern die Orientierung hin zu soliden Haushalten.

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, der als Seismograph Bonn nach Langgöns geschickt worden war, nickte ob solcher Worte wohlgefallig mit dem Kopf. Auch er brach eine Lanze für Genscher. Wer den Parteivorsitzenden kritisiere, aber keine Alternative nenne, der laufe Gefahr, Genscher zu demonstrieren. Außerdem setze Genscher als Außenminister Politik der Freien Demokraten durch und weder der Paragraph 218 noch das Demonstrationsstrafrecht seien in der Koalition mit den Christdemokraten geändert worden. Mischnick, der die Delegierten daran erinnerte, daß man nicht mehr mit den Sozialdemokraten koalitiere, appellierte an die Solidarität der FDP-Mitglieder: „Die Partei muß eine Entscheidung gemeinsam tragen.“ und mit erhobener Stimme: „Ich stehe für das, was die Bundespartei macht, gerade und lasse nicht zu, daß alles auf den Bundesvorsitzenden abgeladen wird.“ Gegenüber der WELT erklärte Mischnick gestern auf Anfrage: „Für mich gibt es keine Führungsfrage. Sie darf auch nicht herbeigeredet werden.“ Und weiter: „Ich bin der Überzeugung, daß Genscher im Sommer als Parteichef wiedergewählt wird. Es ist ernstlich keine da, der sagt, er solle den Parteivorsitz abgeben.“

## Mehrheit der Jugend ist zufrieden

dpa, Hamburg

Die weit überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer repräsentativen Umfrage des sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer Lebenssituation zufrieden. Über die bisher unveröffentlichte Umfrage unter 2000 jungen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet berichtet die Zeitung „Bild am Sonntag“ in ihrer neuesten Ausgabe.

Nach Angaben des Blattes ist das Leistungsprinzip in der bundesdeutschen Gesellschaft für 88 Prozent der Befragten „in Ordnung“. Mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland seien 80 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden. 70 Prozent erklärten: „Ich möchte Kinder haben und ein glückliches Familienleben führen.“ Etwa gleich viele wollten berufliche Karriere machen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sagte zu diesen Ergebnissen: „Dieser Bericht über die Jugend von heute widerlegt alle Schwarzseher und Schwarzmalen.“ Berichte über Randerscheinungen hätten das Bild über die wirklichen Ansichten der Jugend total verzerrt. Er freue sich, daß eine große Mehrheit der jungen Menschen mit „Tatkraft, Leistung und Optimismus“ an die anstehenden Aufgaben herangehe.

„Unsere Jugend ist viel besser, als der ihr angedichtete Ruf“, erklärte der Bundeskanzler gegenüber „Bild am Sonntag“ zu den überraschenden Umfrage-Ergebnissen, von denen „Bild am Sonntag“ als erste Zeitung erfahren hatte. Diese Ergebnisse steben im Widerspruch zu anderen Untersuchungen, wonach es unter Umständen auf die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit beißt, die junge Generation verharre in Resignation.

## Flugmanöver der Sowjets sorgen für Unruhe unter den Berlinern

Nach der Gefährdung von Zivilmaschinen jetzt Lärmbelästigung über der Stadt

F. DIEDERICHS, Berlin

Die alliierte Luftsicherheitszentrale in Berlin hat zum Wochenende eine stark gestiegene Anzahl von Manövern sowjetischer Militärflugzeuge über der Stadt registriert, die zu Belästigungen und erheblicher Unruhe in der Berliner Bevölkerung geführt haben. Am späten Freitagabend hatten die Sowjets mit ihren Manövern begonnen, in deren Verlauf „mindestens zehn MIG-Düsenjäger“, so ein alliierter Sprecher, über dem freien Teil der Stadt mehrfach die Schallmauer durchbrachen. Dabei kam es im gesamten Stadtgebiet zu Beschädigungen an Fenstern und Schaufensterscheiben. Zahlreiche Berliner begeherten über den Notruf Auskunft über die Hintergründe der Lärmbelästigungen.

In der vergangenen Woche hatten bereits die USA, Großbritannien und Frankreich bei der Sowjetunion gegen immer häufiger auftretende gefährliche Behinderungen alliierter Passagiermaschinen bei den Flügen von und nach Berlin protestiert und ihre Entschlossenheit bekräftigt, den freien Zugang nach Berlin offen zuhalten.

Politische Beobachter werten die Flugmanöver der Sowjets vom Wochenende als weitergehenden Versuch, sich über die in den alliierten Kontrollbeschlüssen festgelegten Regeln zur Benutzung der drei Luftkorridore hinwegzusetzen und mit erhöhter Militärpräsenz zu einer Demonstration der Stärke zu kommen. Nachdem Moskau mittlerweile die Proteste der Alliierten als „unbegründet“ zurückgewiesen hat, wird in diplomatischen Kreisen in Bonn betont, man werde die Beschwerden

weiterhin auf höchster Ebene zur Sprache bringen. Die westalliierten Fluggesellschaften hätten sich lediglich aus Gründen der Flugsicherheit an die von den Sowjets willkürlich festgelegten Sperrzonen in den Luftkorridoren gehalten, so daß es zu Verspätungen bei Linienflügen gekommen sei.

Zuletzt hatte am vergangenen Donnerstag der Pilot einer PanAm-Linienmaschine auf dem Flug von Berlin nach Frankfurt „Sichtkontakt“ und Verfolgung durch einen sowjetischen Düsenjäger gemeldet. Während hier die Besatzung „nicht reagieren mußte“, so PanAm-Sprecher Werner Drescher, wurden jedoch mehrfach Piloten zu abrupten Kursänderungen oder waghalsigen Landeanflügen gezwungen, weil zu meist in der „DDR“ stationierte Jäger, Bomber oder Hubschrauber gefährlich nahegerückt waren.

Die Manöverflüge der Sowjets werden zwar von diesen über den ständig residierenden Vertreter in der alliierten Luftsicherheitszentrale in Berlin fallweise, aber keineswegs regelmäßig angemeldet. Der sowjetische Vertreter weist dabei stets darauf hin, daß er die Sicherheit westallierter Zivil- und Militärflugzeuge nicht garantieren könne. Gekoppelt wird diese Erklärung mit der „Empfehlung“ an die Alliierten, ihren Maschinen möglichst eine andere Höhe zuzuweisen. Dieser Forderung werde wiederum besonderer Nachdruck verliehen, indem die Sowjetunion Militärmaschinen dicht zu den westalliierten Flugzeugen heranfliegen lasse.

Diese Pressionen verletzen nach

Ansicht der Westalliierten in Berlin eindeutig die in den Jahren 1945 und 1946 gefaßten Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates, der unter der Zustimmung der Sowjetunion drei Luftkorridore für den Verkehr westallierter Zivil- und Militärmaschinen über die damalige sowjetische Besatzungszone nach Berlin einrichtete. Die auch für die Sowjets verbindlichen Regeln sehen vor, daß Moskau für die Sicherheit der Korridor-Flüge sorgen muß, wenn die Zivil- oder Militärmaschinen ordnungsgemäß und dem Flugplan entsprechend in der Luftsicherheitszentrale angemeldet sind.

Wie wenig sich der Ostblock an diese Vereinbarungen gebunden fühlt, zeigt eine Bilanz der Zwischenfälle, die sich seit 1945 in den Luftkorridoren ereigneten. So rampte 1948, noch vor der Blockade, ein sowjetischer Jäger eine britische Passagiermaschine, 15 Menschen starben beim Absturz nahe des Flugplatzes Berlin-Gatow. 1952 beschieß eine sowjetische „MIG“ eine „Air France“-Linienmaschine, vier Passagiere wurden verletzt. 1953 wird ein sowjetisches Militärflugzeug im Korridor Berlin-Hamburg abgeschossen, sechs Männer starben. 1962 werden die Sowjets wiederholt Stanniolstreifen über den Berliner Einfuhrschneisen ab, um die Radaranlagen zu stören.

Zu Beinahe-Zusammenstößen mit sowjetischen Jägern kommt es 1975 und 1978, und im Februar 1981 landet eine britische Hercules-Transportmaschine mit Mühe in Berlin, nachdem ein acht-Motoriger-Geschoß eines sowjetischen Jägers in ihren Tank eingeschlagen war.

## Kiesl war auf Niederlage vorbereitet

CSU-Politiker will sich jetzt um das Amt des Fraktionsvorsitzenden bewerben

PETER SCHMALZ, München  
Die schwere Niederlage der CSU und ihres Oberbürgermeisters bei der Kommunalwahl in München hat Wahlverlierer Erich Kiesl nicht unvorbereitet getroffen. Zur Überraschung mancher Parteifreunde erklärte Kiesl während einer Klausurtagung der CSU-Stadtratsfraktion am Wochenende, er habe mit diesem Wahlausgang bereits seit Ende vergangenen Jahres gerechnet.

„Ich habe im Dezember eine „große und bedeutende“ Umfrage vorgelegt, durch die er den möglichen Wahlausgang gekannt habe. Er habe damals nur seinen Münchner Parteifreund, den bayerischen Bundesratsminister Peter Schmidhuber, davon unterrichtet. Nicht einmal Parteichef Franz Josef Strauß scheint davon gewußt zu haben. Strauß hatte noch nach der Wahl erklärt, ihm bekannte Umfragen hätten einen klaren Sieg Kiesls mit etwa 53 Prozent im ersten Wahlgang über seinen SPD-Konkurrenten Georg Kronawitter signalisiert.

Vor Journalisten erklärte Kiesl gestern, der CSU sei es knapp drei Monate vor der Wahl nicht mehr möglich gewesen, ihren auf Leistung programmierten Wahlkampf umzustellen. Das Wahlkampfkonzept wurde

inzwischen von mehreren Stadträten kritisiert. In der Partei wird es zunehmend als Fehler betrachtet, daß für diese wichtige Wahl die in Wahlkämpfen noch wenig erfahrene Agentur eines CSU-Stadtrates jener Werbeagentur vorgezogen wurde, mit der die CSU seit über einem Jahrzehnt erfolgreiche Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen bestreitet. Ein Scherbenstück, so Kiesl, habe es auf der Tagung jedoch nicht gegeben: „Wir haben ein ganz, ganz hohes Maß an Solidarität.“

Über sein vorläufiges politisches Schicksal hat sich Kiesl, der noch bis Ende des Monats das Amt des Oberbürgermeisters innehat, bereits entschieden. Den „einfachen Stadtrat Kiesl“, wie ihn der Wahlverlierer am Abend der Stichwahl angekündigt hatte, wird es nicht geben. „Ich werde mich um das Amt des Fraktionsvorsitzenden bewerben“, sagte er gestern. Ebenso wird er den Vorsitz des Münchner CSU-Bezirks behalten und sich dafür im kommenden Jahr zur Wiederwahl stellen. Privat will er seine Zulassung als Rechtsanwalt beantragen.

Eine Rückkehr in die Landespolitik scheint in absehbarer Zeit kaum möglich. Kiesl war vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister Münchens

Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium und hatte damals Chancen, als Nachfolger von Bruno Merk Innenminister zu werden. Eine schnelle Rückkehr ins Kabinett wird nach dieser Niederlage ausgeschlossen.

Trotz des Verlustes der absoluten Stadtratsmehrheit und des Oberbürgermeisteramtes will Kiesl die künftige CSU-Fraktion selbstbewußt führen und erhebt für seine Partei den Anspruch auf den zweiten Bürgermeister. Kiesl: „Zumindest nach den Stimmen sind wir die stärkste Fraktion.“ Nach den Sitzen liegt die CSU derzeit mit 35 noch gleich auf mit der SPD, die Nachzählung, deren Ergebnis Ende dieser Woche verkündet werden soll, könnte jedoch den Verlust eines SPD-Mandats bringen. Kiesl wird sich für das Amt des Bürgermeister nicht bewerben, als aussichtsreichster Kandidat gilt der derzeitige Amtsinhaber Winfried Zehetmeier, in der Partei kursieren aber auch Überlegungen, einen jüngeren CSU-Politiker in dieses Amt zu wählen, um ihm damit eine Plattform zu geben, sich als CSU-Oberbürgermeisterkandidat für 1990 aufzubauen. Kiesl erklärte gestern, er werde nicht nochmals für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren.

## CDU: C-Waffen vernichten

dpa, Bonn

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, hat die sowjetische Führung aufgefordert, den Vorschlag von US-Präsident Reagan anzunehmen, weltweit alle chemischen Waffen überprüfbar zu vernichten. Es sei ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, die für eine weltweite Abschaffung aller chemischen Waffen einträten, daß sich die Sowjetunion weigere, den Abbau zuverlässig überprüfen zu lassen, sagte der Unionspolitiker weiter. Die Sowjetunion habe gegenüber dem Westen eine Überlegenheit in einem Verhältnis von mehr als zehn zu eins im Bereich der chemischen Waffen. Die Ablehnung der Kontrolle nähere den Verdacht, daß die Sowjetunion heimliche Reserven an chemischen Waffen behalten wolle. Der Westen könne sich im Ernstfall nicht gegen einen chemischen Angriff des Ostens mit einem unüberprüfbar Vertrag in der Hand verteidigen, erklärte Todenhöfer.

DIE WELT (Ausg. 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 34,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

## Blüm: Keine Einigung mit der FDP

Weiteres Modell zur Neuordnung der Hinterbliebenen-Versicherung aufgetaucht

GEISELA REINERS, Bonn

In den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP ist keine Einigung über den Weg zur Neuordnung der Hinterbliebenen-Versicherung in Sicht. Bei einem Gespräch zwischen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick sowie dem Sozialexperten Dieter Cronenberg in der vergangenen Woche wurden lediglich die kontroversen Auffassungen ausgetauscht.

Blüm versucht, Unterstützung für sein Anrechnungsmodell zu finden, die FDP besteht zu Teilen auf einer Teilhabe-Rente, wie sie auch von einigen Gruppierungen in der Union bevorzugt wird. Bei dem Koalitionsgespräch zwischen Blüm und Mischnick ist noch ein weiteres Modell aufgetaucht, das in der FDP Freunde gefunden hat.

Bei der Teilhabe-Rente werden Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung dadurch gleichgestellt, daß nach dem Tod eines Partners der andere 70 Prozent der gemeinsamen Rentenansprüche erhält. Sollte die eigene Rente höher sein als diese 70 Prozent, bliebe ihm diese garantiert. Diese Lösung, die lange Zeit von weiten Kreisen favorisiert worden war, gilt inzwischen als

nicht finanzierbar, vor allem deshalb nicht, weil auch eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Frauen im Rentenrecht vorgesehen war.

Die Regierung möchte das Anrechnungsmodell verwirklichen. Der überlebende Partner erhält Hinterbliebenenrente, auf die ihm aber andere Einkünfte zu 40 Prozent angerechnet werden, wenn sie einen Freibetrag von 900 Mark übersteigen. Hier geht der Streit vor allem um die Einbeziehung der anderen Einkünfte. Auf jeden Fall angerechnet werden sollen eigene Renten und Beamtenpensionen, aber keine Betriebsrenten, also auch nicht die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Hier gibt es aber schon Stimmen, die dagegen sind. Umstritten ist vor allem aber die Anrechnung von berufstätigen Versorgungseinkünften, gegen die sich die FDP wehrt.

Sie würde ein neues Teilhabe-Modell bevorzugen, das Teilhabe- Prozentsätze sowohl von 70 als auch von 60 Prozent vorsieht. 70 Prozent der gemeinsamen Anspruchschaften erhält der Hinterbliebene, wenn zwei Versicherungen bestanden; 60 Prozent, wenn nur eine bestand. Waren also Mann und Frau berufstätig, bezieht z.B. die Witwe 70 Prozent, war sie

Nur-Hausfrau dann nur 60 Prozent Rente.

Diese Rente soll nur gezahlt werden, wenn die Witwe mindestens 60 Jahre alt ist. Erzielt sie jedoch noch Kinder, ermäßigt sich diese Altersgrenze um fünf Jahre pro Kind. So wäre eine Witwe mit drei noch im Haushalt lebenden Kindern auch schon mit 45 Jahren berechtigt, Hinterbliebenenrente zu beziehen. Ist sie beim Tod des Mannes 50 und hat nur ein Kind zu versorgen, erhält sie nichts.

Blüm verwirft diese Lösung genauso wie ein anderes Modell, das eine 65-prozentige Teilhabe vorsieht und einen Zuschlag von 2,5 Prozent pro Kind für die Frau. Teilhabe-Renten wirken sich nämlich hauptsächlich zum Nachteil der berufstätigen Frauen aus. Schon für Frauen mit geringem eigenen Rentenanspruch entsteht ein Verlust bei der Zusammenlegung der Anspruchschaften, der um so höher wird, je niedriger der Teilhabeanteil ausfällt. „Wenn ich den Hausfrauen und Müttern etwas geben will, bedeutet das nicht, daß ich es den berufstätigen Frauen wegnehme“, meint Blüm dazu. Er hat mittlerweile Unterstützung vom DGB erhalten. Der DGB findet die Anrechnungs-Lösung „prüfenswert“.

## AIR FRANCE LE CLUB: UNSERE GASTFREUNDSCHAFT HEBT UNS AB.



Unsere Gastfreundschaft beginnt schon, bevor Sie an Bord sind. Als Le Club-Passagier können Sie Ihren Sitzplatz schon bei der Buchung reservieren. Bei der Abfertigung steht Ihnen ein spezieller Schalter zur Verfügung. An Bord kümmern wir uns um Ihre Garderobe und bieten Ihnen schon vor dem Abflug einen Willkommensdrink an. Während des ganzen Fluges steht Ihnen unsere Bordbar zur Verfügung – selbstverständlich kostenlos. Aber wir bedienen Sie auch gern an Ihrem Platz aus unserem umfangreichen Getränkeangebot. Die Mahlzeiten, die wir Ihnen servieren, sind in bester französischer Tradition ausgewählt und von einer Qualität, die selbst den Vergleich mit Spitzenrestaurants nicht zu scheuen braucht.

**AIR FRANCE**  
IMMER HÖHER HINAUS



## Bayern erwartet einen Steuer-Kompromiß

Dezente Kritik an Bundesfinanzminister Stoltenberg

PETER SCHMALZ, München  
Nach Ansicht bayerischer Finanzpolitiker wird Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg das Volumen seines Steuerentlastungspakets für einen ersten Schritt deutlich reduzieren müssen. Anstelle der angestrebten 25 Milliarden Mark erwartet man im Münchner Finanzministerium einen Kompromiß von 15 Milliarden Mark, dem man einen doppelten positiven Effekt beimißt: Er wäre, so argumentiert man in München, ohne Steuererhöhungen finanzierbar und könnte schon als Einstieg in die versprochene Reform zum 1. Januar 1986 und nicht erst - wie Stoltenberg verspricht - 1988 realisiert werden.

Dabei sind an zehn Milliarden Mark gedacht, die der Rückgabe „heimlicher Steuererhöhungen“ zugute kommen sollen, also einer Änderung der Lohn- und Einkommensteuerverprogression, sowie fünf Milliarden Mark für einen Familienanteil, der nach bayerischen Vorstellungen eine Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge von jetzt 432 Mark pro Kind und Jahr auf 3000 Mark bringen soll. Die Bundesregierung schlägt einen Freibetrag von nur 2400 Mark vor, hier müssen sich die Unionsparteien noch einigen. CSU-Chef Franz Josef Strauß hatte in einem WELT-Interview (7. April) die „Familienausgleichskomponente“ im Steuerpaket bereits mit „fünf Milliarden Mark plus x“ beziffert, sein Staatssekretär Edmund Stoiber erklärte gegenüber der Münchner Landtagspresse, die Frage, ob ein Familienausgleich komme, sei „gegessen, es geht jetzt nur noch um das x“.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Stoiber und Finanzminister Max Streibl werden in der Beurteilung erkennbar, welche Größenordnung der tarifliche Teil der Steuerreform haben sollte, um politisch sinnvoll zu sein. Eine Änderung der Progression, die weniger als 20 Milliarden Mark Entlastung bringen würde, ist nach Stoibers Ansicht „unsinnig“, da sie für die Betroffenen nicht meßbar und damit als Entlastung nicht spürbar wäre.

Streibl meint dagegen, für einen Einstieg könnten zehn bis zwölf Milliarden ausreichen und wären bei einem sorgfältig durchgearbeiteten Konzept durchaus als Entlastung spürbar. Man müßte allerdings der Öffentlichkeit plausibel erklären, daß

es sich um einen Beginn der Tarifänderungen handelt, dem weitere Schritte folgen, der aber ohne Steuererhöhung in anderen Bereichen finanziert werden kann, heißt es im Münchner Finanzministerium.

Pläne, die Reform zumindest teilweise über Steuererhöhungen zu finanzieren, stoßen auf entschiedenen bayerischen Widerspruch. Eine Anhebung der Mineralölsteuer lehnt Streibl kategorisch ab: „Mit Bayern nicht zu machen.“ Ebenso dürfe nicht die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe wieder beseitigt werden, die als „Mittelstandskomponente“ im Steuerentlastungsgesetz 1984 eingeführt wurde und zu einer deutlichen strukturellen Verbesserung geführt hat. „Zu einer Fortführung des FDP/SPD-Kurses eines Zick-Zack und rein und raus darf es in der Steuerpolitik nicht kommen“, meinte der Finanzminister. „Der Wirtschaftsaufschwung braucht Vertrauen und Beständigkeit.“

Aber auch Bundesfinanzminister Stoltenberg darf sich des ungeteilten bayerischen Mißtrauens sicher sein, die Kritik an ihm wird jedoch aus Unions-Räsonen dezent vorgetragen. Immerhin registriert man in München mit Genugtuung, daß Stoltenberg beim Spitzengespräch am Montag beauftragt wurde, nun doch eine Berechnung über die Höhe der in den letzten Jahren durch die Progression aufgelaufenen „heimlichen Steuererhöhungen“ vorzulegen. Dabei sind mehrere Berechnungsmodelle denkbar, im Münchner Finanzministerium stützt man sich aber auf eine Berechnung des Bonner Instituts „Finanzen und Steuern“, das diese stillen Erhöhungen für die Zeit vom Regierungsantritt von CDU und CSU bis 1985 auf 15 bis 16 Milliarden Mark schätzt. „Eine 1986 mit 15 Milliarden begonnene Steuerreform würde demnach zumindest den Betrag zurückgeben, der unter der Regierungverantwortung der Unionsparteien durch die Progression kassiert wurde“, heißt es im bayerischen Finanzministerium.

Über eine Finanzierung des erwarteten 15-Milliarden-Kompromisses macht man sich in München keine Sorgen. „Wir haben in unserer Finanzplanung bereits entsprechende Rückstellungen vorgenommen“, sagt Minister Streibl.

Seite 18: Steuerreform bleibt weiter umstritten.

## Reagans unnötiger Kampf gegen 535 Außenminister im Kongress

Schuldwweisungen zum falschen Zeitpunkt stören neuen Konsens der Staatsgewalten

Von TH. KIELINGER

Die amerikanische Verfassung, ein Musterbeispiel von Dauer in der Geschichte des modernen Rechtsstaates, hat sich mit dem Prinzip der strengen Gewaltenteilung zwischen Kongress und Exekutive gleichzeitig einen beständigen Irritationspunkt geschaffen. Nirgendwo kommt die Erkenntnis, daß die Gewaltenteilung im amerikanischen System häufig mehr verfeindet als nur geteilt sind, mehr zum Ausdruck als auf dem Felde der Außenpolitik. Hier liegen Rechtsgelahrte wie Regierungsmitglieder im beständigen Streit.

In diese grundsätzliche Debatte hat sich jetzt Präsident Reagan vehement eingeschaltet, darin unterstützt von einem durch den Libanon-Rückzug sichtlich niedergeschlagenen Außenminister George Shultz. Es ist der Kongress, so schalt Reagan gleich zweimal in der vergangenen Woche, der die Administration in ihrer Außenpolitik „unterminiert“. Shultz wie Reagan gaben in gesonderten Vorträgen der Vermutung Raum, daß in Libanon die Terroristen geradezu ermutigt wurden, gegen das amerikanische Interesse vorzugehen, weil sie aus der Debatte im US-Kongress abzulesen konnten, daß der Präsident sich aufgrund dieser heimischen Kritik ohnehin nicht lange in Libanon würde halten können.

Libanon war als Thema fast verblaßt

Man muß sich fragen, was das Weiße Haus bewegt haben mag, gerade jetzt die Attacke gegen die Gesetzgeber und ihre „Unverantwortlichkeit“ zu reiten, da Libanon als Thema im weiten Land schon so gut wie verblaßt war. Der Präsident bringt hier ein dem amerikanischen politisch denkenden Publikum wohlvertrautes Anliegen - die Suche nach Überparteilichkeit in der US-Außenpolitik - auf die Ebene eines sehr parteiichen Streitfalls - und das scheint nicht einer seiner besten Schachzüge der letzten Monate zu sein.

Die Überparteilichkeit in der Außenpolitik: Das ist eine alte Wunschvorstellung aller durch die Gewaltenteilung sich geschmälert vorkommenden US-Präsidenten. Die Über-

parteilichkeit hatte ihre goldenen Jahre in der Zeit des 2. Weltkrieges und auch noch in der Frühära des kalten Krieges. Spätestens seit den Vietnam-Kriegsjahren aber hat sich die Bereitschaft des Kongresses, mit der Administration in der Außenpolitik zusammenzuarbeiten, verflüchtigt. Das Gefühl, in Vietnam betrogen, vom Weißen Haus hintergangen worden zu sein, machte sich in verheerender Aufregung der Gesetzgeber bemerkbar. Der „War Powers Act“ von 1973, der den Kongress ermächtigt, das Weiße Haus im Einsatz militärischer Gewalt zu überstimmen, war nur eines der Ergebnisse dieser Jahre.

Über einhundert Sondergesetze hat die amerikanische Legislative seit 1973 erlassen. Und alle laufen auf eine Erweiterung der außenpolitischen Befugnis des Kongresses hinaus. Es war der Kongress, der die letzte Hilfe für Saigon abschnitt; es war der Kongress, der - mit dem berühmten „Clark Amendment“ von 1975 - dem Weißen Haus jede Chance versagte, in Angola einzugreifen.

Paßt auch Libanon in dieses Bild? Zweifel sind angebracht. Im Oktober 1983 erhielt Präsident Reagan nach langer Debatte vom Kongress die Ermächtigung, die US-Marines 18 weitere Monate in Beirut zu stationieren. Verlängerung wäre, nach erneuter Überprüfung der Sachlage, möglich gewesen. Doch noch vor dem Kongress standen die militärischen Experten dem ganzen Unternehmen mit höchstem Mißbehagen gegenüber. Sehr deutlich kam das in dem Bericht der Long-Kommission im Dezember zum Ausdruck, die die Ursachen und Umstände des Massakers im US-Hauptquartier in Beirut zu untersuchen hatte. Erst nachdem Admiral Long seine Studie vorgelegt hatte, rief der Kongress nach einer Überprüfung der 18-Monats-Frist.

Verständlicher wäre es gewesen, wenn das Weiße Haus seine Philippika mit dem Beispiel Mittelamerika als Hauptargument ausgerüstet hätte. Hier zeigt sich an einer anderen strategisch zentralen Region, wie aus dem Engagement der Administration durch die Querschläge des Kongresses so etwas wie ein Halbengagement - oder weniger - wird. Die Gegner der amerikanischen Politik können sich keinen besseren Mithelfer wünschen

als einen zur Kooperation unentschlossenen und zur Disziplin unfähigen Kongress mit 535 US-Außenministern, wie George Shultz sarkastisch anzumerken pflegt.

Und dennoch - auch hier war der Zeitpunkt der Reagan-Attacken ungünstig gewählt. Just am Tag vor der Anti-Kongress-Rede des Präsidenten bewilligte der Senat 61 Millionen Dollar Militärhilfe für El Salvador und 21 Millionen Dollar Unterstützung für die in Nicaragua operierenden Antisandinisten-Gruppen, genannt „Contras“. Das ist nicht alles, was die Administration verlangt - aber beträchtlich mehr als das, womit sie am Ende gerechnet hatte.

Vor vier Jahren noch undenkbar

Überhaupt ist der Kontrast zur Carter-Ära überwältigend. Undenkbar, daß noch vor vier Jahren so etwas wie offen ausgewiesene Subventionen für Guerilla-Kräfte in einem zentralamerikanischen Staat überhaupt zur Debatte, geschweige denn bewilligt worden wäre.

Die Geschichte der drei bisherigen Reagan-Jahre ist das erstaunliche Dokument einer so nicht mehr für möglich gehaltenen Zusammenarbeit zwischen amerikanischer Exekutive und Legislative. Denn im Kontext der Nach-Vietnam-Geschichte und der fast vollkommenen Zerstörung des Konsensus zwischen den Gewaltenteilungen steht die Reagan-Amtszeit als bemerkenswerte Tendenzwende schon jetzt in den Annalen, was immer die Kooperationsmängel sein mögen, die dem Weißen Haus weiterhin zu schaffen machen.

So gesehen, hat sich der Präsident mit seiner Attacke zum falschen Zeitpunkt mehr als nötig vergebend. Der Kongress, obwohl beklagenswert funktionslos und ohne jene Integrationskräfte, die noch am Werk waren, als ein Senatsführer namens Lyndon Johnson und sein Gegenüber im Repräsentantenhaus, Sam Rayburn, das Sagen hatten - dieser Kongress hat unter der Leitung des Weißen Hauses ganz allmählich auch wieder ein Geistes für den Einsatz militärischer Macht gewonnen.

## In Italien droht eine neue Regierungskrise

Christdemokraten verweigern Craxi die Gefolgschaft

FRIEDRICH MEICHENSNER, Rom  
In Italien ist die entscheidende Parlamentswahl um das Regierungsdekret zur Abbremsung der inflationstreibenden gleitenden Lohnskala im vollen Gange. Die Abgeordnetenkammer, von der das Dekret, wenn es nicht verfallen soll, bis zum 18. April verabschiedet werden muß, tagt praktisch in Permanenz: von morgens acht Uhr bis nachts drei Uhr. Auch am gestrigen Sonntag fand eine solche Marathonsitzung statt, in deren Verlauf die Regierung die Vertrauensfrage stellte. Damit hat der sozialistische Premier Bettino Craxi alle verfügbaren Register gezogen, um der kommunistischen Obstruktions-taktik zu begegnen.

Craxis Erfolgchancen werden trotzdem als äußerst gering bewertet. Da die kommunistische Präsidentin der Abgeordnetenkammer, Nilde Iotti, unter Berufung auf eine Geschäftsordnungsbestimmung verfügt hat, daß jeder Abgeordnete der Opposition 45 Minuten lang zu den rund 2000 Änderungsanträgen sprechen kann, die die Linke und die Neofaschisten zum Dekret eingebracht haben, kann bis zum 18. April im günstigsten Fall wahrscheinlich gerade noch über die Vertrauensfrage abgestimmt werden. Danach müßte das Dekret aber dann noch einmal in einer geheimen Abstimmung gebilligt werden, die durch weitere Manöver der Opposition wiederum verzögert werden könnte.

Craxi selbst scheint entschlossen zu sein, die Auseinandersetzung mit der KP mit letzter Konsequenz durchzuführen. Er kündigte seine Absicht an, das Lohndekret im Falle der nicht rechtzeitigen Ratifizierung durch die Kammer sofort neu einzubringen und außerdem eine „zweite Front“ in der Geschäftsordnungsfrage zu eröffnen: Die Regierungsmehrheit aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen soll durch eine Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnungsbestimmungen oppositionelle Obstruktionsmanöver zur Blockierung von Regierungsvorlagen künftig unmöglich machen.

KP-Sekretär Enrico Berlinguer ließ in einer ungewöhnlich scharfen Kammerrede am Wochenende seinen Zweifel an der Entschlossenheit seiner Partei, gegen solche Pläne mit allen Mitteln anzugehen, im Regie-

rungslager wurden gleichzeitig Stimmen gegen eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Kommunisten laut. Vor allem starke Kräfte der Democrazia Cristiana mit Parteisekretär Ciriaco De Mita an der Spitze scheinen eher den Kompromiß als die offene Konfrontation mit der KP zu suchen. De Mita sagte am Wochenende, er wisse nicht, ob man das Lohndekret bei Verfall unverändert neu einbringen sollte. Er plädierte dafür, bei der Verwirklichung der Regierungspolitik „Phantasie“ an Stelle von Gewalt zu setzen. Außerdem machte er deutlich, daß er nichts von der Eröffnung einer „zweiten Front“ im Bereich der parlamentarischen Geschäftsordnung hält.

In Rom verstärkt sich unter diesen Umständen der Eindruck, daß die Democrazia Cristiana immer weniger an einem klaren Erfolg des Regierungsexperimentes Craxi interessiert zu sein scheint. Bei einer Zusammenkunft der Regionalfunktionäre der Partei soll in den letzten Tagen von verschiedenen Rednern auf die Gefahr hingewiesen worden sein, daß bei der Bevölkerung durch das entschiedene Vorgehen Craxi der Eindruck erweckt werde, als ob die Christdemokraten - obwohl nach wie vor stärkste Partei des Landes - zu einer reinen Hilfsgruppe des sozialistischen Ministerpräsidenten geworden seien. Ein Alarmsignal für Craxi hatten schon am Freitag 26 (vermutlich christdemokratische) „Heckenschützen“ gesetzt, die in einer Geheimabstimmung gemeinsame Sache mit den Kommunisten machten.

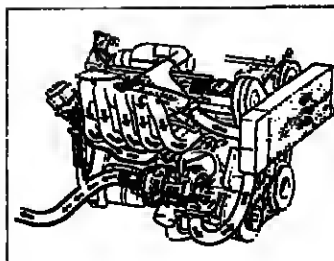
Die Sozialisten reagierten auf die christdemokratischen Warnungen vor einem „Frontalzusammenstoß“ mit der KP und auf De Mitas „Phantasie“-Plädoyer sofort mit der Beschuldigung, die DC habe damit der kommunistischen Opposition auf dem Höhepunkt einer harten parlamentarischen Auseinandersetzung „eine Art Geschenk“ gemacht. Craxi erklärte: „Niemand kann den großen Schaden bagatellisieren, den die Exzesse des Obstruktionsismus der Politik und auch der Wirtschaft zugefügt haben.“ Er sprach vom Risiko, „einer progressiven, lähmenden Dekadenz der Institutionen und des parlamentarischen Lebens“. Und schon sprechen christdemokratische Abgeordnete offen von einer bevorstehenden Regierungskrise.

## Lassen Sie Traditionelles hinter sich. Audi 200 Turbo.



Mit dem neuen Audi 200 bekommt die Spitzenklasse ganz neue Werte. Er bringt wieder den Beweis für technische Höchstleistung von Audi. Mit dem neuen 134-kW (182-PS)-Fünflylinder-Einspritz-Turbomotor, der wichtige Konstruktionsmerkmale aus dem rennenprobierten Audi Quattro-Triebwerk erhält: Mit den in seiner Klasse weitbesten aerodynamischen Eigenschaften, mit einem

niedrigen Kraftstoffverbrauch, mit dem aufwendigen Hochleistungs-fahrgewerk mit vorteilhaftem Frontantrieb und mit der großzügigsten serienmäßigen Ausstattung seiner Klasse. Da fehlt das Anti-Blockier-System ebenso wenig wie z.B. die Zentralverriegelung. Gab es jemals stärkere Argumente in der Spitzenklasse? Audi. Vorsprung durch Technik.





# Schüler-Selbstmord oder Der Tod als Ausweg

Von WALTER H. RUEB

Schüler-Selbstmorde machen in unserem Land immer wieder Schlagzeilen. Das Aufsehen verleiht Gleichgültigkeit in Anteilnahme, die Reaktionen sind stets heftig, die Fälle jedoch schnell wieder vergessen. Wer erinnert sich der folgenden?

● Im Sommer 1980 beschäftigte der Freitod eines 16jährigen Schülers aus dem bayerischen Schwanau den Landtag in München. Aus Angst, nicht versetzt zu werden, hatte sich der Junge im Juli 1979 im Wald erhängt. Ein Pilszähler fand seine Leiche und die mit rosa Tinte geschriebene letzte Botschaft: „Bringt es meinen Eltern schonend bei.“

● Vor oder nach der Zeugnisverteilung nahmen sich Anfang 1981 innerhalb von nur zwei Wochen allein in Bayern fünf Jugendliche das Leben. Die Staatsanwaltschaft Memmingen ermittelte als Motiv für den Selbstmord eines Hauptschülers aus Illertissen „Leistungsdruck in der Schule“. Der Junge erschoss sich in der elterlichen Wohnung mit einem Gewehr. Eine Dreizehnjährige aus Regensburg sprang von einer Autobahnbrücke vor einen Lastwagen. Grund des Freitods: Sie war von der 10. in die 9. Klasse zurückversetzt worden. In Coburg warf sich ein Sechzehnjähriger vor einen Zug, nachdem er zum Rektor zitiert worden war. Eine körperbehinderte Regensburger Schülerin schied aus dem Leben, nachdem der angestrebte Hauptschulabschluss nicht mehr zu erreichen war. Sie hinterließ einen erschütternden Abschiedsbrief. Ein 20jähriger Gymnasiast aus Memmingen im Allgäu ließ sich von einem Eilzug überfahren. Nachdem eine Woche zuvor sein Vater gestorben war, erschienen ihm seine Schulschwierigkeiten unmittelbar vor dem Abitur als unüberwindlich.

● Zwei 16jährige Jungen aus Bad König im Odenwald verübten im Juni 1982 aus Scham über ihr Schulversagen Selbstmord. Sie verließen ihr Zuhause Anfang Mai, zogen ziellos in der Gegend umher, fanden schließlich im bayerischen Landkreis Bad Tölz in einer Scheune Unterschlupf, jedoch keine Lösung ihrer Probleme. In ihrer Verzweiflung erhängten sie sich.

## Gunnars Angst vor der „Kette der Vergeblichkeit“

● Im niedersächsischen Dorf Hollenstedt blieb 1983 ein 14jähriger Junge dem Schulunterricht neun Monate lang fern, weil er im Unterricht nicht mitkam. Im November 1983 wurde von den Behörden schließlich seine Vorführung angeordnet. Ehe die Polizei die behördliche Anordnung ausführen konnte, griff der Schüler zum Gewehr seines Vaters und tötete sich.

● In Fulda nahmen sich Anfang Februar 1984 zwei Mädchen im Alter von 16 und 18 Jahren das Leben. Mit einem Schlauch leiteten sie Auspuffgase in ihr Auto. In Abschiedsbriefen begründeten die Mädchen den Freitod mit „totaler Resignation angesichts unserer beruflichen und privaten Perspektiven“.

● Ungefähr zur gleichen Zeit sprangen in Hamburg ein Fünfzehnjähriger sowie seine ein Jahr ältere Freundin aus dem 15. Stock eines Hochhauses in den Tod. Nach den Ermittlungen der Polizei handelten die beiden jungen Menschen nicht aus Liebeskummer. Seit steht, daß der Junge seit Jahresbeginn nicht mehr in die Schule gegangen war, nachdem er wegen ungenügender Leistungen vom Gymnasium zur Realschule zurückgeschickt worden war.

● Innerhalb weniger Tage haben sich zwei Schüler des 13. Jahrgangs am Gymnasium von Garbsen unweit von Hannover selbst getötet. Die beiden Jungen waren gute Schüler und hatten das Abitur bereits geschafft. Am Grab der beiden machte sich bei der Beerdigung hilflose Trauer bemerkbar. Die beiden Selbstmörder waren ohne Abschiedsbriefe aus dem Leben geschieden. Weder Eltern noch Schule und Polizei haben eine Erklärung für ihr Handeln.

Töten die Schulen unsere Kinder? Der Anschlag spricht dafür: Rund 1500 Schülerinnen und Schüler nehmen sich in der Bundesrepublik jedes Jahr das Leben, annähernd 14 000 versuchen es. Suizid rangiert bei Jugendlichen in der Statistik der Todesursachen hinter Unfällen an zweiter Stelle. Und nach den Erkenntnissen von Wissenschaftlern ist die Dunkelziffer hoch, die registrierte Zahl von Selbstmorden steigend.

In der Öffentlichkeit werden Rufe nach Humanisierung unserer Schulen und nach Abbau von Schulstress und Leistungsdruck laut. Die Abschaffung von Noten und Zeugnissen wird in die Wege geleitet. Die Kultusminister hören Appelle, sie möchten Sorge tragen, daß die Schulen nicht als „Krisenherde unserer Gesellschaft“ und „Massengrab unserer Kinder“ in Verruf geraten.

Nach übereinstimmender Ansicht von Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Ärzten und Geistlichen verursacht jedoch nicht die Institution Schule diese Tragödien. Die Wissenschaftler haben Lebensangst, Verein-

samung, Isolierung, Liebeskummer und Familienzerrüttung als Hauptgrund des Beschlusses ermittelt, aus dieser Welt in eine andere zu fliehen, allerdings auch Versagen in der Schule und beim Sport. Auch steigende Kriminalität (die Zahl jugendlicher Tatverdächtiger stieg innerhalb von zehn Jahren um 63,7 Prozent an), wachsende Verrohung (die von Jugendlichen begangenen Körperverletzungen stiegen während eines Jahrzehnts um 153 Prozent an) sowie Drogensucht spielen verhängnisvolle Rollen (in einem einzigen Jahr nahm die Zahl der Rauschgiftdelikte bei Kindern von sechs bis vierzehn Jahren um 134 Prozent zu).

Die Wissenschaft beschäftigt sich mit den Gründen und seit langem mit dem Phänomen der Schüler-Selbstmorde. Kurt Singer, Dozent für Schulpädagogik an der Universität München, erkannte schon vor Jahren, daß die Schule an den Verzweiflungstaten junger Menschen durch unzulässige Überforderung und unpädagogische Noten, das Nicht-Versetzen sowie angstmachende Beziehungsferne zum Schüler mitverantwortlich sei. Jedoch die Hauptursache für die Schüler-Selbstmorde erkannte auch Singer vor allem in der Verzweiflung über menschliche Beziehungslosigkeit, in zerrütteten Familienverhältnissen, Pubertätskonflikten, überforderten Erwartungen des Elternhauses und der Umwelt sowie in einem bei vielen Jugendlichen vorhandenen Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens.

Aus einem Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens scheinen vor wenigen Wochen auch der 15jährige Gunnar S. und seine 16jährige Freundin Ines aus dem Hamburger Hochhaus in die Tiefe gesprungen zu sein. Gunnars Mutter sagte nach dem Selbstmord ihres Sohnes, der Fünfzehnjährige habe darunter gelitten, daß Mühen und Anstrengungen stets umsonst seien und das Leben letztlich eine Kette schrecklicher Vergeblichkeit sei.

Was Gunnar eine „Kette der Vergeblichkeit“ nannte und was ihn schließlich in den Tod trieb, ängstigt in Hamburg viele Eltern und macht Pädagogen und andere Fachleute ratlos. Der Hamburger Psychiater Hans Ramm aber sagte in einem Zeitungsinterview: „Gunnars Angst vor dem Tod durch Zerstörung der Umwelt oder einen Atomkrieg muß so groß gewesen sein, daß er beschloß, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen und es nicht dem Schicksal zu überlassen. Damit wollte er der Umwelt demonstrieren, daß er noch ein Stückchen Macht über sich selbst hat. Seit der Trennung seiner Eltern hat Gunnar seine Umwelt als Bedrohung erlebt. Nichts lief so, wie er es sich vorstellte. Die Familie zerbrach, als der Sohn, der ohne Geschwister groß wurde, Bezugspersonen brauchte. Er fand sie später in einer Gruppe gleichgesinnter Jugendlicher, die zwei Ziele vereinte: Ablehnung des Althergebrachten und Brechen mit Konventionen. Für Gunnar wurde die Gruppe schließlich zu einer Art Elternersatz. Diese jungen Menschen diskutierten stundenlang über ihre Zukunft, die ihnen hoffnungslos erschien. Sie erlebten sich als Opfer der Erwachsenen, die bestimmen, was richtig ist und was nicht. Vor diesem Hintergrund reifte in Gunnar der Entschluß, seiner feindlichen Umgebung zu beweisen, daß er selbst bestimmen kann, was mit seinem Leben passiert. Seine Aggressionen gegen eine Welt, die ihn nicht versteht, wurden immer größer und richteten sich schließlich gegen ihn selbst.“

Ob sich die beiden Achtzehnjährigen vom Gymnasium am Planetenring in Garbsen aus Angst, aus Aggression oder in der Annahme töteten, das Leben sei eine Kette der Vergeblichkeit, wurde nicht ermittelt. Die Lehrer der beiden Jungen, das Abitur mit guten Noten bestanden hatten und weder Problemfälle waren noch Depressionen erkennen ließen, stehen vor einem Rätsel. Sie sind keineswegs zur Tagesordnung übergegangen. Bei manchen Pädagogen des Gymnasiums am Planetenring machen sich sogar Schuldgefühle bemerkbar.

Das Stichwort dabei heißt Anonymität. Tatsächlich haben Kurssystem und Größen vieler Schulen für Schülerinnen und Schüler Gefahren herbeigeführt. In der Bundesrepublik jedes Jahr das Leben, annähernd 14 000 versuchen es. Suizid rangiert bei Jugendlichen in der Statistik der Todesursachen hinter Unfällen an zweiter Stelle. Und nach den Erkenntnissen von Wissenschaftlern ist die Dunkelziffer hoch, die registrierte Zahl von Selbstmorden steigend.

In der Öffentlichkeit werden Rufe nach Humanisierung unserer Schulen und nach Abbau von Schulstress und Leistungsdruck laut. Die Abschaffung von Noten und Zeugnissen wird in die Wege geleitet. Die Kultusminister hören Appelle, sie möchten Sorge tragen, daß die Schulen nicht als „Krisenherde unserer Gesellschaft“ und „Massengrab unserer Kinder“ in Verruf geraten.

Nach übereinstimmender Ansicht von Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Ärzten und Geistlichen verursacht jedoch nicht die Institution Schule diese Tragödien. Die Wissenschaftler haben Lebensangst, Verein-

Jedes Jahr begehen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 Schülerinnen und Schüler Selbstmord; annähernd 14 000 versuchen es. Tötet die Schule unsere Kinder? Die Wissenschaft verneint das. Sie beschäftigt sich seit langem mit dem Phänomen der Schüler-Selbstmorde. Übereinstimmend haben Pädagogen, Soziologen, Psychologen, Ärzte und Geistliche Lebensangst, zerrüttete Familienverhältnisse, Pubertätskonflikte, Liebeskummer, überhöhte Erwartungen von Eltern-

haus, Schule und Umwelt sowie das bei vielen Jugendlichen vorhandene Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens als Hauptursachen erkannt. Die Wissenschaft lehnt Schuldzuweisungen ab. Sie hält Prävention für möglich, muß jedoch zugeben, daß auch sie letztlich machtlos ist, wenn sich junge Menschen von Hochhäusern und Brücken stürzen, vor Lastwagen und Züge werfen, wenn sie zur Pistole oder zu Tabletten greifen, um diesem Leben zu entfliehen.



Tötet die Schule unsere Kinder?

FOTO: DIE WELT

kursen) blicken auf jene der G-Kurse (Grundkurse) herunter. „Wo ursprünglich die Absicht bestand, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, ist jetzt statt mehr Mitleiden mehr Gegenüberstellung festzustellen“, sagte ein Kritiker. „Und zahlreiche sind beispielsweise an Ganztags-Gesamtschulen Sprößlinge aus Familien, in denen der Vater Karriere machen und die Mutter sich selbst verwirklichen muß, so daß Sohn und Tochter der Schule überlassen und ihre Erziehung der Schule aufgebürdet werden. Die Schule aber ist dabei überfordert. Sie kann nicht übernehmen, was im Elternhaus unterbleibt und versäumt wird. Die Konsequenzen sind folgendermaßen: Die Kinder fühlen sich allein gelassen, die Erziehung wird vernachlässigt, die Bindungen zum Elternhaus lockern sich, Entfremdung tritt an Stelle von Geborgenheit, Vermassung ersetzt Individualität, die Zahl von Problem-Schülern steigt.“

Die Zunahme sogenannter Problem-Schüler schlägt sich seit Jahren auch im Stellenplan unserer Gesamtschulen nieder. In einer nordrhein-westfälischen Gesamtschule mit 1800 Schülern und 150 Lehrern arbeiten beispielsweise mehr Schulpsychologen und Sozialhelfer als Musiklehrer. In Frankfurt gilt es gar als fortschrittlich, wenn Eltern sagen können, daß sie ihre Kinder der Obhut eines Schulpsychologen anvertraut haben.

Die Zahl von Schülerinnen und Schülern, die dem Schulpsychologen vorgestellt werden, steigt seit Jahren stetig an. Sie wird von Fachleuten auf das acht- bis zehnfache der Fälle zu Beginn der 70er Jahre geschätzt. Und dies, obwohl manche Lehrerinnen und Lehrer sich dagegen sträuben, mit einem Schüler den Weg zum „Seelendoktor“ anzutreten. „Ausdrucksreicher ist es, sich als Lehrer und vertraute Bezugsperson mit dem Problem-Schüler zu beschäftigen“, sagte ein erfahrener Pädagoge. „Wenn aber erst einmal die Lehrerkonferenz von einem Problem-Fall

Wind bekommen hat, ist eine individuelle Behandlung des Falles unmöglich. Da werden dann sofort die sozialen Erziehungsfunktionen des Staates und seine systemimmanenten familienergänzenden Einrichtungen gepriesen und der jugendliche Problem-Fall ihnen überantwortet.“

Der Garbsener Schulpsychologe Michael Springer (40), der auch für das durch zwei Schüler-Selbstmorde ins Gerede gekommene Gymnasium am Planetenring zuständig ist, verwarf die Sicht gegen den Verdacht, bestimmte Schultypen förderten oder provozierten gar den Schüler-Suizid.

## Ein Sechsjähriger wollte dem toten Großvater folgen

Die Varianz des Schultyps spiele dabei eine unbedeutende Rolle; im übrigen sei die Rolle der Schule bei Schüler-Selbstmorden längst nicht geklärt, sagte Springer und verteidigte die Gesamtschule gegen den Vorwurf, besonders sie fördere durch das Kurssystem Anonymität und Vereinsamung ihrer Schüler und bereite dadurch den Nährboden zu gefährlichen Entwicklungen. „Gerade die Gesamtschulen haben auf ihre Fahnen das Bemühen geschrieben, Abseits- und Randstellungen abzubauen“, meinte Springer. Durch den vom niedersächsischen Kultusminister gewährten Spielraum bei der Gestaltung des Unterrichts könnten die negativen Begleiterscheinungen des Kurssystems in Grenzen gehalten werden.

Springer räumte jedoch ein, daß Gesamtschulen verstärkt mit Problemen konfrontiert würden, weil ihre Schüler vielfach aus weniger gesicherten Elternhäusern stammten als etwa Gymnasiasten. „Die Schüler-Biographien geben darüber klar Auskunft“, sagte Springer. „Schuldzuweisungen nach Schultypen bei

Schüler-Selbstmorden aber sind völlig unmöglich. Neben der Schule üben vor allem Familie und Öffentlichkeit Einfluß auf die Schüler aus. Die Familie ist entscheidend. Wenn ein Schüler in der Familie Probleme hat, sich in der Schule aber geborgen und anerkannt fühlt, ist eine Gefährdung klein. Wenn aber eine Schwierigkeit in Schule und Familie hat, wird die Gefahr groß. Heranwachsende bedürfen besonderer Hilfe. Sie müssen in der Schule aufgefangen werden, wenn die Familie versagt. Eltern, Schule und Umfeld des jungen Menschen müssen sich der Verantwortung bewußt werden. Mit Schuldzuweisungen allein kommt man nicht weiter.“

In den USA wird vom Problem der Schüler-Selbstmorde nicht durch weltanschaulich und politisch motivierte Schuldzuweisungen abgelenkt. In dem Lande, wo man sich ebenso zwanglos auf das Ledersofa des Psychiaters legt wie auf den Behandlungssstuhl des Zahnarztes setzt, wurden die tieferen Ursachen der Schüler-Selbstmorde in Gewaltdarstellungen im Fernsehen, hoher Scheidungsrate, Mangel an familiären Bindungen, Liebesproblemen und im Druck der Eltern auf ihre Kinder, in Schule, Sport und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfolgreich zu sein, erkannt.

Die Regierung von Kalifornien - in diesem Staat der USA unternehmen jährlich rund 16 000 Jungen und Mädchen einen Selbstmordversuch, 1983 starben so fast 200 Jugendliche - entwickelte jetzt ein Programm gegen den Selbstmord in den Schulen. Sie läßt sich dies rund 300 000 Dollar kosten, setzt aber darauf, daß die Pädagogen künftig einen Selbstmord-Kandidaten rechtzeitig erkennen können.

In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sich die Wissenschaft zumeist erst nach einem mißlungenen Selbstmord-Versuch mit dem jungen Menschen, der zur Selbstzerstörung bereit war. Der

Hamburger Kinder- und Jugendpsychiater Kai-Uwe Nöhring behandelt jährlich 40 bis 50 Jugendliche, die Selbstmord-Versuche unternahmen. Der Facharzt betreut seine Patienten in einem Kinderkrankenhaus. „Da habe ich eine eigene Abteilung mit 32 Betten“, sagte Nöhring. „Sie sind stets belegt. Nach einem Suizid-Versuch ist es wichtig, so schnell wie möglich festzustellen, ob die jungen Menschen weiterhin suizidgefährdet sind. Dies ist eine große und verantwortungsvolle Aufgabe.“

Nach Nöhrings Erfahrungen sind manche Selbstmord-Versuche Appelle an die Umwelt. „Beachtet mich mehr, wollen die jungen Menschen sagen“, enthielte der Facharzt für Psychiatrie. Er lehnt es ab, Schuldzuweisungen vorzunehmen. „Schon gar nicht gegen die Eltern“, sagte Nöhring. „Wenn Eltern sich nach einem Suizidversuch an mich wenden, suchen sie Hilfe für ihr Kind - da sind Vorwürfe unangebracht.“

Sein jüngster Selbstmord-Kandidat war knapp sechs Jahre alt. „Der Knirps hatte den über alles geliebten Großvater verloren“, verriet Nöhring. „Er suchte ihn, vergaß die Umwelt. Schließlich erfuhr der Junge, daß der Opa tot war. Hinterher erzählte ihm jemand, daß der Tod auch durch einen Sprung von der Fensterbank eintreten könne.“

Nach Erkenntnissen von Nöhring unternehmen Mädchen viermal so oft Selbstmord-Versuche wie Jungen, bei Jungen enden die Versuche jedoch öfter tödlich. Das liegt daran, daß Mädchen eher zu Tabletten greifen, Jungen sich jedoch meist radikaler Methoden bedienen: Sie nehmen das Messer oder die Pistole, oder sie stürzen sich vor Züge oder aus Hochhäusern in die Tiefe.

Nöhring ist der Ansicht, daß die Umgebung von Selbstmord-Kandidaten das Herausziehen einer lebensbedrohenden Krise bei einiger Aufmerksamkeit erkennen könne. Als Symptome bezeichnete der Psychiater krasse Schul- und Familienschwierigkeiten, das plötzliche Sich-Zurückziehen aus sozialen Bindungen, auffallende Interessenslosigkeit, Einzelgängerum, Klagen über Aussichtslosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens und schließlich auch Trauer über unglückliche Liebe. Nöhring warnte: „Selbstmordankündigungen von Kindern und Jugendlichen müssen ernst genommen werden.“

Was aber ist zu tun, wenn Eltern ihren einzigen Sohn durch Selbstmord verlieren und nicht die leiseste Ahnung von seinen Motiven haben? Ein Hamburger Ehepaar beispielsweise quält sich seit Oktober 1983 mit unablässiger Ursachenforschung - bisher vergeblich. Ihr 20jähriger Sohn hatte das Abitur geschafft und auch einen Studienplatz gefunden. Die Familie war intakt, es gab weder finanzielle noch sonstige Probleme. Dennoch nahm er sich während einer kurzen Abwesenheit von Eltern und Schwester das Leben. ... Seither zermaßen sich die Hinterbliebenen die Köpfe über die möglichen Motive, und die Mutter klammert sich auch ein halbes Jahr nach dem Freitod ihres Sohnes verzweifelt an die Hoffnung, einen Abschiedsbrief zu finden, in dem der Tote ihnen wenigstens Beruhigung über ihre Schuldlosigkeit zukommen läßt.

Möglicherweise wird sich die Hoffnung der schwergeprüften Familie nicht erfüllen. Die Statistik über den Anteil jugendlicher Selbstmörder, die Abschiedsbriefe hinterließen, ist düster. Sie besagt, daß in unserem Land nur jeder zehnte Selbstmörder einen Abschiedsbrief hinterläßt. In Skandinavien fand man bei 20, in der Schweiz immerhin bei 18 Prozent der Suizidanten Abschiedsbriefe.

Auf einer Tagung der Schweizer Stiftung Pro Juventute wurde jetzt sogar detailliertes Material über Abschiedsbriefe jugendlicher Selbstmörder vorgelegt. Danach variiert ihr Umfang von lapidaren Notizen bis zu mehrseitigen Schilderungen der Selbstmord-Gründe. Meist wird der Brief am Totort hinterlassen, in seltenen Fällen der Post anvertraut.

Der Inhalt ist vielfältig. Manche Briefe enthalten Appelle an die Nachwelt, in vielen wird um Verzeihung, in anderen um Verständnis gebeten. Groß ist die Zahl von Abschiedsbriefen mit Vorwürfen und Beschuldigungen. Manche Briefe kommen regelrechten Racheakten gleich, und nicht selten entpuppen sich Abschiedsbriefe junger Menschen, die einen mißlungenen Selbstmordversuch unternahmen, hinterher als reiner Expressionsversuch mit dem Appell, den jungen Menschen wieder zu lieben, zu unterstützen, aufzunehmen oder ihm zu verzeihen.

Ein aufsehenerregendes Buch von Kurt Biener, Professor am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, hatte die Stiftung als Herausgeberin des Werkes veranlaßt, zur Tagung einzuladen. Dort wurden die Tagungsteilnehmer mit Zahlen über eigenständige Suizidfälle konfrontiert, die bis ins Jahr 1976 zurückreichen. Die neuesten Schweizer Zahlen lauten: 1974 Selbstmorde im Jahr 1982; davon entfielen auf Kinder deren acht, auf Jugendliche 233. Eine alarmierende Höhe: Die Zahl von 241 Schüler-Selbstmorden in der Schweiz entspricht einem Sechstel jener aus unserem Land, das südliche Nachbarland aber hat lediglich ein Zehntel unserer Einwohner.

zahl... Eine große Zahl von Schüler-Selbstmorden in der Schweiz wurde sorgfältig untersucht. Dabei wurden folgende Suizid-Gründe am häufigsten geortet: Vorwürfe von Eltern und Schulschwierigkeiten, Streit mit Geschwistern, Minderwertigkeits- und Unsicherheitsgefühle gegenüber Schulkameraden, Erwischtwerden bei Diebstählen, Depressionen, Angst vor Strafe und Schlägen und schließlich Nachehmung von Selbstmorden in Film und Fernsehen.

Interessant und aufschlußreich sind die Erkenntnisse, die man in der Schweiz über Regionen und Agglomerationen gewann, in denen entweder keine oder besonders viele jugendliche Selbstmorde begingen. In den Kantonen Uri, Nidwalden, Zug und Appenzell-Innerrhodon - in den Augen mancher Schweizer die letzten Reste einer hellen Welt - wurde zwischen 1960 und 1970 kein einziger Schüler-Selbstmord verzeichnet; in Zürich, der größten Schweizer Stadt, aber schieden im gleichen Zeitraum 438 junge Menschen freiwillig aus dem Leben.

Tagungsleiter Werner Stauffacher und Professor Biener unternahmen schließlich mutig den Versuch, die Beweggründe der jungen Menschen zu ihrem „Schritt ohne Wiederkehr“ zu beleuchten. Stauffacher sagte, alles wachse - das Bruttosozialprodukt, der Hunger und die Desorientierung... Die Welt erscheine kompliziert und nicht mehr gestaltbar, die Sinnfindung innerhalb der Lebensgemeinschaft werde erschwert. Professor Biener machte auf die Zunahme von Situationen aufmerksam, welche die Aggressionen verstärkten. Sie mußten abgebaut werden, ehe sie sich gegen einen selber richteten. Biener rief den jungen Menschen, ihre Not niederzuschreiben und sich dadurch selbst zu helfen.

Es gibt jedoch Beispiele von Selbstmordhandlungen junger Menschen, welche den da und dort zur Schau getragenen Optimismus, das Problem der Schüler-Selbstmorde in absehbarer Zeit meistern zu können, Lügen strafte. Terje Neraal, ein norwegischer Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Mitarbeiter in der Ambulanz der Familien- und Sozialtherapie am Zentrum für Psychosomatische Medizin der Justus-von-Liebig-Universität von Gießen, berichtete von einem Schüler-Selbstmord-Versuch, der Erkenntnisse des Soziologen Durkheim aus dem Jahre 1897 bestätigte, wonach Selbstmordhandlungen kein medizinisches Problem, sondern letztlich das Ergebnis einer Auseinandersetzung des einzelnen mit der Gemeinschaft sind.

## Peters Preis für das Überleben der anderen

Neraal schilderte den Fall des 13jährigen Schülers Peter, der auf einen Zettel „Scheiß Schule“ schrieb, sich in die Badewanne legte und große Mengen von Schlaftabletten schluckte. Neraal lernte den Fall später als Familientherapeut kennen.

Peter war ein pflichtbewußter und strebsamer Durchschnittsschüler. In seiner Familie herrschte eine gute Atmosphäre, dennoch spielte sich in ihr eine Tragödie ab, ohne daß jemand davon etwas merkte. Ausgangspunkt der Tragödie war Peters Schwäche in der Mathematik. Früher hatte er sich bei Schwierigkeiten hoffnungsvoll an den Vater gewandt, der älteren Geschwister um Hilfe gebeten, später aber zog er sich immer öfter, unzugänglich für Rat, doch empfindlich bei Kritik, in sein Zimmer zurück.

Der Grund wurde zu spät erkannt: Der Vater besaß eine zu geringe Schulbildung, so daß seine Kenntnisse nicht ausreichten, um Peter in der höheren Mathematik helfen zu können. Und die älteren Geschwister waren selbst so eingespannt, daß sie sich nicht auch noch um den jüngeren Bruder kümmern konnten.

Neraal folgerte: „Aus individual-psychologischer Sicht kann man bei Peter von einer narzisstischen Krise sprechen, die durch die eingetretene Kluft zwischen idealisiertem und realem Selbstbild entstanden war. Die dabei auftretende narzisstische Kränkung führte bei dem sensiblen Pubertäts-Jugendlichen mit einem noch nicht gefestigten Selbstbild zum Rückzug und schließlich zur Flucht in den Freitod. Auch könnte man von einem ödipalen Konflikt mit dem Vater sprechen. Peter hatte sich nicht getraut, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die dazu führten, daß er fähiger als der Vater erscheinen würde... Aus familiendynamischer Sicht ist die Krise von Peter als ein Symptom für die Dekomposition der gesamten Familie zu verstehen. Die Selbsthilfepotentiale waren erschöpft, der Vater konnte in seiner Hilflosigkeit bei Schwächen des Sohnes nur mit autoritären Drohgebärden reagieren, die älteren Geschwister kämpften selber um ihr Überleben.“

Peter war schließlich bereit, das Überleben der anderen mit seinem Leben zu bezahlen - ein hoher Preis, den nur ein gültiges Schicksal nicht annahm.



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,  
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Mediziner im Atomkrieg

„Im Atomkrieg sind die Ärzte machtlos“,  
WELT vom 4. April

Dr. Karsten Vilmar, der Präsident der Bundesärztekammer, hat auf einem Medizinerkongress in Tübingen erklärt, daß eine organisierte ärztliche Hilfe im Falle eines Atomkriegs unvorstellbar sei. Diese Erklärung ist aus folgenden Gründen zu bedauern:

Unsere Erfahrungen über den Atomwaffeneinsatz stecken noch in den Kinderschuhen. Was wirklich sein wird, weiß keiner. Unbeschadet dessen steht aber fest, daß mit zunehmender Entfernung von Zentrum einer Atombombenexplosion die Möglichkeiten einer ärztlichen Hilfeleistung wachsen. Demgemäß ist das Pauschalurteil jenes Kammerpräsidenten unhaltbar.

Seine Erklärung ist aber auch aus politischer Sicht fragwürdig. Denn sie fördert die Bestrebungen jener Kreise, die eine Landesverteidigung und die Verteidigung Mitteleuropas ablehnen, wobei sie in aller Regel unsere Heimat in den düstersten Farben als künftiges atomares Trauma und Trümmerfeld darstellen. Demgegenüber wird aber ein künftiger Krieg nicht zwangsläufig ein Atomkrieg sein, zumal sich beide Supermächte darüber im klaren sind, daß eine solche Eskalation kaum auf Mitteleuropa begrenzt bliebe.

Im übrigen bräute eine atomare Zerstörung Europas keine Kriegsent-scheidung, sondern nur eine unbrauchbare zerstörte Landschaft. Damit würden aber die Sowjets die von ihnen begehrte westeuropäische Industrie und die von ihnen gewünschten Absprungbasen gegen die USA nicht erlangen - während gleichzeitig die USA ihrer europäischen Handels-partner verlustig gingen.

Im übrigen sollte der Präsident einer führenden Ärzteorganisation alles tun, um die Ärzteschaft aus der Politik herauszuhalten. Das erfordert das ärztliche Berufsethos und die Stellung unserer Ärzte in der Gesellschaft. Denn auch insoweit wäre ein Versagen dieser Organisation ein Anfang vom Ende - vom Ende eines angesehenen Berufsstandes.

Dr. Friedrich Nyland,  
Weinheim

Die Aussage: „Ärzte gegen Atomkrieg“ ist in ihrer Selbstverständlichkeit Unsinn und billige Reklame. Es muß heißen: „Ärzte gegen jegliches Töten, auch das Töten der Ungeborenen“. Es muß heißen: „Alle gegen die

Atomwaffen, alle gegen alle Waffen“, Abrüstung total!

Frieden ohne Freiheit gibt es nicht. Die Freiheit bekommen wir nicht zum Nulltarif.

Nicht die amerikanischen Waffen bedrohen die Menschheit, sondern nur die russischen SS 20, Rußland hat die Weltrevolution nie aufgegeben.

Unsere Ideologen scheinen nur eine partielle Intelligenz zu haben. „Wer anstatt über die Quellen und Gründe der Kriegsgefahr nachzudenken, seinen leidenschaftlichen Protest nur auf die Waffen reduziert, vermeidet bewußt oder unbewußt die Suche nach dem Feuerherd und erliegt der heute weit verbreiteten Neigung, die Mittel mit den Zielen zu verwechseln.“ (Manfred Sperber in seiner Dankrede für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, Oktober 1983).

Dr. J. Michalka,  
Papenburg

Der Vorstellung des MdB Kroll-Schlüter „Ärzte müssen auch im Atomkrieg Hilfe leisten“ (WELT, 3. April 1984), liegt ein phantastischer und lebensgefährlicher Irrtum zugrunde: Der möglich gewordene Atomkrieg wird verarmt. Auch Ärzte können einen Atomkrieg nicht überleben.

Der Atomkrieg hinterläßt keine Sieger und keine Besiegten. Er hinterläßt nur Tote. Und tote Ärzte können nicht helfen. Die einzige Hilfe, die Ärzte jetzt noch leisten können, heißt: Aufklärung darüber, daß sie im Atomkrieg niemandem helfen können. Eine Verharmlosung der Atomkriegsfolgen widerspricht ärztlichem Ethos. Der Eid des Hippokrates ist ein Eid für das Leben. Bundeskanzler Kohl nennt den Atomkrieg zurecht die Apokalypse.

Dr. Franz Alt,  
Baden-Baden

### Wort des Tages

„Arbeite immer daran, in deiner Brust jene kleine Flamme des göttlichen Feuers lebendig zu erhalten, das man Gewissen nennt.“

George Washington, US-Präsident (1732-1799)

## Personalien

### AUSZEICHNUNGEN

Für Bücher, die sich mit dem Problem des Altern beschäftigen, sind vier Autoren mit dem Wilhelmine-Lübke-Preis des Kuratoriums Deutsche Altershilfe ausgezeichnet worden. Für „Niemand soll mich sehen, Protokoll einer Pflege“, wurde in Stuttgart Kristel Neidhart aus Konstanz mit 6000 Mark ausgezeichnet. Lore Bartholomäus aus Paderborn erhielt 5000 Mark für „Ich möchte an der Hand eines Menschen sterben - Aus dem Alltag einer Sterbeklinik“. Außerdem gingen Preise von jeweils 2000 Mark an den Mainzer Jochen Schmauch für „Ich will mit Euch zusammen alt werden“ sowie an den Wiener Robert Pelt für „Der dritte Kreis - oder Pensionisten-Brevier“. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe mit seinem Sitz in Köln war vor 22 Jahren von dem damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke und seiner Frau Wilhelmine Lübke gegründet worden.

\*

Professor Dr. Karl-Friedrich Gander ist für seine Verdienste auf dem Gebiet der Nahrungsmittelforschung mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Die Auszeichnung überreichte Hamburgs Wissenschaftssenator Professor Hansjörg Sinn. Gander, 1923 in Pommern geboren, studierte in Darmstadt chemische Technologie. Seit 1977 war er der Leiter des Hamburger Forschungszentrums des Lebensmittelherstellers Unilever. Im letzten Jahr trat Gander in den Ruhestand, ist aber weiterhin in Verwaltungsräten und verschiedenen Kuratorien der Firma tätig.

\*

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick verließ in der Landesvertretung Bremen in Bonn den „Frankreich-Preis“ für das Schuljahr 1983/84. Koschnick erinnerte als Schirmherr des erstmals bundesweit von der Robert-Bosch-Stiftung ausgeschriebenen Wettbewerbs für Schüler an die Notwendigkeit der intensiven Beschäftigung mit dem Nachbarland Frankreich. Prämissen sei dabei das Erlernen der Sprache. Die fünf ersten Preise, die jeweils für die gesamte Klasse eine zehntägige Studienreise

nach Frankreich beinhalten, gingen an je ein Gymnasium in Friedrichshafen, in Bad Homburg, in Cuxhaven, in Ludwigshafen und eine höhere Handelsschule in Bieseweller.

### THEATER

Der künftige Intendant der Hamburger Staatsoper, Professor Kurt Horres, gab jetzt den Spielplan für die Saison 1984/85 bekannt. Kurt Horres, Jahrgang 1932, der seine Arbeit 1959 als Regieassistent an der Komischen Oper Berlin begann, dann Oberspielleiter in Lübeck wurde und von 1964 bis 1975 Operndirektor in Wuppertal war, ist derzeit Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Für seine Arbeit in Hamburg hat er sich vorgenommen, neben der Erweiterung und Erneuerung des bestehenden Repertoires jährlich einen Beitrag der Moderne zu bringen. Deshalb möchte er auch versuchen, fünf statt bisher vier Neuinszenierungen pro Saison vorzustellen.

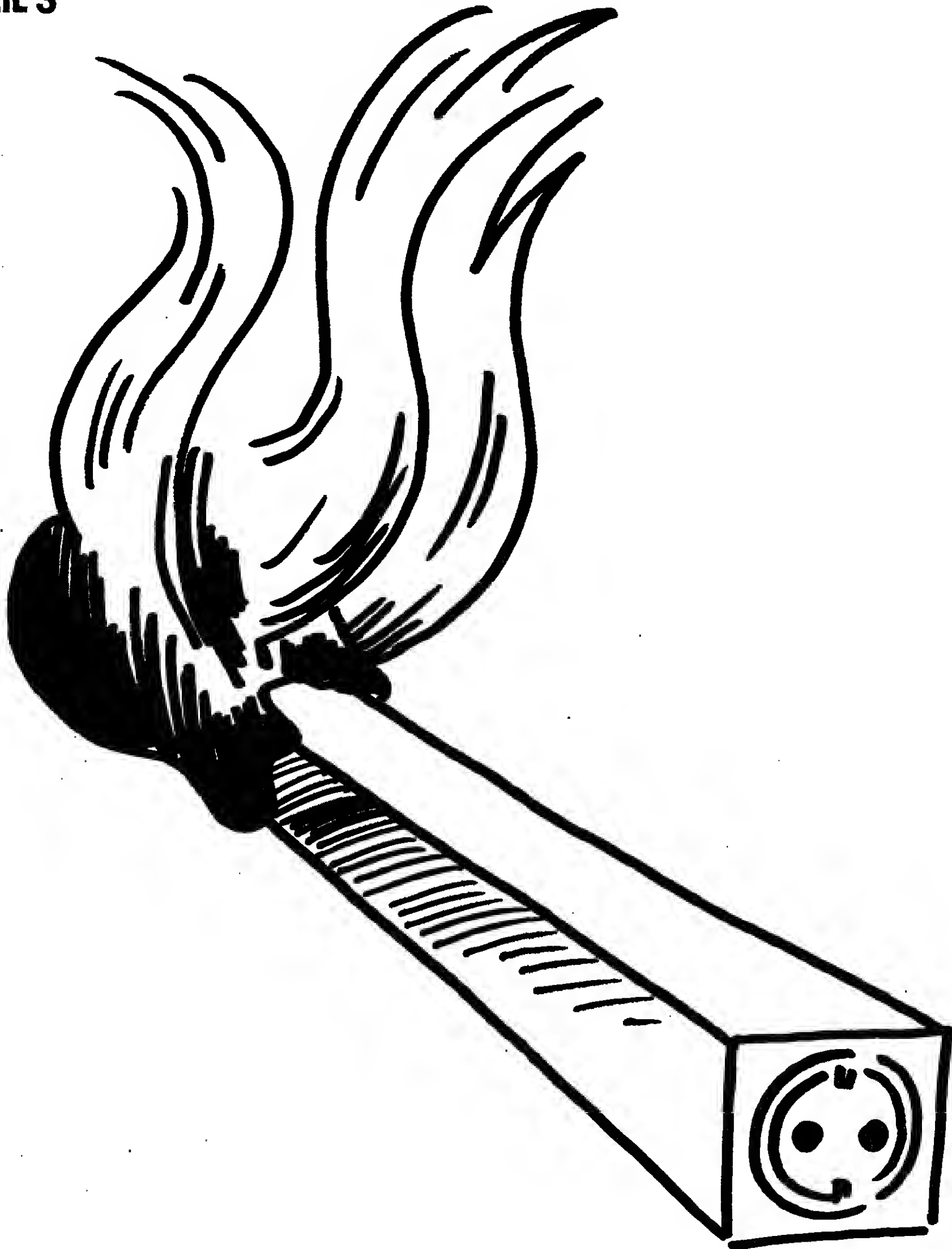
### ARCHÄOLOGIE

Constantin Könen, der rheinische Altertumsforscher und Entdecker der römischen Legionsfestung Novesium, wird von der Stadt Neuss im Rahmen der 2000-Jahr-Feier der Stadt in besonderer Weise geehrt. Erstmals erschien jetzt eine Biographie über ihn, und gleichzeitig erinnert eine Ausstellung im Rathaus-Foyer an den Ausgräber mit internationalem Rang. Hans Seeling ist der Verfasser der Biographie „Constantin Könen (1854-1929) - Leben und Werk des Archäologen“.

### JUBILÄUM

Bei der Oberpostdirektion Düsseldorf vollendete am 1. April der Fernmeldeamtsrat Wilhelm Bisschof eine Dienstzeit von 50 Jahren. Der Präsident der Oberpostdirektion Düsseldorf, Dr. Manfred Binsch, sagte in seinen Glückwünschen und Dankesworten an Bisschof, der den Aufstieg vom Telegraphenbaulehrling bis zum Fernmeldeamtsrat schaffte, daß eine 50jährige Dienstzeit selbst für eine Bundesverwaltung ein besonderes Ereignis mit Seltenheitswert darstellt.

## RWE UMWELT-BILANZ 1984 TEIL 3



# CHEMIESTUNDE

oder: Wer etwas verbrennt  
erzeugt nicht nur Hitze.

**Seit den ersten Versuchen im Chemie-Unterricht weiß jeder: Wird ein Stoff verbrannt, werden andere Stoffe frei. Welche das sind, zeigen oft schon auf den ersten Blick die Farben der Flammen.**

Andere Stoffe sind nicht ohne technische Hilfsmittel erkennbar, wohl aber zu riechen. Wieder andere lösen sich völlig unbemerkt in Luft auf. So wie beispielsweise das Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>).

### Woher kommt die SO<sub>2</sub>-Belastung?

Die Hälfte kommt aus dem Ausland, rund 30% aus unterschiedlichen Quellen im Inland und etwa 20% von allen deutschen Kraftwerken. Und wir tun alles, um diesen Anteil noch weiter zu senken.

### Gemeinsame Umwelt, gemeinsamer Umweltschutz

Allein für die Entschwefelung seiner alten Braunkohle-Kraftwerke, die längerfristig betrieben werden, wird das RWE in

den nächsten Jahren rund 3 Mrd. DM ausgeben. Weiter geben wir 5 Mrd. DM für den Bau von 4 neuen, umweltfreundlicheren 600-MW-Braunkohleblöcken aus, um möglichst schnell alte Kraftwerksleistung ersetzen zu können.

Dadurch wird das RWE den Gesamt-SO<sub>2</sub>-Ausstoß seiner Kraftwerke um rund 75% reduzieren. Damit allein ist unserer Umwelt aber nicht geholfen. Es geht um jede Feuerungsanlage jeder Größe,

auch um die vielen privaten Einzelfeuerungen. Hoffen wir, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen auch für unsere Nachbarländer beispielgebend sind.

# RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG  
4300 Essen, Kruppstraße 5



## Biya verspielte den guten Ruf Kameruns

Nach dem Putschversuch: Kein Hort mehr der Stabilität

B. RÜTTEN, Bonn  
Die erfolglosen Coups werden in Afrika nicht gezählt. Drei Tage nach dem ein Militärputsch in Guinea die Zahl der erfolgreichen Staatsstreichs auf 61 gebracht hatte, probte das Militär in Kamerun den Aufstand, in einem Land, das sich einen Ruf als Insel der Stabilität in Afrika erworben hatte.

Als im November 1982 Ex-Präsident Ahmadu Ahidjo, aus dem muslimischen Norden stammend, nach über zwanzigjähriger ununterbrochener Herrschaft freiwillig zurücktrat und das höchste Amt seinem Premierminister Paul Biya, einem Mann des eher christlichen Südens, übergab, galt dies als eines der wenigen Beispiele geglätteten friedlichen Machtwechsels in Afrika. Aber nicht lange! Denn als Biya im Juni 1983 drei wichtige Nordkameruner, Vertrauensleute Ahidjos, aus dem Kabinett ausschloß, kam es zum offenen Zerwürfnis zwischen neuem und altem Präsidenten, der sich bald darauf nach Frankreich absetzte. Biya, der im Februar dieses Jahres mit der Verurteilung Ahidjos zum Tode endete, auf dem Gnadenwege aber in lebenslänglich Gefängnis umgewandelt wurde.

Ob Alt-Präsident Ahidjo hinter dem Putsch-Versuch vom letzten Freitag steckt, läßt sich nicht zweifelsfrei klären. Vor Reportern in Paris wies Ahidjo jeden Verdacht zurück, er könne hinter dem gescheiterten Umsturzversuch stehen. Aber vieles deutet darauf hin: denn es war die Präsidentengarde, die gemeutert hatte, nachdem Biya am Vortag beschlossen hatte, ihre aus dem Norden stammenden und noch unter Ahidjo rekrutierten Kader zu versetzen.

Seit jeher ist der Gegensatz zwischen dem islamischen Norden und dem christlichen Süden ein potentieller Unruhefaktor in Kamerun, der vor der Unabhängigkeit und kurz danach zu blutigen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hatte. Ahidjo überzog das Land mit seiner Einheitspartei, die jegliche Opposition ausschloß. Er regierte mit starker Hand. Seine Geheimpolizei benutzte nicht nur die feinsten Methoden. Kamerun konnte mit Fug und Recht ein Polizeistaat genannt werden. Aber Ahidjos Ver-

dienst war und ist unbestritten: Er brachte dem Land nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Stabilität. Mit der sparsamen Haushaltspolitik eines vorsichtigen Familienvaters gelang ihm das in Afrika seltene Kunststück, die beachtlichen Rohölvorkommen auszubehnten, ohne die blühende Landwirtschaft in ihrem Bestand zu gefährden. Kamerun gilt seitdem als eines der zwanzig angeseheneren Länder der Welt.

Die Staatschefs der Elfenbeinküste und Senegals hatten ihrem Kollegen in Kamerun Mäßigung empfohlen. Denn in Afrika zählt es sich nicht aus, einen Vorgänger auch nur symbolisch zu töten, der im Ruf steht, der „Vater“ des Landes zu sein. Indem er das Erbe Ahidjos zerstörte, nahm Biya das Risiko auf sich, die alten Stammesfehden und den traditionellen Widerspruch zwischen dem Norden und dem Süden des Landes neu zu entfachen. Er gefährdete die nationale Einheit und könnte nach Ansicht mancher politischer Beobachter zu Verhältnissen führen, wie sie der Kongo erlebte.

Ob nun Ahidjo tatsächlich seinen Entschluß zurückzutreten nachträglich bereute und mit Hilfe seiner Gefolgsleute gegen Biya zu intrigieren oder ihn gar zu stürzen suchte, ist angesichts dieser Lage relativ belanglos. Die Schmähungen und das Todesurteil, mit denen der neue den alten Präsidenten bedachte, stellten sich politisch jedenfalls als ein katastrophaler Fehler heraus, der Biya eine Menge Feinde einbrachte.

Bei seinem Amtsantritt hatte Biya den Eindruck erweckt, er wolle die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes mit einer allmählichen Liberalisierung krönen und schrittweise das Einheitsparteiensystem zu demokratischem Pluralismus entwickeln. Mit seinem Versuch, die unbestreitbaren Verdienste Ahidjos zu leugnen und sein Andenken zu verunglimpfen, stößt er nicht nur die Anhänger Ahidjos vor den Kopf, sondern auch all diejenigen, die von seiner Herrschaft das erwartet haben, was sie unter Ahidjo vermißten. Vor allem aber hat diese Entwicklung gezeigt, daß Macht auch in Kamerun unteilbar ist und ein friedlicher Wechsel in Afrika auf nicht absehbare Zeit die Ausnahme bleiben wird.

## Peking und Bangkok wollen eine neue Offensive Hanois vereiteln

Vietnams Expansionismus gefährdet die gesamte Region / Die Schlacht am Palai-Paß

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Auf dem dschungelüberzogenen „Hügel 642“ wehen wieder die rot-weiß-blauen Flaggen der thailändischen Flagg. Zehn Tage lang hatten sich hier vietnamesische Truppen verschanzt. Über fünf hundert Soldaten, unterstützt von Panzern des sowjetischen Typs T-54 und mehreren Lastwagen, waren am 25. März über den Palai-Paß bis zu fünf Kilometer tief auf thailändisches Territorium vorgedrungen. Gleichzeitig feuerten vietnamesische Artilleristen mit ihren zielsicheren 130-mm-Geschützen auf das im Gebiet um den Palai-Paß gelegene Hauptquartier Nord der Roten Khmer.

Die Absicht der Vietnamesen war klar. Sie wollten dieses von Khieu Samphan geführte Hauptquartier zerstören und den Palai-Paß unter ihre Kontrolle stellen. Dazu braucht man den auf thailändischem Boden gelegenen Hügel 642 als strategische Position.

Erst intensive Bombardierung aus der Luft, flankiert von schwerer Artillerie, konnte die Vietnamesen zum Rückzug zwingen. Dabei haben die Vietnamesen schwere Verluste erlitten. Generalleutnant Chaovait Yongchaiyut, stellvertretender Stabschef des königlich-thailändischen Heeres, schätzt die Zahl der toten Vietnamesen auf über zweihundert. Die der Verwundeten dürfte weit darüber liegen. 63 Vietnamesen sind in Gefangenschaft der Thais geraten. Zwei vietnamesische Panzer liegen zerstört auf thailändischem Boden, drei weitere unmittelbar jenseits der Grenze.

### „Schwerste“ Verletzung der Grenze seit 1978

Abziehende Vietnamsoldaten haben die Panzer offenbar verminnt, weshalb es den Thais bis heute nicht gelungen ist, diese Beweisstücke der vietnamesischen Grenzverletzung aus dem Kampfgebiet ins Hinterland abzurufen und der Presse zu zeigen. Auf der Seite der Thais sind zehn Soldaten gefallen und dreißig verwundet worden. Über die Verluste der Roten Khmer liegen in Bangkok noch keine Angaben vor. Sie gelten jedoch als mäßig. Seit dem Wochenende

herrscht am Palai-Paß in Thailands Sisaket-Provinz Waffenruhe. Auf kambodschanischem Boden aber halten die Kämpfe an.

Der thailändische Oberkommandierende und Heereschef General Arthit Kamlang-Ek hat im Gespräch mit der WELT die jüngste vietnamesische Grenzverletzung als „die schwerste“ bezeichnet, seit die Vietnamesen Ende 1978 in Kambodscha einmarschiert sind. Premierminister Prem, der am 24. April zu einem Staatsbesuch in Bonn eintreffen wird und gestern zur Reise in die USA abfuhr, wo er auch mit Präsident Reagan zusammentreffen wird, nannte die Grenzverletzung einen „geplanten und vorsätzlichen Akt“. Er bewies, daß Vietnam eine Gefahr für die Stabilität der Region darstelle. Hanoi, so sagte Prem, verfolge neokolonialistische Absichten und zeige keinerlei Bereitschaft zu einer politischen Lösung des Kambodscha-Konflikts.

Militärische Beobachter in Bangkok sehen in der Palaischlacht den Auftakt zu der seit langem erwarteten Trockenzeitoffensive Hanois. Truppenkonzentrationen verschiedener Vietnamdivisionen an mehreren Stellen der kambodschanisch-thailändischen Grenze deuten darauf hin, daß in den nächsten Tagen mit neuen Angriffen zu rechnen ist, insbesondere auf das Sihanoukcamp „Green Hill“, die Son Sann-Lager Ampil und Obok und weitere Lager der Roten Khmer.

Im Gegensatz zu früheren Trockenzeitoffensiven verfügen die Vietnamesen in diesem Jahr über ein reichliches Arsenal von schweren Waffen, insbesondere den gefürchteten, weil treffsicheren 130-mm-Geschützen. Die 130-mm-Geschütze haben eine Reichweite von 27 bis 40 Kilometern. Der Einsatz dieser Geschütze auf Green Hill oder die Son Sann-Lager würde verheerende Folgen haben. Diese Lager sind hauptsächlich von Zivilisten bevölkert.

Warum aber, so fragen Bangkok-Beobachter, hat Hanoi seine Trockenzeit-Offensive erst jetzt begonnen? Bis zur Regenzeit, die die Böden zu einer schlammigen Masse aufweicht, sind es nur noch zwei Monate.

Möglicherweise war China der Faktor, der die Hanoi-Strategen zur Zurückhaltung bewog. Anlässlich des

chinesischen Neujahrs Anfang Februar war Parteisekretär Hu Yaobang an die chinesisch-vietnamesische Grenze gereist und hatte vor chinesischen Grenzsoldaten eine „höchst wichtige Rede“ gehalten. Dabei drohte er, daß China mit dem Einsatz seiner Luftwaffe nicht zögern werde, sollten vietnamesische Truppen auf chinesischem Boden eindringen.

### Erst warnte China, dann griff es ein

Das war eine Warnung, die Hanoi in seine Kambodscha-Planung gewiß mit einbezog. Hanoi weiß aus bitterer Erfahrung, daß chinesische Grenzoperationen in direkter Beziehung zu vietnamesischen Vorstößen in Kambodscha stehen. Eine Reihe erfolgreicher militärischer Aktionen der Khmer-Querrillas gegen vietnamesische Positionen haben Hanoi jedoch keine andere Wahl gelassen, als nun das Signal zu einer massiven Offensive zu geben.

Entsprechend reagierte Peking. Am 2. April, am Tag, als die Artillerie-Duelle zwischen Vietnamesen und Thais am Palai-Paß am heftigsten tobten, eröffneten chinesische Truppen das Feuer auf vietnamesische Positionen südlich der chinesischen Grenze. Die Attacke erfolgte entlang einem dreihundert Kilometer langen Streifen zwischen den chinesischen Orten Funing (nördlich von Hanoi) in Richtung Westen bis zu Jinping. Peking erklärte das Bombardement als eine „Maßnahme der Selbstverteidigung“ und nannte dreißig Grenzattacken, die die Vietnamesen allein im März gegen chinesische Grenzpositionen verübt hätten.

Am Wochenende meldete Hanoi, chinesische Einheiten hätten in einer Zangenoperation zwei strategisch wichtige Bergpositionen der Vietnamesen besetzt. Vietnamesische Truppen und Bevölkerung hätten die Angreifer aber in die Flucht geschlagen. Peking bestreitet dies und spricht von Grenzverletzungen durch die Vietnamesen. Sollte es stimmen, daß China auf vietnamesisches Gebiet eingedrungen ist, dann kann das nur schwere Verluste auf beiden Seiten zur Folge haben. Denn hier stehen Hanois Elitetruppen.

## Auch der pazifische Raum hat Schwächen

Pariser Seminar verbreitet qualifizierten Optimismus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Europa kann die technologische Herausforderung der Industrienächte des pazifischen Raumes, allen voran der USA und Japans, annehmen, wenn es sich zu engerer industrieller Zusammenarbeit zusammenschließt. Jeder einzelne europäische Staat aber würde bei dem Versuch, die Konkurrenz gegen diese Mächte allein aufzunehmen, zu Grunde gehen. Das ist das Fazit eines dreitägigen Seminars, welches das in Paris angesiedelte „Internationale Institut für Geopolitik“ am Wochenende in einem Pariser Hotel veranstaltete. 400 Wissenschaftler, Unternehmer und Militärs aus Europa, den USA und mehreren Randländern des Pazifik einschließlich Ostchinas und Japans nahmen teil.

Die Organisatorin und Institutsleiterin Marie-France Garand, einst politische Beraterin des Präsidenten Pompidou und im Wahlkampf 1981 selbst Kandidatin für das Präsidentenamt, hatte das Stichwort gegeben: „Es gibt keine zum Tode verurteilten Nationen, es gibt nur die, die sich selbst aufgeben.“ Selbstaufgabe aber könne bedeuten, unterstrichen mehrere europäische Redner und vor allem der französische Industrieminister Laurent Fabius, wenn man sich hinter den Mauern seiner Grenzen einschloße und für sich allein Zukunftsprojekte entwickle. Eine Aufspaltung der notwendigen Anstrengungen, wäre nicht nur sträflicher Luxus, sie könnte tödlich sein, warnte Fabius.

Die Europäer seien in der Lage, technisch und technologisch Spitzenleistungen zu vollbringen und Japans oder Amerikaner zu überflügeln. Der Airbus, die Ariane-Rakete und der Superschallzug TGV seien Beispiele hierfür. Woran es vor allem Franzosen mangle, sei die Kommerzialisierung ihrer Produkte, sagten manche französische Redner. Man mache zu häufig „Technik um der Technik willen“. Das Stichwort lautete heute Handel. Gerade hier hätten die Europäer von den Japanern zu lernen. Der pazifische Raum sei zwar wirtschaftlich im Aufschwung, politisch und strategisch aber extrem unsicher und jederzeit krisenanfällig. Man könne ihn, so der ehemalige Premierminister Barre, nicht als Ganzes ansehen, nicht als eine kulturelle Einheit wie etwa das Mittelmeer oder den

Atlantik. Man solle sich bei der „pazifischen Herausforderung“ stets der Schwächen bewußt sein.

Asiaten bestätigten die Analyse der Europäer. Sie seien weder eine strategische noch eine wirtschaftliche Einheit wie etwa die NATO oder die EG, beschworen einige Japaner. Jiro Tokuyama von einem Tokioter Managementbüro erinnerte daran, daß das Fehlen jeglicher Rohstoffe die Völker dieses Raumes zur Innovation gezwungen habe. Sie hätten nur durch Industrialisierung und Handel überleben können.

Schon vorher hatte Minister Fabius eingeräumt, daß es sich bei den meisten Annahmen des Pazifik um „Entwicklungsländer mit extrem niedrigem Pro-Kopf-Einkommen“ handele und im Bereich der hohen Technologie nur Japan mit seinem phänomenalen Durchbruch vom Uhrenbau bis zur Biotechnik zu einer Großmacht geworden sei. Die Gewißheit, daß Europa dieser Konkurrenz gewachsen sei, vermittelte auch der deutsche Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der auf einige bemerkenswerte Erfolge der deutschen Computer-Industrie hinwies. In Amerika und Japan gebe es eine wachsende Zahl von europäischen, speziell deutsch-französischen gemeinsamen Unternehmungen, die ihren Konkurrenten am Ort in nichts nachstünden.

Sowohl die amerikanische UNO-Botschafterin Jane Kirkpatrick wie der deutsche CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn unterstrichen, daß Europa und Amerika im pazifischen Raum in gleicher Weise von der neuen eurasischen Weltmacht Sowjetunion bedroht würden und daher eine Interdependenz der Interessen zwischen Amerika und Europa bestünde. Kirkpatrick versicherte Europäern und Asiaten, daß Amerika der Doppelrolle einer Schutzmacht nach Osten und Westen gewachsen sei, wenn es auch aus historischen und geographischen Gründen eher zu Europa neige.

Graf Huyn sprach von Amerika als einem „Doppeladler“, der seine Schwingen über beide Ozeane, dem Pazifik und dem Atlantik, ausbreite. Ihm könne man jedoch diese Aufgabe nicht alleine überlassen, Europa müsse Amerika sowohl in Europa als auch im Pazifik einen Teil der Lasten abnehmen.

## Die neuen Conti SommerSuperContact im Test: sehr gut. Wie man sieht.

Bevor der neue Conti SommerSuperContact auf Ihr Auto kommt, muß er bei uns durch den Test. Und erst, wenn er sowohl im Labor als auch auf der Straße alle Hürden genommen hat, bekommt er unser Premium-Quality-Symbol und den gelben Streifen. Dann sind die Autoteilschriften dran. Sie prüfen den SommerSuperContact in Vergleichstests mit anderen Reifen. Das Ergebnis für den SommerSuperContact kann sich sehen lassen: Testieger

in „mot“ (Nr. 5/83), Testieger in „sport auto“ (Nr. 8/83, Testgröße 195/70 HR 14). Testen Sie ihn doch auch mal. Conti. Alles im Griff.



**Continental®**

Ab heute  
ten dispo  
Technik  
bei dem  
mentinde  
einen  
Ein Arm



hen ist, kann für andere Produktions-  
kaum noch verwendet werden.  
Beichelt deutet auf einige blaugestrichene, mit silbernen Sternen verzier-  
te Kästen: „Aus denen sprangen letz-  
tens die Mitwirkenden bei 'Bananas'.  
Was macht man jetzt damit?“  
„Wiederverwertbarkeit“ ist ein  
gern gehörtes Wortungemüß in Bock-  
leumd, bedeutet es doch, daß nur  
einmal für ein Dekorationsstück zu

der Beweis dafür, daß „Köpfchen“ immer noch mehr wert ist als eine Rechenmaschine modernster Bauart.

**RAINER NOLDEN**

Mitte Mai soll sie in Berlin auch in das ARD-Programm.

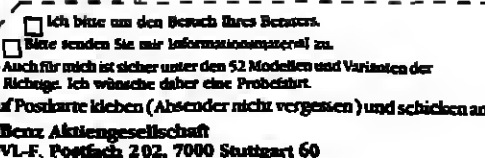
ch heute der Österreicher Andreas  
FOTO: TELEBUN

**BAYERN**  
18.15 Herkulespoizert  
18.45 Rundscho  
19.00 live out dem Altbau  
20.45 Blickpunkt Sport  
21.45 Rundscho  
22.00 Z. E. N.  
22.05 Tempel und Grabmäler der Pharaonen  
22.50 Captain Pops  
Mauer des Schweigens  
23.35 Rundscho



**Ab heute können wir unter ganz neuen Aspekten disponieren**, mit einem völlig neuen Lkw. Eine Technik, auf die man sich verlassen kann. Ein Design, bei dem Optik und Funktionalität harmonisch zusammenfinden. Ein Fahrerhaus, das den Ansprüchen an einen modernen Arbeitsplatz meisterhaft entspricht. Ein Armaturenbrett, das . . .

**Das sind die neuen 6,5–11-Tonner von Mercedes-Benz. Leichter in bester Form.** Ein völlig neues Fahrzeug-Konzept, bei dem nur eins beim alten bleibt: die Garantie für einzigartige Gesamtwirtschaftlichkeit. Deshalb werden es andere schwer haben, sich mit den Neuen zu messen.





## Strauß: Europa soll nicht stets nur nach den USA blicken

dpa/rtr, München  
Die Europäische Gemeinschaft braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, auf dem wehrpolitischen Kongress der CSU in München. Strauß betonte, die staatliche Einigung Europas müsse auch zur Aufstellung einer europäischen Verteidigungstreitmacht führen, die stärker sein könne als die Addition der Einzelarmeen. Derzeit ist die EG nach Einschätzung des CSU-Chefs aber nicht zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik fähig. Die europäische Einigung müsse aber dennoch vorangetrieben werden.

Das Selbstbestimmungsrecht Europas dürfe nicht allein von Washington garantiert werden, forderte Strauß. Immer nur nach Washington zu blicken, sei auf Dauer mit dem seelischen Gleichgewicht von 300 Millionen Europäern nicht vereinbar. Dies bedeute keine Abkehr von den USA. Doch die Europäer könnten nur als politische Einheit eine starke Säule im gemeinsamen Verteidigungspakt sein. Strauß warnte davor, mit Verdächtigungen und Anschuldigungen eine Stimmungslage in den Vereinigten Staaten zu schaffen, die sich gegen unsere Interessen auswirken muß.

Von der französischen Regierung verlangte Strauß Aufklärung und Absprache über ihre auf deutsche Ziele gerichteten Atomwaffen. Man sei zwar „einigmaßen über die amerikanische Zielplanung im NATO-Bereich informiert“. Er glaube aber nicht, daß es schon eine „ausreichende Absprache“ mit Frankreich über den Einsatz seiner Atomwaffen gebe. Die französische Atomwaffen seien eine „wertvolle Ergänzung“. Da aber „mit Sicherheit französische Atomwaffen auch gegen Ziele auf dem Boden Deutschlands“ gerichtet seien, „und zu Deutschland gehört natürlich auch die DDR, das ist unser gemeinsames Vaterland, das hier noch ein weites Feld nicht nur für Information, sondern auch für Abstimmung, für gegenseitige Aufklärung und gemeinsame Planung.“

## Steuerreform bleibt in der Koalition weiter umstritten

E. N. Bonn  
Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff rechnet mit einer Tarifreform zum 1. Januar 1986. Strengste Ausgabendisziplin müsse bis dahin herrschen, damit man sich diese Reduzierung der, wie er sagte, weit überzogenen Steuer- und Abgabenlast des Staates leisten könne.

In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ zum Thema „Steuerreform – Ende der Wende?“ berief sich der Wirtschaftsminister auf seine „Vaterschaft der Wende“, die damit begründet worden sei, daß die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht werden müßten. Über das „Ob und Wie“ einer möglichen Kompensation der Tarifreform wollte sich Lambsdorff nicht äußern.

Zum gleichen Thema meinte der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD), die Bundesregierung wolle ihre Versprechungen wahr machen und die Steuersubvention zugunsten der Besserverdienenden kürzen. Ein erster Schritt der Steuerreform könne ab 1986 eine Verbesserung des Kindergeldes mit jährlich fünf Milliarden Mark sein, zu einem späteren Zeitpunkt könne man dann eine Lohn- und Einkommensteuer-Reform durchsetzen, „die diesen Namen verdient“.

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU) sprach sich dafür aus, daß unter der CDU-Regierung die Steuerquote nicht steigen dürfe und daß die Konsolidierung durchgesetzt werden müsse, wobei er aber mit einem längeren Zeitraum rechnet.

Die Uneinigkeit der Koalitionspartner bei den Vorarbeiten zur Steuerreform rügte Späth: „Es ist höchste Zeit, daß wir Klarheit schaffen.“

CSU-Chef Strauß verlangte eine stärkere familienpolitische Komponente bei der Steuerreform, zum Beispiel durch höhere als die von Stoltenberg vorgeschlagenen Kinderfreibeträge. Der CDU/CSU-Finanzpolitiker Manfred Carstens gab zu bedenken, ob nicht die Versicherungssteuer statt der Mehrwert- und Verbrauchsteuern angehoben werden könnte.

## Kirche mahnt Pfarrer zum Bleiben in der „DDR“

rtr, Potsdam

Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg hat ihre Pfarrer und Gemeindeglieder zum Bleiben in der „DDR“ gemahnt und sich auf einer Tagung der achten Synode in Potsdam besorgt über Ausbürgerungsanträge geäußert. Unter Hinweis auf sechs Pfarrer allein aus der Berlin-Brandenburgischen Kirche, die 1983 mit ihren Familien in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten, heißt es in dem vorgelegten Bericht der Kirchenleitung: Die Kirche müsse sich fragen, wie sie sich „stärker als eine Belastungsgemeinschaft auch unter Belastungen erweisen kann“. Die Kirche bedauere den Weggang, „den wir brauchen den dringend.“

Dennoch sieht auch die Kirchenleitung „unlösbare Fälle“, in denen sie „aus seelsorglicher Verantwortung“ die „Ausbürgerungsanträge unterstützt“ habe. Sie wisse „um manche Hoffnungslosigkeit, Bedrückung und Ängste“. Sie bitte aber auch zu bedenken, daß die christliche Botschaft und Verheißung „auch in diesem Land erhält und trägt“. Zugleich bekräftigt die Kirche ihre Eigenständigkeit und „kritische Funktion“ gegenüber dem Staat.

Die „Kirche in der sozialistischen Gesellschaft“ habe „keineswegs alle Mitverantwortung für Politik und Gesellschaft an den Staatsapparat abgegeben“, erklärte der Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck. Er wandle sich dagegen, daß der Staat die Formel „Kirche im Sozialismus“ gelegentlich so auslege, „als bejahe die Kirche damit kritiklos alle Entscheidungen und Maßnahmen unseres sozialistischen Staates“. Forck beklagte in diesem Zusammenhang, daß die Kirche noch immer auf ihre Frage ohne Antwort bleibe, ob die „in der Verfassung zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt bleibt“. Er kritisierte auch die staatliche Grundausgabe: „Sozialismus ist gleich Friede“.

## Hussein beruft sich auf Moskau und Resolution 242

DW/RS, Amman/Bonn

Eine Beteiligung Moskaus an einem eventuellen Friedensprozeß im Nahen Osten würde nach Meinung des jordanischen Königs Hussein „zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens“ in dieser Krisenregion beitragen. Auf einem Empfang für eine Delegation der amerikanischen Militärakademie in Amman sagte der jordanische Monarch, die Sowjetunion sei eine „im Nahen Osten prägende Supermacht“, die die Regelung des israelisch-arabischen Konflikts auf der Basis der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 242 anerkannt habe. In diesem Beschluß wird das Existenzrecht aller Staaten in gesicherten Grenzen postuliert und der Rückzug Israels aus besetzten arabischen Gebieten gefordert. Die Palästinafrage wird in dieser Resolution als Teil des Problems angesprochen. Hussein bezog sich auf „242“ könnte nach Meinung von Beobachtern signalisieren, daß der jordanische König in Abstimmung mit Moskau Jerusalem Kompromißbereitschaft anzeigen möchte.

Nach einer Meldung des libanesischen Rundfunks haben sich die Mitglieder des vom Nationalen Sicherheitskomitee eingesetzten Ausschusses auf eine Truppenentflechtung in Beirut und die Errichtung einer Pufferzone entlang der „grünen Linie“, die die christlichen von den muslimischen Stadtteilen trennt, geeinigt. Wann die Waffenruhe in Kraft treten soll, ob und wie lange sie eingehalten werden wird, steht noch nicht fest. Unterdessen gingen in Beirut die Kämpfe unvermindert weiter. Am Wochenende allein starben vier Menschen, 36 wurden verletzt. Nach einer Meldung des israelischen Rundfunks will der libanesisch-syrische Staatspräsident Gemayel in der zweiten Wochenhälfte nach Damaskus reisen, um mit dem syrischen Staatschef Assad nach Wegen für eine Befriedung des Landes und für den Abzug aller fremden Truppen zu suchen.

## „Jerusalem besitzt keine Pläne zum Bau der Leo-2-Kanone“

General Tal beklagt eine Abwendung Bonns von seiner historischen Verantwortung

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Es ist nicht nur unwahr, daß Israel auf dem Umweg über die USA die Pläne zur Herstellung der deutschen Leopard-2-Kanone bekommen hat. Die Bundesregierung weigert sich auch schon seit mehr als fünf Jahren, den Israelis diese Kanone zu verkaufen, obwohl die Sowjetunion den arabischen Staaten ihren T-72-Panzer mit seiner 125-mm-Kanone (die größtenteils der Welt) unbeschränkt liefert.

Mit dieser Feststellung reagierte Generalmajor A.D. Israel Tal, der bekannteste israelische Panzerexperte und enger Mitarbeiter von Verteidigungsminister Arens, auf eine entsprechende Behauptung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Gegenüber dem Springer-Auslandsdienst nannte Tal die „Spiegel“-Meldung „eine freche und böswillige Lüge“. Er glaubt jedoch nicht, daß das Nachrichtenmagazin die Sache erfunden hat. Wahrscheinlicher sei es, daß der „Spiegel“ jemandem, der ein Interesse daran hat, zum Opfer gefallen ist. „Die USA können den Israelis die Lizenz zur Herstellung

dieser Kanone ohne deutsche Genehmigung gar nicht erteilen. Die haben sie nicht. Der „Spiegel“ bezichtigt also Washington auch einer ungesetzlichen Handlung. Wir befassen uns jetzt mit der Lösung unseres Problems, aber nicht mit der Hilfe der Deutschen und auch nicht mittels amerikanischer Diebstähle von Deutschland“, meinte der General.

Deutschlands Weigerung, den Israelis die Leo-Kanone zu geben, erinnere Tal an die Haltung der Bundesregierung im Yom-Kippur-Krieg 1973: „Damals kämpften wir um unser nacktes Überleben... Doch die Bundesregierung verbot amerikanischen Fliegern mit Munition für uns, auf deutschem Boden Zwischenlandungen zu machen... Ich spreche gar nicht davon, daß uns Deutschland Munition hätte liefern sollen. Aber es unterband sogar den Transit.“

General Tal äußerte bittere Enttäuschung über die gegenwärtige Haltung der Bundesrepublik Deutschland. Er erzählte, er sei schon bald nach der israelischen Staatsgründung im Jahre 1948 für Zusammenarbeit

und Verständigung mit Deutschland eingetreten. „Ich war überzeugt, daß dies der richtige Kurs sei. Aber jetzt habe ich meine Meinung geändert. Der Prozeß der Verständigung ist einseitig geworden. Hier in Israel dauert er noch, in Deutschland geht er jetzt in umgekehrter Richtung vor sich.“

Der Militär erinnerte an die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und beklagte, „daß diese Verantwortung heute in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße und beispiellosen Zynismus ignoriert“ werde. Dies zeige sich insbesondere in der Frage der geplanten deutschen Waffenexportaktionen in die arabischen Staaten.

Der Militär befürchtet, daß durch eine Änderung der Richtlinien für deutsche Waffenexporte in Spannungsgebiete Israel nach wie vor Waffen aus der Bundesrepublik vorantreiben werden könnten. Während Saudi-Arabien und Jordanien, die sich als im Kriegszustand mit dem jüdischen Staat betrachten, in den Gemüß deutscher Waffenexporte gelangen könnten. Dies sei „das Gegenteil von Verständnis“, sagte Tal.

## Polens Landwirte bleiben skeptisch

Westhilfe nimmt aber konkretere Formen an / Jaruzelski spielte auf Zeit

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Die Westhilfe für Polen Landwirtschaft nimmt nach dem Beschluß des polnischen Sejm (Reichstag) seit dem Wochenende konkretere Formen an. Es ist an der Weichsel bekannt, daß der deutsche Steuerzahler dazu den größten Anteil einbringen wird. Welches Resultat die Sondierung der stellvertretenden Sekretäre der polnischen Bischofskonferenz, Pater Alojzy Orszulik, in den USA hatte, darüber ist bisher Konkretes nicht bekannt.

General Jaruzelski hatte auf Zeit gespielt. Er hatte zunächst die Verhandlungen mit den westlichen Kreditgebern abwarten wollen - ob diese - was die Abzahlung der Kredite anbelangt - für ihn günstig verlaufen würden. Die Untergrundpresse Polens zweifelte zwischenzeitlich daran, ob der Sejm noch dieses Jahr die Westhilfe akzeptieren würde. Noch im März berieten darüber die Sejm-Ausschüsse (Wirtschafts- und Finanzplanung) so wie „gesetzgeberische Arbeit“. Es wurden abermals Korrekturen angebracht. Besonders heftig umstritten war der Vorschlag, Steuerbefreiung und Ermäßigung Personen und Einrichtungen zu gewähren, die

Spenden zugunsten des Fonds entgegennehmen würden. Neo-stalinistische Abgeordnete verlangten feste Zusagen, daß der Fonds seinen Sitz in Polen haben werde und unter strikter Kontrolle der polnischen Behörden stehen müsse. Seine Ziele müßten „mit den Zielen und Interessen“ der VR Polen im „völligen Einklang“ stehen. Jaruzelski sagte zu.

Die Untergrundpresse wurde skeptischer und kritischer. Auf dieser Linie liegen auch viele Publikationen der neuen polnischen Emigration im Westen. Die Polnische Bauern-Partei im Exil (PSL) dämpfte merklich ihren Optimismus. Sie machte darauf aufmerksam, daß privater Boden von Bauern, die in den Gemüß staatlicher Renten kamen, ausschließlich den Staatsbürgern zugute kamen. Ebenso, daß in letzter Zeit unrentable LPGs aufgelöst wurden, ihr Grund aber zu Schrebergärten für Funktionäre umfunktioniert wurde, entsprechende bereits schriftlich gemachte Zusagen an die Bauern zwecks Rückgabe mit brachialer Gewalt rückgängig gemacht wurden.

Das Organ der Bauern-Partei, „Jutro Polski“ (London), wies auf die in

Polen offiziell veröffentlichte sogenannte Polarisierungsstrategie von Jaruzelskis Agrarberater, Prof. Dr. Augustyn Wos, hin. Dieser sieht die Zusammenfassung der knapp eine Million freien Bauernhöfe in 450 000 Hektar große Betriebe vor und legt das künftige Schwerkgewicht der Landwirtschaft auf die Staatsgüter. Sie machen momentan 19,7 Prozent der Landwirtschaft aus, die LPGs 4,5 Prozent. Allerdings müßten laut polnischer Presse im vergangenen Jahr 80 Staatsgüter aufgelöst werden, 30 Prozent befinden sich stets in den roten Zahlen, obwohl kräftig aus dem staatlichen Agrarfonds subventioniert wird. Aus diesem Agrarfonds werden ohnehin LPGs und Staatsgüter zu 80 Prozent subventioniert, die private Landwirtschaft erhält nur 20 Prozent.

Wie die Untergrundpresse erfahren haben will, hat sich die Jaruzelski-Elite durchsetzen können, daß die Westhilfe zur Hilfe an die verstaatlichte Landwirtschaft geht. Zuerst war nur von der privaten Landwirtschaft die Rede. Auch die Zulieferungsindustrie, soll in den Gemüß dieser Hilfe kommen.

## Mittelamerika: Ärger zwischen USA und Paris

SAD, Washington

Scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten über den besten Weg zur Entschärfung der Lage in Mittelamerika traten am Wochenende offen zutage. Die US-Regierung warnte die Regierung in Paris davor, ein bisher nur unverbindlich vorgestelltes Angebot wahrzunehmen und Hilfe beim Räumen der vor den Klippen Nicaraguas ausgelegten Minen zu leisten. Die Minen sind offensichtlich von konterrevolutionären Kräften mit direkter Unterstützung des US-Geheimdienstes (CIA) gelegt worden.

Die Kontroverse kam ans Licht, nachdem das linksgerichtete Sandinista-Regime in Nicaragua einen ursprünglich an die kolumbianische Regierung gerichteten Brief des französischen Außenministers Cheysson an die Öffentlichkeit lanciert hatte. Cheysson hatte darin vorgeschlagen, daß Frankreich und „eine oder mehrere befriedete europäische Mächte“ die Minen vor den Häfen Nicaraguas beseitigen sollten.

## Mondale baute Vorsprung vor Hart aus

AFP/AP, Philadelphia

Im Rahmen der Vorarbeiten für die Präsidentschaftsnominierung der Demokratischen Partei findet morgen in Pennsylvania eine wichtige Abstimmung statt. Bei bisherigen Umfragen lagen Mondale und Hart stimmgleich. Der hochindustrielle Bundesstaat im Nordosten der USA stellt 172 Delegierte für den Parteikonvent, der im Juli in San Francisco endgültig entscheidet, ob der frühere Vizepräsident Walter Mondale oder Senator Gary Hart gegen Präsident Ronald Reagan antreten wird.

Mondale konnte am Samstag mit 54 Prozent bereits den Mittelweststaat Wisconsin für sich verbuchen. Auf seinen Rivalen Hart entfielen 30 Prozent der Stimmen. Der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson erhielt 15 Prozent. Zwei Prozent der Stimmen gingen an nicht festgelegte Delegierte. Insgesamt entsendet Wisconsin 78 Delegierte zum Nominierungskonvent. Bisher sind damit 1860 Delegierte bestimmt worden. Für die Nominierung sind 1987 der insgesamt 3333 Delegierten erforderlich.

## Franzosen bei Minensuche in Tschad getötet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Neun Soldaten der französischen „Manta“-Streitkraft in Tschad haben am Sonntag bei einem Aufklärungsunternehmen, 30 Kilometer südlich der „Roten Linie“ im Norden des Landes, den Tod gefunden. Verteidigungsminister Hernu vermutet, daß es sich um einen „Unfall“ handelte.

Der Spähtrupp, bestehend aus einem Offizier, drei Unteroffizieren und 16 Mann, hatte ein in der Nähe stehendes, 1982 bei den Kämpfen abgeschossenes Panzerfahrzeug näher untersuchen wollen, wobei es plötzlich zu einer noch ungeklärten Explosion kam. Sechs weitere Soldaten wurden dabei verletzt. Der Minister vermutet, daß der Spähtrupp auf eine Mine getreten sein könnte. Er betonte jedoch ausdrücklich, daß es sich nicht um eine Kampffaktion mit Feindberührung und auch nicht um einen Hinterhalt der gemischten Truppen gehandelt habe. Frankreich unterhält seit August 1982 3000 Mann in Tschad.

## Schwieriger Weg zu den Laser-Waffen

Fortsetzung von Seite 1

Die Technologie aus gesehen, fast eine Unmöglichkeit.

Denn dies muß alles gleichzeitig geschehen: Infrarotsensoren an Bord der kosmischen Stationen erfassen die Wärmestrahlung der heißen Gase startender Raketen. „Optische“ Computer, die mit Lichtsignalen schneller rechnen als die schnellsten Computer der Gegenwart, vermitteln im Millisekunden eine Information an die Zielvorrichtungen der Gamma-Strahlenlaser. In einer kaum vorstellbaren Zeitspanne nach Zünden der nuklearen Anlage mit dem Freisetzen der Gammastrahlen zum Erreichen des hochenergie-reichen Laserstrahls ist alles vorbei.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen bieten Projekte wie „Romano“ die größte Wahrscheinlichkeit, eines Tages die gewünschte Waffenwirkung zu erzielen. Dabei wird die nukleare Initialstrahlung eines Atomstoffs ausgenutzt, die etwa fünf Prozent der Gesamtenergie ausmacht. Diese nukleare Initialstrahlung besteht hauptsächlich aus Gamma-Strahlen, die mit Röntgenstrahlen oder „x-rays“ hoher Energie identisch sind.

Von entscheidender Bedeutung für die Realisierung der von Präsident Reagan in Gang gesetzten „strategischen Verteidigung“ ist die Abwehr ballistischer Geschosse durch Energie-laser, die die Entwicklung von Supercomputern, ohne die das Projekt nicht verwirklicht werden kann. Bei diesen Computern, deren Informationsträger nicht mehr Elektronen, sondern Lichtphotonen sind, soll das „Wunder“ vollbracht werden, zehn Milliarden Rechenoperationen in der Sekunde auszuführen. Die Beherrschung dieser „photonischen“ Technologie wird das Tempo bestimmen, mit der die strategische Verteidigungsinitiative Reagans umgesetzt werden kann.

Selbstverständlich arbeiten auch die Sowjets an Energiewaffen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß auch die Russen auf ihrem unterirdischen Atomversuchsgelände von Semipalatsinsk ihre Version einer nuklearen

pumpen Strahlenwaffe vom „Romano“-erprobten haben. Nur: Die Sowjets haben zwar hervorragende Theoretiker, aber sie beherrschen noch längst nicht das Klavier der Ultratechnologie. Deswegen sind Informationen aus amerikanischer Quelle ausnahmslos fragwürdig, nach denen die Sowjets auf einzelnen Gebieten der Energiewaffen einen Vorsprung von wenigstens zehn Jahren besitzen.

Tatsächlich haben die USA auf vielen Sektoren der Hochtechnologie oder Ultratechnologie einen weiten Vorsprung. Die Sowjets können nicht im Traum daran denken, im Wettlauf der Supercomputer mithalten. Der Rückstand der Sowjetunion gilt auch auf dem Gebiet der Lasertechnologie oder der Miniaturisierung von Mikrostrukturen.

Aber der Westen muß aufpassen, daß die Sowjets auf dem Gebiet der Ultratechnologie, die ihnen wesensfremd ist, nicht schneller als erwartet Fortschritte erzielen. Dann könnten die USA tatsächlich, wie es Verteidigungsminister Weinberger formuliert, in eine „prekäre“ Position geraten.

**Naturwasser**  
von nur 4 Härtegraden macht es  
im Geschmack so  
unvergleichlich weich.

**Budweiser**  
Budvar

Das Bier der Könige aus Böhmen



P. U. Importgesellschaft, Kampfenkel & Giondow mbH u. Co. KG, Ringbahnstraße 28-40, 1000 Berlin 42.  
Tel. (030) 752 1083 - Sirelow & Co. (GmbH & Co.), Bornmoor 18, 2000 Hamburg 54, Tel. (040) 54 40 47 - Heinz Kampmann GmbH & Co., Import und Biervertrieb, Zippelweg 17, Postfach 27 01 45, 4300 Essen 11, Tel. (0201) 66 00 88 - Marth, Harzheim KG-GmbH u. Co., Bremerheider Straße 33, 3000 Köln 92, Tel. (0212) 7 12 30 31-33 - Richard Müller, Biervertrieb u. Import GmbH & Co. KG, Assmannshäuser Straße 30-32, 6300 Wiesbaden, Postfach 43 27, Tel. (061 21) 480 43 - Leo Karsch GmbH & Co. KG, Bruno-Dreier-Straße 7, 6457 Mainlat 2, Tel. (061 9416 1801 - Firma Albert Schmid, Oststraße 86, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 2192-0 Otto Puchmann GmbH & Co., Mineralwasser-KG, Theodorstraße 37, 3000 München 50, Tel. (089) 1460 54







METALLBEARBEITUNG / Messe in Moskau beendet

## Deutsche Firmen zufrieden

FRIED H. NEUMANN, Moskau  
Von der Moskauer internationalen Ausstellung „Metallbearbeitung“ kehren die 220 westdeutschen Firmen, darunter zehn aus Berlin, „sehr zufrieden“ zurück. Das teilten Sprecher des „Verbands deutscher Werkzeugmaschinenfabriken“ mit. Die überwiegend mittelständischen Betriebe aus der Bundesrepublik bildeten das bei weitem größte Kontingent unter den 571 beteiligten Firmen aus 23 Ländern. Ihre Exponate nahmen über 30 Prozent der 27 000 Quadratmeter großen Fläche im Ausstellungsgelände an der Moskwa und im Sokolnikpark in Anspruch.

Die umfangreiche Beteiligung an der ersten „Metallobrabotka“ entspricht dem traditionell hohen Anteil von Werkzeugmaschinen aus deutschen Ostexport. Im vorigen Jahr konnte dieser Industriezweig seine Ausfuhr in die Sowjetunion auf 1,07 Mrd. DM steigern. Das Ergebnis lag um 57 Prozent über dem von 1982. Die sprunghafte Zunahme ergab sich im Bereich der Metallbearbeitung.

## ARZNEIMITTEL

Zu diesem Thema bringt die WELT ein farbiges Tiefdruck-Magazin heraus.

Erscheinungstermin: 24.5.84  
Anzeigenschluß ist am 12.4.84

Sind Sie interessiert, in dieser Sonderveröffentlichung zu inserieren? Gern informieren wir Sie über Einzelheiten.

**DIE WELT**  
Tageszeitung für Deutschland  
Anzeigenabteilung  
Postfach 30 58 30 - 2000 Hamburg 36  
Tel.: (040) 3-47-43 83, -41 28, -1  
Telefax: 217 001 777 as d

Moskau ist damit zum größten Einzelabnehmer von Werkzeugmaschinen aus der Bundesrepublik geworden. Der auch hier anwachsende Kompensationsanteil, der sich nach früher üblichen drei bis fünf Prozent inzwischen fast verdreifacht hat, konnte das Geschäft bisher nicht be-

einträchtigen. Den Erfolg führen sachkundige Beobachter vor allem auf die Fähigkeit der Hersteller zurück, hochspezialisierte Maschinen zu liefern und damit den ausgeprägten Sonderwünschen der sowjetischen Abnehmer entgegenzukommen. Sie ergeben sich aus der zunehmenden Tendenz zur Modernisierung bestehender Produktionsanlagen. Sie kann von der internationalen Konkurrenz, von einigen Ländern wie etwa der Schweiz abgesehen, nicht in gleicher Weise befriedigt werden. Die hochwertigen Angebote aus Japan zum Beispiel orientieren sich überwiegend an der Serienproduktion.

Günstige Voraussetzungen haben auch die Moskauer Spezialausstellungen geschaffen, die der „Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken“ unter der russischen Bezeichnung „Stanki Frg“ seit 1972 im Vierjahresrhythmus veranstaltet. Daran haben sich stets bedeutend mehr westdeutsche Firmen beteiligt als jetzt an der „Metallobrabotka“ - auf einer fast doppelt so großen Fläche. Die nächste soll im Mai 1986 folgen, zu Beginn des zwölften Fünfjahresplanes; eine zweite internationale Ausstellung ist für 1989 vorgesehen.

Der sowjetische Ministerpräsident Tschornow, begleitet von mehreren Fachministern und dem Politbüro-Mitglied Aljiew, ließ sich bei seinem Ausstellungsbesuch das Angebot aus der Bundesrepublik ausführlich erläutern. Boris Balmont, sein Minister für Werkzeugmaschinen, übernahm die Führung. Im Mittelpunkt standen die spannenden Maschinen zur Metallbearbeitung, daneben elektronische Ausrüstungen sowie Handhabungs- und Montagetechnik. Die umformenden Maschinen wurden wegen ihrer großen Dimensionen hauptsächlich als Modelle gezeigt.

Hauptsächlich im neuen Messegebäude am Krasnopresnjenski-Ufer konzentriert, bestimmten die deutschen Firmen auch das äußere Bild. Da der Platz nicht ausreichte, mußten einige von ihnen in einer speziell errichteten Leichtbauhalle untergebracht werden. Den Besuchern fiel sie durch ein umlaufendes Band in den Farben der Bundesrepublik besonders ins Auge. Einen Ausgleich für die Außenseiter-Stellung bot das Bundespresident: In einer Ecke der Halle veranstaltete es an einer Multimedia-Wand zahlreiche Quizwettbewerbe.

ZIMBABWE / Überweisungen ins Ausland nur noch mit Einschränkung gestattet

## Rückgang der Produktion befürchtet

AFP, Harare  
Nach der in den vergangenen Wochen in Zimbabwe eingeführten drastischen Devisenkontrolle besteht nach der Ansicht von Wirtschaftskreisen in Harare in absehbarer Zeit die Gefahr eines starken Produktionsrückgangs. Dieses noch relativ wohlhabende Land könnte dann schrittweise in das „Lager der wirtschaftlich Fühllosen“ Afrikas geraten.

Die gleichen Kreise betonen jedoch, daß der Regierung keine andere Wahl blieb, um eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz und eine zusätzliche Verschuldung zu verhindern. Mit den beschlossenen Maßnahmen sollen monatlich 20 Mill. US-Dollar an Devisen eingespart werden. Die in Harare erscheinende Zeitung „Sunday Mail“ erklärte, die Reduzierung des Defizits der Zahlungsbilanz dürfe jedoch nicht das einzige Ziel bleiben. Zimbabwe müsse dafür Sorge tragen, daß die Investitionen wesentlich verstärkt, die Industrieproduktion des Exportsektors verbessert und ausreichend Devisen erwirtschaftet werden, um 1984 Mais einführen zu können.

Die von Finanzminister Bernard Chidzero angekündigten Maßnahmen

sehen drastische Einschränkungen der Überweisungen von Einkommen und Dividenden ausländischer Investitionen ins Ausland vor. Für Investitionen, die nach 1979 in Zimbabwe vorgenommen wurden, können die Gewinne bis zur Hälfte nach Steuern ausgeführt werden. Für frühere Investitionen ist der Transfer der Gewinne ins Ausland vorübergehend untersagt.

Landeseinwohner, die Zimbabwe endgültig verlassen wollen, dürfen nur noch 1000 Zimbabwe-Dollar ausführen. Bisher durften 10 000 Zimbabwe-Dollar oder der Gegenwert in Devisen mitgenommen werden. Alle ausländischen Beteiligungen, die sich im Besitz von Einwohnern des Landes befinden, werden verstaatlicht. Die Inhaber erhalten dafür nicht transferierbare Zimbabwe-Dollar zu einem festen Kurs. Die Regierung will diese Beteiligungen und Wertpapiere gegen Devisen verkaufen. Um den jährlichen Transfer von rund 40 Mill. US-Dollar ins Ausland zu verhindern, sollen die ausländischen Kapitalinhaber gezwungen werden, diese Beträge im Land zu investieren.

Geschäftskreise in Harare befürchten

den, daß diese Maßnahmen in Zukunft zum völligen Versiegen ausländischer Neuinvestitionen in Zimbabwe führen werden. Seit der Unabhängigkeit 1980 sind sie auf dem ohnehin gesunkenen Niveau von 30 Mill. US-Dollar stehengeblieben. Ursprünglich verfügte Zimbabwe über eine große Anzahl von Industrieunternehmen, über einen stark entwickelten Bergbau, eine leistungsfähige Landwirtschaft und über für ein afrikanisches Land relativ beachtliche Infrastrukturen. Der Exportsektor war stark entwickelt, hauptsächlich bei Bergwerks- und Agrarprodukten.

Das 7,8 Millionen Einwohner zählende Land wurde jedoch nach einem zu Beginn lebhaften Wachstum von der weltweiten Rezession hart getroffen, die zu starken Export- und damit Deviseneinbußen führten. 1980 hatte das Realwachstum mit 15 Prozent noch die höchste Rate Afrikas erreicht. 1983 blickt das Land auf ein „Nullwachstum“ oder sogar auf einen Rückgang. Die Handelsbilanz ist seit 1981 defizitär. Zimbabwe, das früher einen hohen Agrarexportüberschuß erzielte, muß heute Nahrungsmittel einführen. Die Außenverschuldung nahm stark zu.

SUBVENTIONEN / Bundesregierung strebt Eindämmung innerhalb der EG an

## Textilbeihilfen verzerren Wettbewerb

HANS-J. MAHNKE, Bonn  
Die EG-Kommission legt bei der Genehmigung von sektoralen Beihilfen strengere Maßstäbe als früher an. Das Bundeswirtschaftsministerium führt dies, wie es in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage heißt, nicht zuletzt auf die ständigen Interventionen der Bundesregierung zurück. Bonn hat sich immer entschieden gegen Sektoralbeihilfen anderer Mitgliedstaaten gewandt. Dies habe sich unter anderem auch bei der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Genehmigung des belgischen Textilplans 1982 durch die EG-Kommission gezeigt. Die Bundesregierung werde auch künftig nicht nachlassen, auf allen Ebenen eine Eindämmung der sektoralen Subventionspolitik in der Gemeinschaft anzustreben.

Nach Auffassung der Bundesregierung wirkten sich die italienischen und niederländischen Subventions-

programme zugunsten der Textil- und Bekleidungsindustrie wettbewerbsverzerrend auf den innergemeinschaftlichen Handel aus. Beide Programme hätten überdies negative Auswirkungen auf den notwendigen Strukturwandel im Textil- und Bekleidungssektor. Sie hätten jedoch nicht die Qualität des belgischen Claes-Plans mit seinem Fördervolumen von rund 560 Millionen Mark in den Jahren 1982 und 1983.

Das Ende 1983 von der EG-Kommission genehmigte niederländische Unterstützungsprogramm umfasse bei einer Laufzeit von fünf Jahren ein Beihilfenvolumen von 65 Millionen Gulden (60 Millionen Mark). Rund 23 Prozent der Fördermittel seien für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten reserviert. Außerdem stünden den Unternehmen Kredite zu Marktkonditionen (150 Millionen Gulden) sowie Bürgschaften von 100 Millionen Gulden zur Verfügung. Die italie-

nische Textil- und Bekleidungsindustrie habe die Möglichkeiten des Förderprogramms von rund 230 Millionen Mark im vergangenen Jahr nur in geringem Umfang in Anspruch genommen. Trotzdem sei es vor kurzem in unveränderter Höhe verlängert worden.

Die Entlastungsmaßnahmen zugunsten der französischen Textil- und Bekleidungsindustrie hatte die EG-Kommission bereits Anfang 1983 als für nicht vereinbar mit dem gemeinsamen Markt erklärt. Der Europäische Gerichtshof hat einer entsprechenden Klage im November stattgegeben. Aufgrund dieses Urteils stellte die französische Regierung ihre Subventionen vorübergehend ein. Zum Jahresende hat die Kommission der französischen Regierung mitgeteilt, unter welchen Bedingungen sie einer befristeten Fortführung des Entlastungsprogramms zustimmen könne.

ITALIEN / Versiegelte Registrierkassen

## Kampf gegen Steuersünder

GÜNTHER DEPAS, Mailand  
Das italienische Finanzministerium will bis Ende Juni einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Steuerhinterziehung erschwert werden soll. Für Finanzminister Bruno Visentini ist es „ein Skandal“, daß ein großer Teil der selbständig Erwerbstätigen ein geringeres Einkommen erklärt als Lohn- und Gehaltsempfänger in vergleichbaren Verdiensthierarchien. Die Pläne der Regierung sind darauf gerichtet, für unselbständige Erwerbstätige Steuermindestsätze einzuführen. Niedrigere als diese Sätze sollen künftig nur noch akzeptiert werden, wenn die Steuerzahler den Nachweis erbringen können, weniger als die vom Fiskus aufgestellten Einkommens-Pauschalbeträge verdient zu haben. Im Visier des Fiskus sind vor allem die selbständigen Einzelhändler und Handwerker, die als Jahresinkommen bisher durchweg weniger angaben als ihre eigenen Angestellten und Arbeiter.

Ausgangspunkt der Regierungs-

Woche veröffentlichtes Weißbuch des Finanzministeriums mit den Steuer-

erklärungen des Jahres 1982. Daraus geht hervor, daß die freien Unterneh-

mer ein Jahresinkommen von 8,4 Millionen Lire erklärten, die Einzel-

händler von 7,8 Millionen Lire. Beide lagen damit nicht nur unter dem durchschnittlichen Jahresinkommen der Angestellten (11,7 Millionen Lire), sondern auch dem der Arbeiter (8,7 Millionen Lire).

Das hier offen zutage tretende Mißverhältnis zwischen den erklärten selbständigen und unselbständigen Einkommen hat Experten des Finanzministeriums zufolge seinen Grund nicht zuletzt in der noch immer sehr hohen Hinterziehung der Mehrwertsteuer. Nach Schätzungen des Finanzministeriums hätte die Mehrwertsteuer auf der Basis des eingetragenen Verbrauchs 1982 und 1983 mindestens 27 000 bzw. 33 000 Milliarden Lire ergeben müssen. Tatsächlich wurden aber nur 8800 bzw. 11 000 Milliarden Lire erklärt. Die Hinterziehungsquote belief sich daher im Jahre 1982 auf 43,7 Prozent, im Jahr danach auf 45 Prozent. Eine Besserung hofft das Finanzministerium in den nächsten Jahren erreichen zu können, wenn im Handel und anderen Bereichen die versiegelten Registrierkassen aufgestellt sein müssen, die im vergangenen Jahr eingeführt wurden. Trotzdem wird es Experten zufolge noch lange dauern, bis Italien eine ähnliche Steuerstruktur aufweist wie EG-Länder.

RENTENMARKT / Kupontermin verpufft

## Negative Einflüsse aus USA

Der Rentenmarkt machte während der letzten Tage einen wieder etwas stärker USA-biogenen Eindruck. Deswegen zogen die Zinsen ein wenig an. Die Hoffnungen auf eine Nachfragebelebung zum Kupontermin haben sich nicht erfüllt.

Dennoch schien der Markt jetzt ein

einigen institutionellen Anlegern attraktiv erscheint. Nach Meinung von Händlern wären die Renditen in der letzten Woche freilich noch etwas mehr gestiegen, wenn nicht von den Daueremittenten nur so wenig Material angeboten worden wäre und sich öffentliche Stellen nicht so zurückgehalten hätten.

Emissionen	6.4.84	30.3.84	29.12.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,45	7,43	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,48	7,46	7,72	7,04	10,96
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,46	7,45	7,83	7,61	10,28
Schuldverschreibungen der Industrie	7,97	7,99	8,39	8,24	11,53
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,48	7,44	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,15	7,12	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,10	8,04	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,48	7,45	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,74	7,73	8,08	8,45	10,32

## Die Zukunft kommt von NEC.

NEC, das Computer- und Kommunikationsunternehmen, spielt im Bereich der Digital Elektronik eine führende Rolle. Die Produktpalette umfaßt mehr als 15.000 Produkte und deckt eine Bandbreite von Halbleitern bis hin zu Großcomputer-Anlagen ab. Als einer der größten Hersteller von Mikroprozessoren weltweit, in der Spitzengruppe der japanischen Hersteller von Digitaltelefonen, Personal Computern, Satelliten und weiterer Übertragungssysteme (microwave) ist NEC ein Wegbereiter zukünftiger Technologien.

Eines der umfangreichsten Glasfaser-Kommunikationsnetze der Welt wurde von NEC gebaut. In Argentinien.

Höchste Qualität und Zuverlässigkeit gilt bei NEC als oberstes Gebot. Daraus resultiert der weltweit gute Ruf des Unternehmens.

Basis des Erfolges ist nicht zuletzt die Unternehmensphilosophie, deren Ziel es ist, Spitzenprodukte herzustellen, die auch vom Endverbraucher einfach zu bedienen sind. Außerdem sind wir immer bestrebt, unseren Kunden ein ausgewogenes Preis-Leistungsverhältnis zu bieten. Und zwar bei allen Produkten, die von NEC hergestellt werden.

Werfen Sie einen Blick in die Zukunft: NEC auf der Hannover Messe '84 CeBit-West (Halle 18) 1. = G. Stand 1702/1802

**Hannover Messe '84**

INFORMATIONSVERTWALTUNGSSYSTEM  
SPRACHSPEICHERSYSTEM  
TELETEXT TERMINAL  
ELEKTRONISCHES TASTENTELEFONSYSTEM  
TELEFONANLAGE  
FERNKOPIERER  
LAUFWERK  
DRUCKER  
PERSONAL COMPUTER  
LOKALES NETZWERK AUF GLASFASERBASIS  
MONITORE  
EINGABE-/AUSGABE-TERMINALS  
MOBILES TELEFON  
DATENMODEN  
PROJEKTIONSFERNSEHER

**NEC**  
NEC Corporation  
Tokyo, Japan



**SCHWEIZER UHRENINDUSTRIE**

## Aufwind in der Zeitmessung

(47 00) Beschäftigten. Daß in diesem Umstrukturierungsprozeß noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, zeigen die offenkundig noch immer vorhandenen Probleme bei der Fusion zwischen den beiden Uhrenriesen SSIH und Asuar.

Auch die schweizerischen Uhrenproduzenten folgen immer stärker dem Trend der Zeit zur elektronischen Zeitmessung: Während 1980 erst ein Fünftel aller exportierten Zeitmesser elektronisch gesteuert war, hat der Anteil der Elektronik-Uhren 1983 fast zwei Drittel erreicht. Kaum Sorgen haben dürfte die Sparte der hochwertigen Edelmetalluhren (aus Gold, Platin oder Silber): In diesem Bereich liegt die schweizerischen Uhrenexporte gegenüber 1950 mit wertmäßig 1,1 Mrd. DM um 15 Prozent höher.

Der Kupfermarkt folgt dagegen weit langsamer der allgemeinen Konjunkturbelebung. Die unverminderte starke Nachfrage nach Zink, die aber auch bei Verbrauchswachstum von vier Prozent in diesem Jahr erst das Niveau von 1979 erreichen würde, kann nach Einschätzung von Sies nur anhalten, wenn der Zinkpreis sinkt. Das gegenwärtige Niveau verstärkt die Substitutionsanstrengungen in den Abnehmerindustrien. Als immer noch unbefriedigend kennzeichnet Sies die Lage am Nickelmkt.

# Dress

☐ Bilanzverfahren

☐ Eigenmittel

☐ ...



# Welt

- ☐ Bilanzvolumen 160 Milliarden DM
- ☐ Eigenmittel 4,5 Milliarden DM
- ☐ Betriebsergebnis über 2 Milliarden DM
- ☐ Jahresüberschuß 380 Millionen DM
- ☐ Weltweit 1.200 Geschäftsstellen und 32.000 Mitarbeiter

# Verabschied

# Dreschner Bank





## WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

ZVEI - SEL - Honeywell-Bull - Gerds - Holec - Triumph Adler - Philips



## Japans Innovations-Phantasie basiert auf Kapital

In Deutschland muß sich niemand mit seiner Technologie verstecken – auch in der Elektronik nicht, meint Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI). Die Bauelemente-Industrie habe inzwischen auch die bisher höchsten Stufen der Chips-Integration bewältigt, stehe mit bestimmten Verfahren sogar schon wieder in der Welt-Spitzengruppe.

Freilich: „Das Ganze ist im Grunde gemeinsames Wissen der hochindustrialisierten Länder. Da macht der eine mal hier einen Vorstoß, der andere da. Das führt dann bestenfalls einmal zu temporären Vorsprüngen“. Auch dafür, daß von den weltweit gängigen Mikroprozessoren nach wie vor kaum einer aus deutscher Produktion kommt, hat Scheid eine Erklärung: „Das ist weniger eine Frage des Könnens als eine Frage, wer noch Geld in diesen weltweit überbesetzten Markt stecken will.“

Gewisse Unterschiede zu den beiden großen Konkurrentenländern USA und Japan will Scheid indes keineswegs in Abrede stellen. Bei den Amerikanern sind es vor allem die enormen Staatsinvestitionen in Sicherheits- und Weltraumtechnik, die mit entsprechenden Aufträgen an die Wirtschaft speziell die Elektronikbranche vorangebracht haben.

Bei den Japanern, die auf Teilgebieten (zum Beispiel Unterhaltungselektronik, insbesondere Video) sowohl Amerikaner wie auch Europäer

das Fürchten gelehrt haben, blickt der ZVEI-Chef angesichts geschrumpfter deutscher Eigenkapitalquoten fast neidvoll auf die Kapitalbildungskraft der Unternehmen. „Diese beliebige Anwendung der Mikroelektronik mit ihren manchmal spielerischen Ausprägungen – das kann nur jemand verwirklichen, der auch die Finanzierungsmöglichkeiten dazu hat.“

Scheid rechnet vor: In den Jahren 1976 bis 1981 ist das japanische Brutto-Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 5,1 Prozent gewachsen, gleichzeitig lag die reale Lohnerrhöhung bei 1,3 Prozent, die Sparquote konstant bei 22 (!) Prozent. Das heißt, der Industrie standen beträchtliche Mittel zur Verfügung, und das bei einer Inflationsrate von 6,2 Prozent sozusagen „kostenlos“.

„Wenn sie eine so unglaubliche Kapitalbildungskraft haben, dann sind der Phantasie von Investitionen überhaupt keine Grenzen gesetzt“, urteilt der Professor der Volkswirtschaftslehre Scheid über das Phänomen, das seit 1976 auch von der Politik der japanischen (Firmen-) Gewerkschaften unterstützt wird. Und: „Das erklärt fast alles, was man in Japan so sieht.“ So gehe es denn auch bei dem ganzen Rückwärts-Lamento letztlich nicht um Probleme der Technologie.

Berechtigt sei es ohnehin nicht, das belege nicht zuletzt die Branchenentwicklung. So habe gerade der Fachbereich der Bauelemente für die

Nachrichten- und Informationstechnik – um den es in der Technologie-Diskussion vor allem geht – schon in den ersten Monaten des neuen Jahres progressiv steigende Auftragsengpässe vorzuweisen.

Von November bis Januar lagen die Orders der Branche insgesamt um 36 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dabei kam der Hauptschub nicht etwa aus dem Inland (knapp 28 Prozent Zuwachs), sondern in erster Linie aus dem Auslandsgeschäft mit seinem Plus von fast 51 Prozent, nicht eben Indiz für die internationale Mißachtung einer inferiorer Technik. Allerdings: Die Statistik enthält auch jene Produkte, die Auslandsgesellschaften bei ihren deutschen Töchtern fertigen lassen.

Was für den Bauelemente-Bereich besonders ausgeprägt galt, traf auch für die Nachrichten- und Informationstechnik – hier aber mit Betonung auf dem Inlandsgeschäft – insgesamt zu: Sie erwies sich als Motor der Elektrokonjunktur. Verwundert stellt Scheid fest: „Früher war es immer das Exportgeschäft, das den Aufschwung einleitete. Diesmal kamen aber die Impulse eindeutig aus Richtung der Technologie.“

Als Gründe dafür sieht er zum einen die generell gewachsene Akzeptanz der elektronischen Arbeitsmittel, den Abbau von psychologischen Hemmschwellen. Zum zweiten sei die Mikroelektronik aber auch flexibler, leichter anpaßbar und damit an-

wendbarer geworden (zum Beispiel durch die Möglichkeiten, spezielle Schaltkreise nach Kundenwünschen einfacher zu fertigen). Damit sind auch technische Barrieren gefallen, von denen sich vor allem kleinere und mittlere Unternehmen immer noch von der Elektronik abhaken ließen.

Zum Dritten aber sahen sich auch die Investoren neuen Relationen gegenüber. Früher galt bei Investitionen in höhere Maschinenleistung immer auch das Merkmal zunehmender Kapitalintensität. Die Elektronik ermöglicht es erstmals, mit einem geringeren Kapitaleinsatz je zusätzlicher Leistungseinheit auszukommen. Auch diese Verschiebung hat offenbar zum neuen Investitions- und Fertigungsanstieg beigetragen. Darauf deutet auch hin, daß in drei Viertel aller Fälle die Produktivitätssteigerung als Investitionsantrieb im Vordergrund stand.

Sorgen, daß dem Zugpferd Mikroelektronik die Luft ausgehen könnte, macht sich Scheid nicht. Zum einen sei erst ein Bruchteil der möglichen Anwendungen erschlossen. Zum anderen bestehe „ein wachsender Bedarf an immer komplexerer und schneller Informationsverarbeitung – wie zum Beispiel in der Sprachverarbeitung –, der in absehbarer Zeit kaum zu befriedigen sein wird. Je mehr Leistung wir bieten, um so mehr wird auch gebraucht.“

JOACHIM WEBER



Philips stellt das größte funktionsfähige Telefon der Welt vor. FOTO: KURT STÄBELE / DPA

## Ausgleich beim Nahverkehr

Empfindliche Einbußen auf dem Gebiet der Bahnsteuertechnik kennzeichnet das Geschäft der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, in den letzten Jahren. Roland Mecklinger, im SEL-Vorstand zuständig für „Öffentliche Nachrichtentechnik“, spricht von einem regelrechten Zusammenbruch des Marktes. Die Sparmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn haben seit 1982 zu einem Rückgang der Investitionen um 20 Prozent pro Jahr geführt.

Problematisch ist es, auf dem Gebiet der Fernbahn-Signalechnik einen Ausgleich im Auslandsgeschäft zu finden. Nur fünf weitere Länder, so Mecklinger, arbeiten mit dem gleichen Signal-System (Flachrelais) wie die Bundesbahn, darunter Südafrika, Jugoslawien und Korea; die anderen Bahnverwaltungen haben sich für das Schwerkraft-Relais entschieden. Das Geschäftsvolumen mit der Bundesbahn bezieht Mecklinger auf rund 120 Mill. DM. Neben SEL ist in dem Bereich der Bahnsteuertechnik noch Siemens tätig.

Vor dem Hintergrund schrumpfender Bahnaufträge verstärkt SEL die Anstrengungen, neben der Fernbahntechnik den Nahverkehr zu erschließen. Hier sind bereits bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Mecklinger verweist auf die automatisch gesteuerte Versuchsanlage in Berlin. Mit dem elektronischen Nahverkehrs-System „SEL-Truc“ habe das Unternehmen auch auf dem nordamerikanischen Markt Fuß gefaßt. Mehrere Großstädte in Kanada und in den USA wollen ihre Stadtbahnen umrüsten. Die mittlerweile erteilten Aufträge haben einen Wert von gut 100 Mill. Dollar, erstrecken sich allerdings über mehrere Jahre.

Eine Erschließung neuer Märkte verspricht sich Mecklinger von der Entwicklung elektronisch gesteuerter Stellwerke. Dafür bestehe auch im Ausland großes Interesse. Das Problem allerdings liege darin, daß noch keine Pilotanlage installiert sei. Derzeit verhandele SEL mit der Bundesbahn über den Bau solcher Muster-Stellwerke. Die hohen Sicherheitsanforderungen, so Mecklinger, seien in vollem Umfang gewährleistet. SEL gehe davon aus, daß noch in diesem Jahr die Genehmigung durch die Bahn erfolgen wird. Erst dann könne auch im Ausland akquiriert werden. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang aber die lange Betriebsdauer der Stellwerke (20 bis 30 Jahre).

Zuversichtlich äußert sich Mecklinger zu den Aussichten einer zügigen Glasfaser-Verkabellung in der Bundesrepublik. Abstriche allerdings gelte es zu machen bei der flächendeckenden Verkabellung. Schätzun-

gen gingen davon aus, daß das Kupferkabelnetz einem Wert zwischen 40 und 60 Milliarden DM entspricht. Diese Ressourcen in absehbarer Zeit zu ersetzen, sei technisch zwar kein Problem, von der Wirtschaftlichkeit her gesehen aber zumindest fragwürdig.

Nachdrücklich setzt sich Mecklinger für den Bau der Glasfaser-Fabrik in Berlin ein. Derzeit gebe es allerdings vom Kartellamt noch keine Signale, daß das Konsortium das Projekt verwirklichen kann. Gegenwärtig produzieren die beteiligten Unternehmen noch an verschiedenen Stand-

orten. (dwt)

## Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

## DIE WELT

INNOVATIONEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum gemäß) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.  
Bestellchein  
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bei auf welches die WELT, Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage, anläßliche Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum gemäß) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

ten. Die Einheiten indes seien zu klein. Wirtschaftlich arbeite eine Faserfabrik erst bei einer Kapazität von mindestens 75 000 Kilometern pro Jahr. Zu den Beteiligungsverhältnissen an dem Berliner Projekt wollte Mecklinger keine konkreten Angaben machen. SEL dürfe jedoch mit einem Anteil von gut 20 Prozent unter den Konsortien nach Siemens den zweiten Rang einnehmen.

DOMINIK SCHMIDT

## Automatische Wiederholung

Manchmal sind es kleine Zusatzleistungen, die einem neuen Produkt erst den letzten Pfiff geben. Bei Philips-Diktiergeräten ist es beispielsweise die automatische Wortwiederholung. Nach jedem Stopp wiederholt das Gerät die letzte Wortpassage und das in zuvor wählbarer Länge.

Diese hier gezeigte Innovationsfähigkeit zieht sich durch das gesamte Programm, das die Philips Kommunikationsindustrie AG, Siegen, in Hannover ausstellt. Unter dem gemeinsamen Dach dieser Gesellschaften zeigen die drei Bereiche Data-Systems, TE-KA-DE-Fernmeldeanlagen und FG Nachrichtenmittel und Anlagen ein weites Programm, bei dem die Kommunikation mit Daten, Text, Sprache und Bild die gemeinsame Klammer bildet. (dwt)

## Computer für Steuerberater

Neben verstärkten internationalen Vertriebsaktivitäten sind es vor allem neue Produkte, mit denen die Triumph Adler AG, Nürnberg, ihre Marktposition weiter ausbauen möchte. Das Unternehmen, dessen Umsatz 1983 erstmals die 2-Mrd.-DM-Marke überschritt, verfügt bereits jetzt über eine Produktpalette, deren Durchschnittsalter zwischen 2 und 3 Jahren liegt.

Mit den in Hannover ausgestellten neuen Produkten soll bis Ende 1984 die Hälfte des Umsatzes erzielt werden. Premiere hatte auch ein Computer für Steuerberater und eine Telefonschreibmaschine. Gute Fortschritte konnten zudem auf dem Wachstumsmarkt Mikrocomputer erzielt werden, wo sich TA als größter deutscher Anbieter sieht. Planziel für 1984 ist der weltweite Absatz von mehr als 50 000 solcher Anlagen. (dwt)

## Vorschläge vom Programm

Wer mit dem Programmieren nicht vertraut ist, soll dennoch die Möglichkeit haben, einen Computer mit den für ihn wichtigen Funktionen zu steuern. Dieses Ziel verfolgt die Herbert F. Gerds Datentechnik GmbH, Bremen, Tochterfirma der 1983 an die Börse gegangenen Gestra AG, seit fünf Jahren. Das ehemalige Ingenieurbüro, das sich vor allem auch mit der Hardware befaßt, hat nun – mit mehreren Mannjahren und 2 Millionen DM – ein Software-System entwickelt, das diesem Anspruch gerecht wird.

In deutscher Sprache programmiert der „Lai“, welche Aufgaben zu lösen sind. Das Programm sei seitens erkundigt sich per Bildschirm, was getan werden soll, macht Vorschläge, wie die Aufgabe bewältigt werden kann und gibt die Schritte dann im einzelnen vor. Das Verfah-

ren, für Datensammlung, Bearbeitung und Verwaltung geeignet, gibt dem Anwender die Möglichkeit, seine Lösung in die EDV zu schreiben.

Ein weiterer Vorteil sei, erklärte Geschäftsführer Herbert F. Gerds gestern auf der Messe, daß auf Basis des Generatorsystems lediglich Anwenderlösungen gesucht werden müßten, eine Programmiersprache hingegen nicht mehr gebraucht werde. Bislang hat das mittelständische Unternehmen – 1 Million DM Umsatz im vergangenen Jahr nach 500 000 in 1982 – 20 Anwenderlösungen auf Lager. Neben Branchenpaketen für Ärzte, Makler, Finanzierungen, Warenwirtschaft, verschiedene Handwerksbetriebe, Getränkegroßhandel, Schulen und Vereine bietet Gerds auch Standardprogramme für Lagerhaltung, Finanzbuchhaltung und Textverarbeitung. KAREN SÖHLER

## Die Europäer müssen in Europa stärker werden

Wenn wir die guten Informations-techniken in Europa behalten wollen, die wir für unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit benötigen, dann brauchen wir auch eine leistungsfähige EDV-Industrie, die für solche Leute attraktiv ist“, postuliert Jacques Stern, Präsident der Compagnie des Machines und Bull, Paris. Vorstandschef Francis Lorenz illustriert: „Heute arbeiten mehr französische EDV-Leute im Silicon Valley als bei Bull.“

Dies sei indessen auch ein wichtiges Instrument des Technologie-Transfers, ähnlich wie der personelle Austausch zwischen Unternehmen und Universitäten, den man in Europa noch intensivieren müsse. Gute Ansätze hierzu sieht Stern in europäischen Gemeinschaftsvorhaben, wie dem Informatikprojekt ASPRIT, das die Zusammenarbeit von Universitäten und Unternehmen über die Grenzen hinweg deutlich verstärkt hat.

Für eine langfristige Überlebensstrategie der europäischen Informatik-Industrie sei das allerdings nur ein erstes gutes Beispiel. Ein Europa-Konzept der Datenverarbeitung müßte nach Stern Vorstellungen mehrere Punkte umfassen:

– „Wir brauchen langfristig mehr Kooperation zwischen den europäischen Herstellern, z. B. in Gestalt von gemeinsamen Forschungszentren, wie wir eines mit Siemens und ICL betreiben.“

– Auch nach außen hin – z. B. in Richtung Japan oder USA – sollte jede mögliche Zusammenarbeit genutzt werden, um immer neueste Technologie in unsere Produkte holen zu können.

– Die Europäer müssen in Europa selbst stärker werden. Wenn man bedenkt, daß ihr Anteil am eigenen Markt nur bei einem Drittel liegt, dann sind hier noch große Anstrengungen fällig.

Die europäischen Informatik-Unternehmen müssen stärker nach gemeinsamen Standards suchen. Auf dem neuen riesigen Feld der Computernetzwerke in Netzen sollten wir uns auf gemeinsame Normen einigen, um alle unsere Produkte untereinander kommunikationsfähig zu machen. Damit schaffen wir für den Anwender die attraktive Möglichkeit, nicht von vornherein von einem Lieferanten abhängig zu sein und wenn sich so eine Normung erst einmal bewährt hat, könnte sie sich auch nach aller Erfahrung sehr schnell weltweit als Standard durchsetzen.“

Ein derartiges Normungsprojekt wird derzeit gerade von einem rund Dutzend europäischer Hersteller in Angriff genommen. Insgesamt räumt der Bull-Präsident sich und seinen europäischen Kollegen gute Chancen ein. Gerade im Zusammenhang mit der Verknüpfung von Informations- und Nachrichtentechnik,

mit dem Aufbau von Kommunikationsnetzen, könnte sie auf ein enormes Know-how bei den nationalen Postverwaltungen zurückgreifen.

Der Bull-Konzern selbst ist im vergangenen Jahr mit seiner Konsolidierung ein gutes Stück vorangekommen. Die Verluste – noch nicht beziffert – werden trotz erheblicher Aufwendungen für die Integration von drei neugegründeten Unternehmen mehr als halbiert. Die Gewinnsschwelle wird allerdings nach Sterns Prognose erst 1986 erreicht werden.

Doch es geht bergauf. So steigerte die 26 000 Mitarbeiter-Gruppe im vergangenen Jahr ihren Gruppenumsatz um 21 Prozent auf 11,6 Mrd. DM. Da zu trug auch die deutsche Tochter Honeywell-Bull AG, Köln, mit einer Umsatzsteigerung um 17 Prozent auf 360 Mill. DM bei. Sie wies mit 15 Mill. DM sogar ein positives Ergebnis aus.

JOACHIM WEBER



## Wir sind mit Energie dabei

Über 2.000 qualifizierte Mitarbeiter setzen in unserem Unternehmen ihre Energie ein, für Energie aus heimischen Quellen und langfristig gesicherten Importen.

An der inländischen Erdölproduktion haben wir einen Anteil von etwa 30 %, beim Erdgas sind es rund 60 %. Erdgasimporte aus den Niederlanden aus Norwegen und zukünftig auch aus anderen Regionen ergänzen unser Aufkommen. Damit leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Deckung

unseres Energiebedarfs, denn mehr als jeder vierte Kubikmeter Erdgas, der in unserem Lande verbraucht wird, stammt von BEB. Daß wir diese Position erreicht haben, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen mit Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden DM. Um auch in Zukunft diesen Beitrag leisten zu können, müssen wir weiter investieren und neue Ideen entwickeln. Wir sind mit Energie dabei.



BEB Gewerkschaften Brigitte und Elwerath Betriebsführungsgesellschaft mbH, Reihorst 12, 3000 Hannover 51







FUSSBALL / Braunschweiger Spieler wollen sich nach Gehaltskürzungen reamateurisieren lassen

## Humor im Abseits, Udo Latteks Spott vor Gericht Cramer schon heute Spitze und seiner Zeit voraus

Von ULRICH DOST

Derzeit ist Dettmar Cramer (39) seiner Zeit um ein Jahr voraus. Im zweiten Jahr seiner Tätigkeit bei Bayer 04 Leverkusen wollte Cramer sein Team in gesicherter Position wissen. Im dritten Jahr dann sollte aus Leverkusen eine Spitzenmannschaft geformt sein, wobei Cramer damit die Positionen eins bis sechs meinte. Aber schon im zweiten Jahr sind die Leverkusener in ihrer Entwicklung weiter, als es der Trainer geplant hat. Schon heute stehen die Leverkusener auf dem sechsten Tabellenplatz, der zur Teilnahme am UEFA-Pokal berechtigt. Ernsthafter Konkurrent im Kampf um diesen Platz scheint nur der 1. FC Köln zu sein.

Cramer, den sie auch den Fußball-Professor nennen, weil es nicht gibt, was dieser Mann nicht über den Fußball weiß, stapelt wie immer tief. Das sei keine Masche von ihm, hat er gesagt. Dieses Geschäft treibe er schon zu lange und zu intensiv, um nach jedem Sieg Jubelarien anzustimmen. Die Chancen stehen wirklich günstig für die Bayer-Werkmannschaft, im nächsten Jahr tatsächlich im internationalen Geschäft vertreten zu sein.

Cramer wäre ein schlechter Trainer, hätte er nicht auch dieses Ziel im Auge. Er formuliert es nur anders: Ich rechne nicht, sondern will immer nur das nächste Spiel gewinnen. Selbstverständlich, wenn das klappt, kann eigentlich nur ein gutes Resultat dabei herauskommen.

Die Spieler selbst befassen sich schon lange mit dem Gedanken. Libero Dieter Bast (32) sagt: Jetzt haben wir es in den beiden Heimspielen gegen Bremen und Kaiserslautern selbst in der Hand, uns die Teilnahme zu sichern. Kapitän Thomas Hörster (27) meint: Wir brauchen einfach ein Ziel.

Im Bayer-Werk würde sich auch niemand dagegen wehren, wenn dem Klub der große Wurf gelingen würde. Wer so viel Geld investiert, der will auch mal Erfolge sehen. Erfolge, die sich das Mutterwerk zusätzlich noch etwas kosten lassen will.

Als weiterer Anreiz wurde der Mannschaft eine Erfolgsprämie in Höhe von rund 150 000 Mark in Aussicht gestellt, wenn der UEFA-Pokalplatz tatsächlich geschafft wird.

Wohl dem, der solche Geldgeber im Rücken weiß.

Was wird dann nun aus Fritz Walter (23)? Das ist eine Frage, die derzeit die ganze Pfalz bewegt. Genaues weiß man aber nicht. Auch wenn der Betroffene selbst sagt: „Meine Entscheidung ist getroffen.“ Wie schön, nur mitteilen tut er sie nicht. Erst sollen sich die beiden Vorstände von Kaiserslautern und Waldhof Mannheim ins Benehmen setzen. Bei beiden Klubs hat der Spielerbeamtliche einen Dreijahres-Vertrag unterschrieben. Nach dem 2:0-Erfolg der Waldhöfer über den LFC Kaiserslautern ging das Rätselraten weiter. Wir gehen davon aus, daß die Sache positiv endet“, meinte Udo Sopp (48), Präsident von Kaiserslautern. Sein Kollege Wilhelm Gruber dagegen meint: „Das Waldhof-Trikot steht

Lebensstandard eingerichtet, der hoch anzusiedeln ist. Das Häuschen oder die Wohnungen wollen abbezahlt werden, da wirken sich Gehaltskürzungen geradezu katastrophal aus. Profis denken ja bekanntlich nur an den Mehrzuwachs. Um dem Verein eins auszuwaschen, wollen jetzt einige die Reamateurisierung beantragen. Damit könnte Mast keine Ablösungsummen kassieren. Hans-Heinrich Pahl (24) wird so zitiert: „Ich kann jederzeit in meinen erlernten Beruf als Bankkaufmann zurückkehren. Dort würde ich nicht viel weniger verdienen als bei der Eintracht.“ Stimmt, aber dafür müßte er mehr arbeiten.

Es ist doch immer wieder erstaunlich, warum sich die Herren beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) alles kitzeln. Sie sollten doch eigentlich genug mit sich selbst zu tun haben,

was in den Zeitungen steht. Man sollte das ganze nicht so tierisch ernst nehmen. Humor, zumal wenn er auf eigene Kosten geht, wird beim DFB ganz klein geschrieben. An Latteks gewiß nicht freudliche Aussage kann sich heute schon kaum noch jemand erinnern. Dadurch, daß der DFB noch einmal nachbakt, wird die Geschichte erst zum Vorgang und bekommt eine Bedeutung, die sie wirklich nicht verdient hat.

Bundesliga-Profis als Balljungen? Unmöglich, möchte man meinen. In Köln gibt es aber so etwas. Vincent Mennie (19) heißt der junge Mann, ein Schotte, der beim 1. FC Köln in diesem Jahr zum Stammspieler wurde. Mögen seine Kollegen um ihn herum auch noch sehr von der Frühjahrsmodigkeit befallen sein, wie beim Mägen 3:1 über Nürnberg Mennie läuft und rennt, als ginge es um einen Profivertrag. Längst ist er zum Publikumsliebling geworden. Mennie geht es nie schnell genug. Stillstand bedeutet für ihn Rückschlag. Wenn einer seiner Kollegen mal wieder neben das Tor geschossen hat, dann ist sich dieser Schotte nicht zu schade, das Spielgeld zu verlassen, um selbst den Ball zu holen. Wo andere noch verschlafen, legt Mennie noch mal zu. Solche Typen mag das Publikum: Sie rackern für ihr Geld.

Wenn es beim 1. FC Köln mal nicht mehr klappen sollte, will Mennie in seine Heimat nach Aberdeen zurückkehren, wo seine Eltern jetzt wohnen, nachdem der Vater als Offizier der Rheinarmee das Pensionsalter erreicht hat. Mennie wurde zwar in Deutschland geboren, die deutsche Staatsbürgerschaft aber will er nicht annehmen. Er sagt: „Ich bin Schotte. Und wenn es beim 1. FC Köln für mich nicht mehr gut aussieht, gehe ich nach Schottland. Ein anderer Bundesligaklub kommt für mich nicht in Frage.“

Es ist schon komisch, daß die Schotten so am 1. FC Köln hängen. Denn Gordon Strachan (27) vom FC Aberdeen, den die Kölner verpflichten wollen, zieht es unbedingt nach Köln. Er sagt: „Das hat mich doch sehr beeindruckt, wie der 1. FC Köln im Europapokal Glasgow Rangers mit 5:0 besiegt hat.“ So viel Geiz den Schotten auch nachgesagt wird, mit einem geizen sie nicht: nämlich mit der Bereitschaft, zu kämpfen.

ZWEITE LIGA / Schalkes Talfahrt hält an

## „Alle reden nur noch über das Pokalfinale“

B. WEBER, Gelsenkirchen

Es ist gerade erst vier Wochen her, da saß Schalkes Abwehrspieler Bernd Dietz im Rundfunkstudio und flachte ins Mikrofon: „Ich glaube unserem Vorstand wäre es ganz recht, wenn wir der Konkurrenz nicht allzu weit davonliefen.“ Das nimmt dem Kampf um die Aufstiegsplätze nämlich nur die Spannung und kostet dem Verein Zuschauer und damit auch Einnahmen. Als Dietz das sagte, hatte der Gelsenkirchener Traditionsclub einen hochrespektablen Vorsprung in der Tabelle, das es allenfalls noch strittig schien, um wie viele Punkte der Tabellenführer seine Verfolger abschütteln würde. Indes, der Flachs ist allen Schalkern inzwischen längst vergangen. Wo vor kurzer Zeit noch Selbstbewußtsein, fast Übermut herrschte, ist inzwischen tiefe Ratlosigkeit eingetroffen. Samstag verbrannten die nur noch 8000 Zuschauer im Stadion ihre Fahnen, nachdem der FC Schalke 04 mit der 1:5-Heimniederlage gegen Hertha BSC Berlin für die wohl größte Sensation dieser Saison gesorgt hatte. Es war der Höhepunkt einer Talfahrt und veranlaßte „Bild am Sonntag“ nach 1:7 Punkten in Serie zu der geistigen Schlagzeile: „Was ist bloß mit Schalke los?“ Ganz sicher ist, daß die von den meisten als bereits perfekt gebuchte Rückkehr in die erste Bundesliga unendlich ernsthaft in Gefahr geraten ist. Das sieht auch Trainer Dietrich Fenne so, der andererseits natürlich mit Recht darauf hinweist, daß seine Mannschaft immer noch drei Punkte vor dem Tabellenrunden Hessen Kassel liegt. Fenne zur WELT: „Das ist zumindest noch so viel, daß wir nicht in Panik verfallen müssen.“

Und genau das hat er seinen Spielern auch gestern morgen in einem sehr eindringlichen Vortrag klarzumachen versucht. Aber dabei hat es der Trainer – bei allem Seelenstolz, den die psychisch derzeit heftig angeschlagenen Schalken brauchen, (und den sie auch bekommen haben) – an deutlichen Worten nicht fehlen lassen. Denn Fenne glaubt bei der Suche nach den Gründen für die schlimme Krise fündig geworden zu sein. „Ganz eindeutig“, sagt der Trainer und er verheißt seine Wut darüber nicht, „ist die völlig unangebrachte Pokaleuphorie Schuld daran. Seit

Wochen wird im Umfeld der Mannschaft nur noch von der möglichen Endspielteilnahme gesprochen. Als wir das Halbfinale durch den 2:0-Sieg über Hertha erreicht hatten und dann auch noch Bayern München zu Hause zugestiegen bekamen, sprach von der laufenden, ungleich wichtigeren Zweitliga-Meisterschaftsrunde kein Mensch mehr. Die Spieler haben sich davon, trotz meiner intensiven Warnungen, beeinflussen lassen. Schließlich haben sie völlig ihre Konzentration verloren.“

Von der Hand zu weisen ist solche Argumentation nicht. Die vergangenen Tage haben es eindrucksvoll bewiesen. Als letzten Donnerstag der Vorverkauf für das Pokalspiel gegen Bayern am 2. Mai begann, wurden von der Schalker Geschäftsstelle im Parkstadion Menschenschlangen bis zu 200 Metern gesichtet. Es dauerte nur knapp drei Stunden bis alle 38 000 Sitzplatzkarten restlos vergriffen waren. Die Fans schweigten nach langer Zeit mal wieder in königlicher Glückseligkeit – und mußten sich am Samstag wieder im tristen Alltagsgrau zurechtfinden. Aber mehr noch der Schalker Vorstand, dem vor allem die aktuellen Zahlen einfach bedrückend mißfielen. Vom kalkulierten Saisonzuschauerschnitt, der mit 18 000 angesetzt war, sind die Schalken durch den Minusrekord von 8700 jetzt gegen Berlin noch weiter entfernt als bisher. Und der lag mit 13 000 schon schlecht genug. Kein Wunder, daß Präsident Hans-Joachim Fenne auf die Frage nach Spielernewwerbungen für die nächste Saison zunächst ausgesprochen gereizt reagierte und dann lediglich sagte: „Wir planen nur mit den Leuten, die uns im Augenblick zur Verfügung stehen.“ Im Klartext: An den Kauf des Hamburgers Dieter Schatzschneider, mit dem die Schalker seit Wochen flirten und der das 1:5 auf der Tribüne miterlebte, ist vorläufig überhaupt nicht zu denken. Denn dazu fehlt einfach das Geld. Schalke im Jahr seines 80-jährigen Bestehens, das ist ein Klub ohne Glanz und ohne Perspektive auch. Wenn der Aufstieg – was immer noch wahrscheinlich ist – letztlich doch klappen sollte, Schalke-Manager Rudi Assauer hat in seiner nunmehr zweieinhalbjährigen Tätigkeit „ganze Arbeit“ geleistet...

2. Liga

DW, Bonn  
Auch der Kampf um den dritten Platz der zweiten Liga, der zu einem Ausscheidungsspiel gegen den 18. der Bundesliga berechtigt, bleibt spannend. Der MSV Duisburg verlor zwei wichtige Punkte bei der 0:2-Niederlage in Saarbrücken, Hessen Kassel profitierte von diesem Ausreiter. Die Hessen besiegten Hannover 96 mit 2:0, wobei wieder einmal Heinz Traser beide Treffer erzielte. Traser liegt jetzt in der Torschützenliste mit 19 Treffern hinter Roland Wohlfarth (Duisburg/21) und Emanuel Günther (Karlsruhe/21) an dritter Stelle. In den Kampf um den dritten Tabellenplatz kann wohl außer Duisburg und Kassel nur noch Alemannia Aachen eingreifen. Fortuna Köln verspielte seine letzte Chance beim 1:2 in Essen. Den Duisburgern fehlt im nächsten Spiel Guido Sören, der als erster Spieler der Saison zum sechsten Mal verwundet wurde. Er ist zum dritten Mal für einen Spieltag gesperrt.

## DIE ERGEBNISSE

Stuttgart - Wattenscheid	0:0
Saarbrücken - Duisburg	2:0 (0:0)
Schalke - Hertha BSC	1:5 (0:3)
Kassel - Hannover	2:0 (1:0)
Solingen - Darmstadt	2:1 (0:0)
Ulm - Osnabrück	1:0 (0:0)
Bonn - Köln	2:1 (1:0)
Lüttich - Karlsruhe	1:4 (0:3)
SCC Berlin - Aachen	0:1 (0:0)
Oberhausen - Freiburg	1:0 (1:0)

## DIE TABELLE

1. Karlsruhe	30	19	4	5	71:37	44:16
2. Schalke	30	17	6	5	72:36	42:18
3. Kassel	30	17	3	8	59:31	29:21
4. Duisburg	30	14	10	6	51:31	28:22
5. Aachen	30	15	8	7	43:30	28:22
6. Solingen	30	13	8	9	59:43	25:25
7. Köln	30	13	8	9	59:56	34:28
8. Hertha BSC	30	11	9	10	58:46	31:29
9. Freiburg	30	9	13	8	46:45	31:29
10. Saarbrücken	30	11	7	12	46:52	29:31
11. Ulm	30	8	10	11	52:40	29:32
12. Stuttgart	30	9	10	11	38:41	29:32
13. Wattenscheid	30	10	8	12	48:55	26:32
14. Hannover	30	8	9	13	40:52	27:33
15. Darmstadt	30	5	8	13	38:54	28:34
16. Essen	30	7	18	13	40:50	24:38
17. SCC Berlin	30	7	8	15	31:55	22:38
18. Osnabrück	30	8	5	17	35:51	21:39
19. Oberhausen	30	8	8	18	35:54	20:40
20. Lüttich	30	8	5	20	32:69	15:45

## DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Freitag, 12. April, 18.30 Uhr: Darmstadt - Essen; 20 Uhr: Aachen - Stuttgart; Osnabrück - Solingen; Samstag, 14. April, 15.30 Uhr: Freiburg - Saarbrücken, Köln SCC Berlin, Hertha BSC - Ulm; Karlsruher - Oberhausen, Wattenscheid - Lüttich; Oberhausen, Duisburg - Kassel, Hannover - Schalke.



1. Niki Lauda

McLaren-Porsche/Michelin

2. Alain Prost

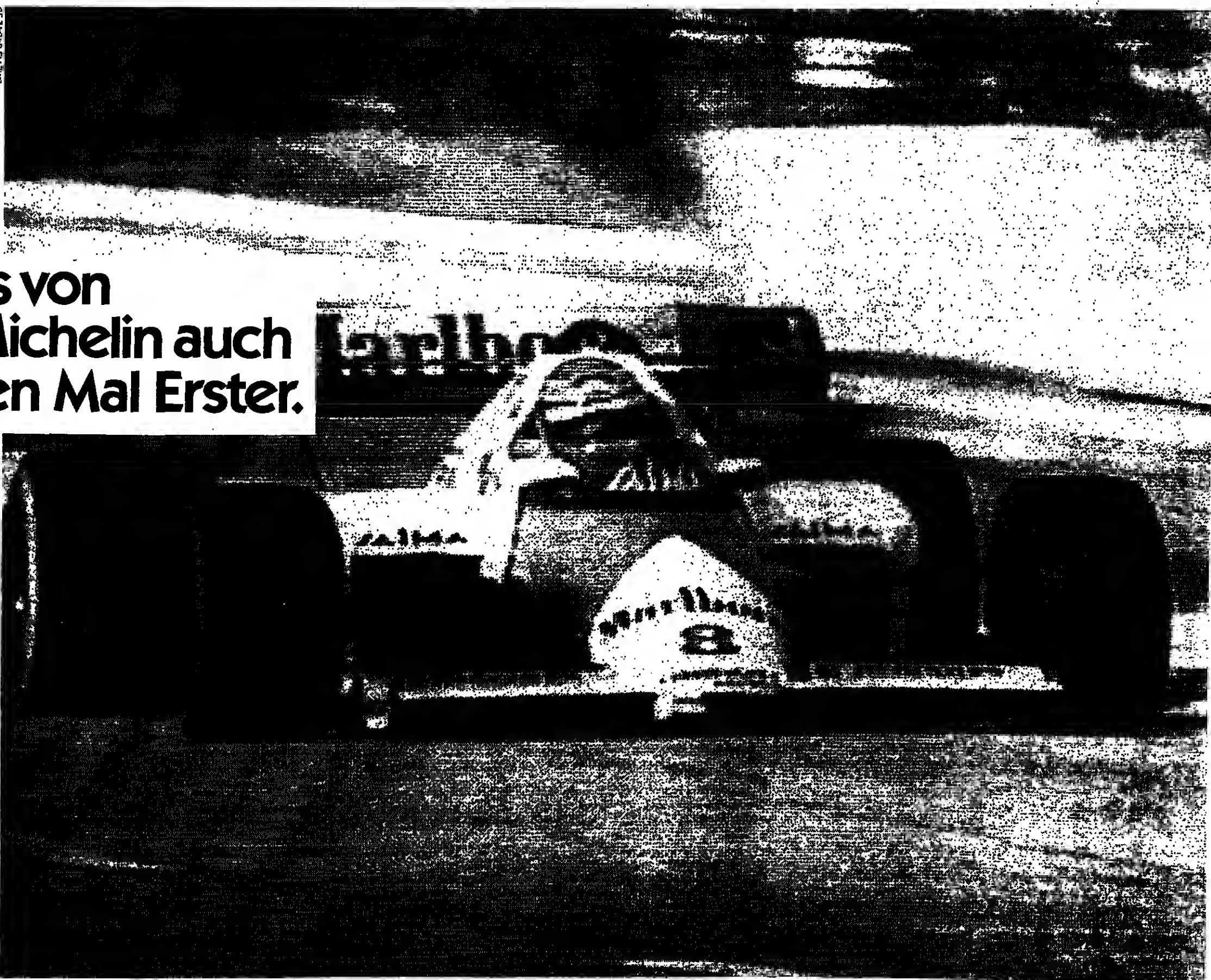
McLaren-Porsche/Michelin

3. Derek Warwick

Renault/Michelin

## Großer Preis von Südafrika: Michelin auch beim zweiten Mal Erster.

Die Höhenluft des 1.700 Meter hohen Kurses von Kyalami ist Michelin genauso gut bekommen wie zwei Wochen zuvor die Bullenhitze von Rio. Michelin knüpft mit diesem zweiten Sieg im zweiten Rennen nahtlos an die Formel-1-Triumphe der vergangenen Saison an. Worauf ist diese Erfolgsserie zurückzuführen? Grundlage ist der Gürtelreifen. Michelin hat ihn von der Straße auf die Piste übertragen. So sind die hartgeprüften Slicks von Kyalami im Prinzip identisch mit den MXV aus der neuen Serie M. Die kultivierte Sportlichkeit, überragende Spurtreue und hohe Laufleistung dieser Super-Breitreifen veranlaßt Fachleute zu dem Urteil: Das Stärkste, was Michelin bisher auf die Straße gebracht hat. Fortsetzung der Erfolgsmeldungen folgt.



Keine Kompromisse.

MICHELIN



## Hinter Lauda, Prost und Porsche nur noch Statisten

# 555 Kaufleute gesucht, die jetzt etwas für ihren beruflichen Erfolg tun wollen!

**Karriere: Laufbahnberatung**

**Arbeitgeber: Aktienberge schneller bewältigen**

**Recht: Nach 2 Jahren ist fast alles zu spät**

**Marketing: Keine Angst vor hohen Preisen**

**Steuer: Borgeid vom Finanzamt**

**Organisation: Neue Entwicklungen nicht verpassen**

**Karriere: Verkaufen Sie sich gut?**

**Organisation: Mehr Selbstorganisation schafft Luft**

**Karriere: In den AT-Bereich vorstoßen**

Kaufmännische Angestellte aller Branchen informieren sich schnell, zuverlässig und umfassend mit den aktuellen Nachrichten, Themen und Ratschlägen aus dem „BWM-BetriebsWirtschaftsMagazin“. Und machen sich damit fit für anspruchsvolle Aufgaben.

Heute lädt Sie der Gabler Verlag – der Verlag für Wirtschaftspraxis – zum Gratis-Lese-Test ein.

Überzeugen Sie sich kostenlos zwei Monate lang, daß Sie mit dem „BWM“ Ihr Fachwissen auf dem aktuellen Stand halten und damit Ihre berufliche Entwicklung selbst aktiv in die Hand nehmen.

Schicken Sie uns den ausgefüllten Test-Coupon – aufgeklebt auf einer Postkarte oder Kuvert. Es lohnt sich!

## TEST-COUPON

Sitte senden Sie mir gratis die nächsten 2 Ausgaben des „BetriebsWirtschaftsMagazin“ zum Kennenlernen. Wenn ich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des zweiten Heftes (Datum der Abendung) mitteile, daß ich keine weitere Bestellung wünsche, ist für mich alles erledigt.

Wenn Sie nichts von mir hören, erhalte ich das „BetriebsWirtschaftsMagazin“ zum Jahresabonnementspreis von DM 94,80 für 12 Ausgaben frei Haus.

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Diese Werbung kann schriftlich innerhalb einer Woche nach Abenden der Bestellung widerrufen werden.

Datum

Unterschrift

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH  
Postfach 1546, 6200 Wiesbaden 1

**GABLER**



# Das Wirtschafts- wunder läßt sich wiederholen

- Warum verdienen Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg mehr als in anderen Bundesländern?
- Und warum gibt es in Baden-Württemberg weniger Arbeitslose?
- Warum haben uns die Japaner vom Platz 2 der westlichen Industrienationen verdrängt?
- Warum glauben selbst viele Arbeitslose nicht, daß die 35-Stunden-Woche wieder neue Arbeitsplätze schafft?
- Warum lassen ausländische Reedereien ihre Schiffe seit Jahren lieber in Korea bauen als bei uns?
- Warum sind die Arbeitsplätze bei Daimler-Benz sicher, und warum mußten bei Hanomag alle Arbeiter gehen?
- Werden wir noch einmal einen Aufstieg wie nach dem Krieg erleben? Läßt sich das Wunder wiederholen?
- „Ja“, sagt der bekannte Wirtschaftsjournalist mercator.\*) mercator ist das Pseudonym des ehemaligen Mitherausgebers der ZEIT und Chefs ihrer Wirtschaftsredaktion, Diether Stolze.
- Ja – das Wunder läßt sich wiederholen – und er sagt auch wie.

\*) Diether Stolze (55) war nach dem Regierungswechsel in Bonn Staatssekretär und Leiter des Bundespresseamtes. Er schrieb mehrere Bücher, darunter „Bleiben wir reich“, „Mach mehr aus Deinem Geld“. Außerdem moderierte er das wirtschaftspolitische Fernsehmagazin „Plusminus“.

Jetzt  
in  
**Bild**

OLYMPIA / Julian K. Roosevelt soll das olympische Komitee verlassen

## Scharfe sowjetische Angriffe gegen Los Angeles – Daume: Kein Boykott

dp/sid, Colorado Springs  
Der Ausschluß des in München stationierten amerikanischen Senders Radio Free Europe/Radio Liberty von den Winterspielen in Sarajewo durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat zu einer ungewöhnlichen Reaktion geführt. Das Exekutivkomitee des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC) sprach dem amerikanischen IOC-Mitglied Julian K. Roosevelt seine Mitgliedschaft aus und verlangte vom IOC den Ausschluß des 58-jährigen aus dem olympischen Gremium.  
Roosevelt hatte als Mitglied des IOC-Exekutivkomitees für den Ausschluß des Senders bei der Abstimmung im entscheidenden IOC-Führungsgremium gestimmt. Der Wirtschaftsmanager, 1926 Segel-Olympiasieger, hatte zur Begründung seiner Entscheidung erklärt, Radio Free Europe/Radio Liberty sei ein Spionage-Werkzeug der amerikanischen Regierung. Die amerikanische Regierung wiederum hatte bei den jugoslawischen Gastgebern und beim IOC vergeblich gegen den Ausschluß des Senders interveniert, der durch einen sowjetischen Protest erfolgte.  
In einer Resolution von USOC heißt es, Roosevelt habe den amerikanischen Interessen geschadet. USOC-Präsident William Simon verlangte in einem Brief an IOC-Präsident Samaranch den Ausschluß Roosevelts aus dem Exekutivkomitee und aus dem IOC.  
Auf amerikanische Kritik hatte Roosevelt bereits in Sarajewo erklärt: „Ich bin niemandem daheim Rechenschaft schuldig. Nach den Statuten des IOC bin ich ein Botschafter des IOC in meinem Land, und nicht umgekehrt.“ Laut IOC-Satzung haben NOKs bei der Auswahl von IOC-Mitgliedern lediglich ein Vorschlagsrecht. Die Nominierung wird vom IOC selbst vorgenommen.  
Trotz der ungewöhnlich scharfen Angriffe kommunistischer Medien gegen die amerikanischen Gastgeber sehen westliche Sportführer dreinhalb Monate vor den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles keine erhöhte Boykott-Gefahr durch osteuropäische Länder. Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), erkennt weder auf sowjetischer noch auf amerikanischer Seite Interesse an einer solchen Eskalation.  
Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees von Los Angeles, meinte: „Bis zur Stunde gibt es

### VOLLEYBALL

#### Der Meister ist müde

DW/sid/dpa, München  
Zum drittenmal in Folge ist der SV Lohhof Deutscher Volleyball-Meister der Damen. Am Samstag setzten sich die Münchnerinnen mit 3:1 gegen den USC Münster durch, gegen die Mannschaften, die als letzte vor dem SV Lohhof Meister war – damals mit der makellosen Bilanz von 38:0 Punkten und nur fünf verlorenen Sätzen in der ganzen Saison.  
So souverän, wie sich 1980 trotz der schon existierenden „Modells Lohhof“ der USC Münster die Meisterschaft sicherte, so souverän sollte eigentlich auch diese Saison für den Münchner Vorortverein verlaufen. Doch am Ende weist die Mannschaft sechs Verlustpunkte auf. Zwei Spiele wurden mit je 1:3 gegen Feuerbach und in Münster verloren, die dritte Niederlage wurde durch ein Verbandsurteil herbeigeführt.  
Nach der langen Saison sei seine Mannschaft „einfach volleyballmüde“, erklärte Lohhof-Trainer Andrej Niemczyk die mittelmäßigen Leistungen aus den letzten Spielen. Seine Spielerinnen mischten in der Meisterschaft, im Pokal und im Europapokal vorne mit, zudem wird die ebenfalls von dem Polen Niemczyk trainierte Nationalmannschaft überwiegend von Spielerinnen aus Lohhof gebildet.  
20 bis 22 Stunden Volleyball pro Woche – das ist trotz professioneller Einstellung irgendwann zuviel. Deshalb steht der Coach jetzt vor einem Motivationsproblem, wenn ab heute die Vorbereitung auf den Springcup (15.-21. April), so etwas wie die westeuropäische Meisterschaft (Endrunde in Berlin), beginnt. Niemczyk hat sich deshalb in der Vergangenheit nicht nur Hilfe von psychologischen Seiten versprochen, sondern versucht es mit dem Vorbild von Kollegen: „Ich mache es wie Dervall in Spanien. Wir trainieren nur ganz wenig.“

### RADSPORT

#### Braun lange vorn, Fünfter

FRANS VERMEEREN, Roubaix  
Gregor Braun, der Doppel-Olympiasieger von 1976 in Montreal, hat lange auf dem schweren französischen Klassiker Paris-Roubaix das Rennen beherrscht. Doch am Ende wurde der Neustädter auf der Radrennbahn im nordfranzösischen Roubaix Fünfter – also wieder kein Klassiker-Sieg für Braun. Das überaus schwere Rennen durch die sogenannte „Hölle des Nordens“, über das Kopfsteinfelder in der Nähe von Lille, gewann im Spurt der Ire Sean Kelly vor dem Belgier Rudy Rogiers und dem Franzosen Alain Bondu, dem früheren Verfolgungs-Weltmeister.  
Gregor Braun hatte sich gemeinsam mit seinem französischen Teamkollegen Alain Bondu schon sehr früh vom Feld abgesetzt, noch bevor das Kopfsteinfeld begann. Zwei Minuten Vorsprung vor einer 15köpfigen Verfolgergruppe hatten die beiden bereits 80 Kilometer vor dem Ziel in Roubaix. In der Verfolgergruppe befanden sich neben Sean Kelly und dem Vorjahrsieger Henne Kuiper aus Holland fast alle Asse. Auf dem Kopfsteinfeld vor Roubaix wagte Kelly dann einen Ausreißversuch, schloß gemeinsam mit Rossiers zu Braun und Bondu auf. Braun fiel zurück, Bondu stürzte 15 Kilometer vor dem Ziel – damit war das Rennen gelaufen, denn der schnellere Spürer war allemal Sean Kelly.  
Bitter ist diese Angelegenheit für die Belgier, die seit Jahren auf einen Sieg bei diesem Rad-Klassiker hoffen. Doch scheint nach Roger Devlaeminck niemand in der Lage zu sein, dessen Erfolge zu wiederholen.  
An den inoffiziellen Wettbörsen in Nordfrankreich, Westfalen und in den Ardennen waren zuvor Eddy Plankert und Eric Vanderaerden als die hohen Favoriten gehandelt worden.

## Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

**FUSSBALL**  
Erste englische Division, 35. Spieltag: Arsenal 2:1, Aston Villa 2:0, Liverpool – West Ham 0:0, Luton – Everton 0:0, Manchester United – Birmingham 1:0, Norwich – Watford 6:1, Nottingham – Brighton 3:1, Queens Park Rangers 1:0, Southampton – Leicester 2:2, Sunderland – Tottenham 1:1, Wolverhampton – Notts 0:1. – Tabellenplätze: 1. Liverpool 58:24 Tore/58 Punkte aus 34 Spielen, 2. Manchester United 54:20/52, 3. Nottingham 58:20/54, 4. Queens Park 54:21/53.  
„DDR“-Oberliga, 21. Spieltag: Halle – Schut 2:3, Dresden – Lok Leipzig 2:2, Magdeburg – Rostock 3:2, Karl-Marx-Stadt – Riesa 2:1, Chemie Leipzig – Frankfurt 1:1, Union Berlin – Aue 0:0. – Tabellenplätze: 1. Dynamo Berlin 51:20/10, 2. Dresden 48:19/22, 3. Magdeburg 44:28/21, 4. Lok Leipzig 42:26/21.  
Länderspiel in Verona: Italien – CSSR 1:1 (1:0). – Schiller-Länderspiel in Saarbrücken: Deutschland – England 2:0 (2:0).  
**HANDBALL**  
Bundesliga, Herren, 23. Spieltag: Schwabing – Dankersen 20:14, Lemgo – Hüttenberg 21:22, Gummersbach – Cöppingen 28:17, Mülheim – Gießen 22:20. – DFB-Pokal, Damen, Achtelfinale: Leverkusen – Jarpfand-Wedding 28:15, Sindelfingen – Frankfurt 22:13, Engelskirchen – Oldenburg 20:16, Oldesloe – Herzhorn 16:18.  
**HOCKEY**  
Bundesliga, Herren, 1. Spieltag, Feld, Gruppe Nord: Kahlenberg – Chur an der Aist 1:1, SW Köln – Oldesloe 1:4. – Gruppe Süd: Heidelberg – München 0:0. – Bundesliga, Damen, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Leverkusen – Düsseldorf 3:0, Krefeld – Hamburg 2:3. – Gruppe Süd: Berlin – Stuttgart 1:0.  
**VOLLEYBALL**  
Bundesliga, Endrunde Damen, 5. Spieltag: Augsburg – Oythe 1:2, Lohhof – Münster 3:1. – DVV-Pokal, Viertelfinale, Damen: Lohhof II – Oythe 0:3.  
**MOTORSPORT**  
Großer Preis von Südafrika in Kyalami, zweiter von 16 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft, 75 Runden – 907,78 km: 1. Lauda (Österreich) McLaren-Ford 1:29:22,400 Std., 2. Prost (Frankreich) McLaren-Ford 1:30:29,290, 3. Warwick (England) Renault eine Rd. zur., 4. Patrese (Italien) Alfa Romeo zwei Rd. zur., 5. de Cesaris (Italien) Lotus-Renault zwei Rd. zur., 6. Senne (Brasilien) Toleman-Hart drei Rd. zur., 7. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 8. Baldi (Italien) Spirit-Hart, 9. Surtees (Schweiz) Arrows-Ford, 10. Hearnik (Frankreich) Ligier-Renault, 11. Brundie (England) Tyrrell-Ford alle vier Rd. zur., 12. Alboreto (Italien), 13. Boutsen (Belgien) Arrows-Ford beide fünf Rd. zur. – Stand WM-Wertung nach zwei Rennen: 1. Prost 15 Punkte, 2. Lauda 9, 3. Rosberg (Finnland) 6, 4. Warwick und de Angelis je 4, 5. Patrese und Cheever je 3, 6. de Cesaris und Brundie je 2, 10. Senne und Tamba (Frankreich) je 1.  
Saarland-Rallye, dritter Lauf zur deutschen Meisterschaft, 933 km Gesamtdistanz, 31 Wertungsprüfungen – 298 km: 1. Demuth/Lux (München/Belgien) Audi Quattro 2:58:33 Std., 2. Weber/Wanger (Neufahrn/Ludwigshafen) Opel Manta 1:58 Min. zur., 3. Bero/Müller (Schneid/Hilfshaus) Porsche Turbo 6:34, 4. Holzer/Holzer (Böblingen/Augsburg) Opel Manta 15:14, 5. Brusch/Schaller (Gibhorn/Hamburg) Opel Manta 17:24, 6. Mayer/Stock (Schlitz/Hassloch) VW Golf 17:48. – Stand der deutschen Meisterschaft nach drei von zehn Läufen: 1. Demuth/Lux 90 Punkte, 2. Bero/Müller 80, 3. Weber/Wanger 58, 4. Blome/Birdges (Böblingen/Idar-Oberstein) 55, 5. Mayer/Stock 46, 6. Bräuer/Hage (Braunschweig/Eschershausen) 43.  
**JUDO**  
Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Elbe – Düsseldorf 7:10, Remscheid – Wolfsburg 7:12, Witten –







# Neue Panne im All: „Solar Max“ ließ sich nicht an die Leine legen

US-Astronaut konnte Satelliten nicht zur Reparatur stabilisieren / Heute zweiter Versuch

A. BÄRWOLF, Hamburg  
Der erste Versuch in der Geschichte der Weltraumfahrt, einen defekten Satelliten durch einen frei im Raum schwebenden Astronauten stabilisieren und reparieren zu lassen, ist in der Nacht zum Montag fehlgeschlagen. Der Astronaut George Nelson arbeitete sich mit seinem Manövriergerät aus der offenen Ladeluke des US-Raumflugzeuges „Challenger“ an den fast vier Meter hohen und 2,5 Tonnen schweren Sonnensatelliten „Solar Max“ heran. Dann jedoch scheiterten mehrere Anläufe des Astronauten, sich mit einem Koppelstutzen an den Himmelskörper anzuschließen. Nelson, der dieses Manöver viele Male in Simulatoren auf der Erde geübt hatte, versuchte immer wieder unter Einsatz seines Lebens den 1980 gestarteten Satelliten auf diese Weise zu stabilisieren: vergeblich. Der etwa fünf Zentimeter lange Koppelstutzen des Satelliten rastete nicht in dem Stutzen ein, den Nelson über seinem Raumanzug vor dem Bauch trug. Nelson versuchte sogar, den Satelliten manuell in seiner Rotation zu stoppen – allerdings auch das vergeblich.

Bald stellte sich dann heraus, warum Nelson große Schwierigkeiten hatte, mit „Solar Max“ Verbindung aufzunehmen: Der Satellit rotierte wesentlich schneller, als man angenommen hatte. Vor dem Start des 11. Shuttle-Unternehmens war mit einer Rotationsgeschwindigkeit von 0,5 Grad in der Sekunde gerechnet wor-

den. Tatsächlich drehte sich der Satellit jedoch mit mindestens drei Grad pro Sekunde um seine eigene Achse. Nach wenigen Minuten rief Raumfahrtkommandant Crippen, der zum dritten Mal mit dem Shuttle unterwegs ist, seinem Kollegen Nelson zu: „Komm zurück.“ Er erteilte ihm den Befehl zur Ladeluke zurückzukehren, in der der Astronaut van Houten sich bereit hielt.

Der amerikanischen Raumflugführung blieben nach dieser unerwarteten Panne zwei Möglichkeiten. Erstens: Das zweite Manövriergerät, das sich noch an Bord befindet, für einen zweiten Koppelungsversuch einzusetzen. Dabei hätte dann Nelson mit größerer Kraft versuchen müssen, die Koppelungs-Vorrichtung doch noch zum Einrasten zu bringen. Schnell entschied jedoch Kommandant Crippen auf diesen Versuch wegen der starken Rotation des Satelliten zu verzichten. Nach Diskussionen zwischen den Astronauten und den Bodenstationen in Houston und Greenbelt an der Ostküste einigte man sich auf die zweite Möglichkeit. So soll heute versucht werden, den Satelliten trotz der starken Rotation ohne Astronautenhilfe, nur mit dem Greifarm von „Challenger“ einzufangen. Am Ende dieses Greifarms läßt sich eine Koppel-Vorrichtung befinden, die mit jener des Astronauten identisch ist. Ob dies allerdings wegen der schnellen Drehung von „So-

lar Max“ gelingt, bleibt ungewiß, denn die Manövrierfähigkeit des Raumschiffs ist naturgemäß geringer, als die eines frei schwebenden Astronauten.

Bevor Nelson sich ins Ungewisse stürzte und an den drehenden Satelliten mit seinen gespreizten Flügeln heranarbeitete, hatte die Bodenstation in Greenbelt durch Funkkommandos die Steuerkontrollen deaktiviert. In dem Satelliten befindet sich noch Explosivsätze, die zumindest für die Zeit der Annäherung entschärft werden mußten. Außerdem war es notwendig, die Lagerungsrollen für die Zeit der Reparatur außer Betrieb zu setzen, damit der Apparat nicht plötzlich in unkontrollierte Bewegungen übergehen und den Raumanzug Nelsons aufreißen konnte. Die Panne ereignete sich während der 33. Erdumrundung von Challenger, kurz nachdem er den amerikanischen Kontinent passiert hatte. Das Unternehmen ist von größter Bedeutung für die künftige Reparatur von Satelliten. Bei einem Erfolg würden alle neuen Satelliten mit den Vorrichtungen zum Einfangen und Koppeln ausgerüstet werden. „Solar Max“ war am 14. Februar 1980 gestartet worden mit dem Auftrag, Sonnenruptionen zu beobachten. Aber schon kurz nach dem Start waren die technischen Schwierigkeiten aufgetreten, die den Satelliten zunächst zu einem Totalausfall machten.



Von D. GURATZSCH

Eine Massenvermehrung des Borkenkäfers „In bisher nicht gekanntem Ausmaß“ melden Forstämter in der Tschechoslowakei und in Süddeutschland. Bayerische Forstbehörden haben den „Wald-Notstand“ ausgerufen. In verschiedenen Bundesländern wird der Einsatz von Arbeitslosen gegen die Käferplage erwogen, die den bereits durch Luftschadstoffe geschwächten Wäldern einen weiteren schweren Schlag zu versetzen droht.

Nach Meinung der Forstexperten geht die ungewöhnliche Vermehrung der Waldschädlinge, die bei warmer Witterung Mitte April zu fliegen beginnen, vor allem auf die trockenen Sommer von 1982 und 1983 zurück. Statt bis zu drei Generationen in „normalen Jahren“ konnten in den heißen Sommern nach Angaben des bayerischen Landwirtschaftsministeriums bis zu sieben Generationen schlüpfen. Dabei produzierte ein Borkenkäferpaar bis zu 8000 Nachkommen.

Aber auch ungewöhnliche Mengen von Schneeebruch-Schadholz (1981/82 allein in Baden-Württemberg drei Millionen Festmeter, dazu 300 000 Festmeter Sturmholz 1983) und die allgemeine Schwächung der Wälder durch Schadstoffemissionen hätten, so die Fachleute, ideale Lebensbedingungen für die Schädlinge geschaffen. Vitale Bäume verfügen über einen Abwehrmechanismus. Sie ersticken die Käfer, die in den Rinden brüten, mit Harz. Geschwächte Bäume sind zu dieser Reaktion jedoch nicht fähig. Außerdem scheiden sie Duftstoffe aus, die die Schädlinge sogar in Scharen anlocken.

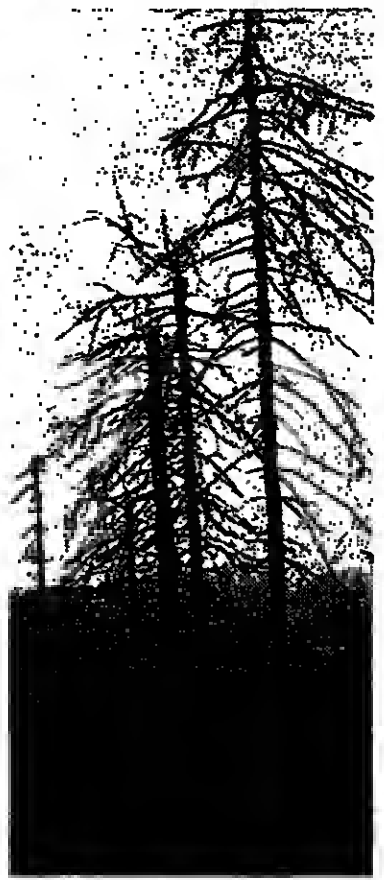
Eine Vermehrung der Schadinsekten wie jetzt hat es nach Meinung der

So klein die winzigen Schädlinge auch sind (Foto links), wenn sie in Millionenenscharen auftreten, richten die Borkenkäfer verheerende Schäden an. Die Masse der „Schneepore“ (Foto rechts) läßt schließlich ausgewachsene Bäume sterben.

FOTOS: DPA

## Käfer geben dem deutschen Wald den Rest

Fachleute höchstens in den Nachkriegsjahren 1946 bis 1948 gegeben, wo die Tiere verheerende Schäden vor allem in Fichtenwäldern anrichteten. Die Schadholzmengen von 1983 müßte bereits als Alarmzeichen gewertet werden. Sie betrug im Bundesgebiet zwei Millionen Festmeter, ein Viertel davon stellte allein das Land Bayern.



Vom Borkenkäfer „Inbegriffene“ Tanne. FOTO: HENNING CHRISTOPH

## Der Frühling nimmt einen neuen Anfang

AP, Frankfurt  
Erste Ansätze für eine Wetterlage, die das Attribut „Frühlingshaft“ verdient, haben die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes für Mitte dieser Woche versprochen. Den sprichwörtlichen Silberstreif am Horizont erblickten sie auf ihren Karten in Gestalt eines Hochdruckkeils. Er soll sich von einem Schlowetgebiet über Irland bis nach Norddeutschland schieben und der Zufuhr feuchtkalter Meeresluft von Norden her Einhalt gebieten, sagten sie am Wochenende. Die Tagestemperaturen hätten am Wochenende lediglich im östlichen Teil Deutschlands die Zehn-Grad-Grenze überschritten. In der übrigen Bundesrepublik war es auch gestern nördlich der Mittelgebirge noch bitterkalt. Bremen meldete minus 2,5 Grad, Hannover minus ein und Hamburg null Grad.

Die Meteorologen erwarten von Dienstag an auflockernde Bewölkung und allmählich ansteigende Tagestemperaturen, die tagtäglich etwa 15 Grad erreichen dürften. In den Mittelgebirgen liegen nach wie vor beachtliche Schneedecken.

Absturz: 3 Tote  
Dpa, Trier  
Drei Menschen kamen gestern beim Absturz eines Sportflugzeuges vom Typ Piper bei Wittlich in der Eifel ums Leben. Die Maschine stürzte auf einen Fußballplatz. Wahrscheinlich brachte ein Fehler des Piloten die Maschine bei neblig-trübem Wetter ins Trudeln.

Schnee für Marokko  
rtr, Rabat  
Die USA wollen Marokko mit Schnee helfen. Beide Staaten unterzeichneten ein Abkommen über ein Projekt, das der Förderung des Schneefalls im Atlas-Gebirge – einem wichtigen Wasser-Reservoir in Marokko – dienen soll.

Hochwasser in New York  
dpa, New York  
Hochwasser hatte am Wochenende Tausende von Menschen in der Umgebung von New York aus ihren Wohnungen vertrieben. Nach zweitägigen stürmischen Regenfällen standen viele Häuser, Straßen und Felder in New Jersey und den Wohnbezirken nördlich von New York unter Wasser.

Zehnjährige Mutter  
dpa, Chicago  
Ein 10-jähriges Mädchen hat in Chicago ein drei Kilogramm schweres Mädchen zur Welt gebracht. Die Polizei wußte die Zehnjährige nicht, daß sie schwanger war. Das Mädchen sagte, es sei im Juli vergangenen Jahres von einem 45 Jahre alten Onkel vergewaltigt worden.

Rettender Zusatz  
SAD, London  
Der britische Chemiegigant ICI will noch in diesem Jahr bei einem kontrollierten Absturz einen Treibstoffzusatz testen, der die verheerenden Explosionen bei Flugzeugunglücken verhindern soll. Bei dem Zusatz handelt es sich um eine FM 9 genannte Chemikalie, die Flugzeugtreibstoff bei einem plötzlichen Aufprall zu Gelee erstarren läßt.

Tödliche Flugshow  
dpa, Madrid  
Fünf Menschen sind gestern bei einer Luftschau auf Teneriffa ums Leben gekommen. Der spanische Kunstflugmeister Gil de Montes hatte die Gewalt über sein Kleinflugzeug verloren und vier Zuschauer mit in den Tod gerissen.

ZU GUTER LETZT  
Komplett ausgestattetes Pokersbett, 150 x 200 cm, wie abgebildet (ohne Matratze). Aus einem Prospekt der Firma „Möbel-Franz“

## Kinder zogen in die Straßenschlacht

Fußball-Fans, „Street-Gangs“ und Soldaten sorgten für unruhiges Wochenende

AP, Frankfurt  
Straßenschlachten und Schlägereien haben am Wochenende die Polizei in Atem gehalten. In München wurden 21 Fußballfans verhaftet, die nach dem 2:2-Endstand des Spieles Bayern München gegen VfB Stuttgart randaliert hatten. In Ansbach trieb die Polizei in den Morgenstunden des Samstag 25 Deutsche und US-Soldaten auseinander, die sich eine blutige Massenschlägerei geliefert hatten, bei der es zahlreiche Verletzte gab. Frankfurts Polizei nahm nach einer Straßenschlacht zwischen verfeindeten „Street-Gangs“ schon am Freitagabend 70 junge Leute vorläufig fest.

Wie die Münchner Polizei erklärte, hatten die Fußballfans am Hauptbahnhof und im Olympia-Stadion

randaliert. Gestern wurden zehn wieder auf freien Fuß gesetzt. Elf sollten dem Ermittlungsrichter zur Haftprüfung vorgeführt werden. Sie müssen sich wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Beleidigung und Verstoß gegen das Waffengesetz verantworten.

Bei der Ansbacher Massenschlägerei waren sich die Männer im Alter zwischen 20 und 25 Jahren vor einem Lokal „in die Haare geraten“, unter ihnen deutsche und amerikanische Soldaten. Nach Polizeiangaben gingen die Kontrahenten nicht nur mit Fäusten, sondern auch mit Messern und Gaspistolen aufeinander los.

Am Freitagabend trafen in Frankfurt Stadtteil Hausen rund 250 Mitglieder drei verfeindeter Straßengangs in den Ortsteilen Hausen,

Praunheim und Nordweststadt unter einer Autobahnbrücke aufeinander. Beteiligt waren auch Mitglieder des radikalen Fußballfans „Adlerfront“. Die Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren, gingen mit Baseballschlägern, Fahrradketten, Schlagstöcken, Messern und auch mit Tränengaspistolen aufeinander los.

Die Polizei zog aus allen Stadtteilen Kräfte zusammen, setzte mehr als 100 Beamte, 33 Einsatzwagen, Hunde und Hubschrauber ein und trieb die „Kampfbühne“ auf dem zukünftigen Gelände der Bundesgartenschau an der Nidda auseinander. 70 Jugendliche, unter ihnen auch drei Mädchen, wurden vorläufig festgenommen, aber am Abend wieder freigelassen.

## Selbstmordwelle macht die Japaner ratlos

1983 stieg die Selbstmordrate um mehr als 20 Prozent / Auflösungstendenzen in der gruppenorientierten Gesellschaft

FRED de LA TROBE, Tokio  
Mit 25 202 Toten pro Jahr oder 70 pro Tag stieg Japan Selbstmordrate 1983 auf einen Nachkriegsrekord. Nach Angaben der japanischen Polizei von Anfang April lag die Zahl damit um mehr als 20 Prozent höher als im Jahr davor. Die amtlichen Statistiken förderten auch die erstaunliche Tatsache zutage, daß fast die Hälfte der Opfer den Altersgruppen zwischen 40 und 59 Jahren angehören.

Unter diesen Jahrgängen waren besonders viele Arbeitslose, Geschiedene aber auch Beschäftigte in verantwortungsvollen Stellungen. So stürzte sich vor einigen Tagen der 50-jährige Direktor von Hitachis Elektromaschinenwerk in der Stadt Mito vom 39 Meter hohen Dachgeschoß des Verwaltungsgebäudes in die Tiefe. Das Motiv des Selbstmordes soll die unbefriedigende Geschäftslage des Betriebs gewesen sein.

Die Freitagdsche Nummer eins war im vergangenen Jahr jedoch immer noch Krankheit. Danach folgten Angst vor Schande gegenüber der

Gesellschaft und Isolierung, Trunksucht, Familienstreit und Liebeskummer.

Der Psychiater Kenshiro Obara führt die steigenden Selbstmordraten auf beginnende Auflösungstendenzen in der gruppenorientierten Gesellschaft Japans und auf die Entfremdung im Zusammenleben der Menschen zurück. Die Zeitung „Mainichi“ stellte fest, daß die Altersklassen in den Vierzigern und Fünfzigern entscheidend am wirtschaftlichen Aufbau des Landes in den letzten Jahrzehnten beteiligt gewesen seien. „Jetzt verdienen sie eine Belohnung, stattdessen legen sie aber Hand an sich selber“, klagt das Blatt.

Der Psychologe Toyomasa Fuse wundert sich dagegen, daß die Selbstmordrate in Japan nicht wesentlich höher als in Nord- und Mitteleuropa liegt. Das buddhistisch geprägte Inselvolk beurteilt den Freitod nämlich sehr nachsichtig und steht damit im krassen Gegensatz zur vorherrschenden Auffassung im christlichen Abendland.

Der Buddhismus sieht im Tod et-

was schönes und reinigendes. Er läßt zu Lebenszeiten begangene Verfehlungen aus. Zwar werden in Japan Selbstmörder nicht gerade gepriesen, doch läßt sich ihr Tun rechtfertigen: ihr Verantwortungsgefühl vor anderen und sich selbst hat sie dazu getrieben, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Durch den Tod können die Gestorbenen hoffen, für ihr Versagen Nachsicht zu finden.

In der japanischen Gesellschaft – vor allem auch im Film und Drama – lebt auch immer noch etwas von der langen Tradition des Harakiri (Seppuku), dem ehrenvollen Freitod durch Bauchaufschneiden fort. Nach ersten Pflichtverletzungen stieß sich der zum Tod entschlossene in Gegenwart eines Freundes ein Kurzschwert in die linke Seite des Unterleibs und riß sie dann nach rechts oben. Während der Verblutende nach vorne fiel, schlug ihm sein Freund mit seinem Schwert das Haupt ab. Damit war die Schuld gesühnt und die Ehre gerettet.

Mit diesem Abendlied grausig anmutenden Todesritual schied als

letzter Prominenter der international berühmte Schriftsteller Yukio Mishima 1970 aus dem Leben. Heutzutage wählen aber die Selbstmörder in Japan ähnliche Methoden, wie sie im Westen üblich sind.

Im vergangenen Jahr nahmen sich 1790 Japaner das Leben, die sich nicht mehr aus dem Fängen sogenannter „Kreditheile“ befreien konnten. Wer im Falle von Geldnot die von den Banken geforderten hohen Sicherheiten nicht leisten kann, findet bei derartigen privaten Kreditgebern letzte Zukunft. Sie fordern ihren Schuldnern Wucherzinsen ab und schrecken beim Eintreiben der Gelder vor brutalen Methoden nicht zurück.

In der japanischen Selbstmordrate ist auch an jedem Tag mindestens eine Familienkatastrophe eingeschlossen. In 75 Prozent der Fälle sind es Mütter, die erst ihre Kinder töten und sich dann selbst umbringen oder gleichzeitig aus dem Leben scheiden. Am häufigsten ist der Tod durch Ertrinken oder durch Gas. (SAD)

## LEUTE HEUTE

### Vorarbeiten

Bedienstete des Vatikans waren am Samstag bemüht, sämtliche Nonnen aus dem Blickfeld eines indischen Guru zu entfernen, der mit 20 Anhängern von Papst Johannes Paul II. zu einer kurzen Audienz empfangen wurde. Der Guru, der von seinen Gefolgsgleuten „Seine göttliche Heiligkeit Sri Pramukh Swami“ genannt wird, lebt in strengstem Zölibat und hat nach eigenen Angaben seit 44 Jahren jeden Anblick einer Frau vermieden. Seiner Sekte „Swaminarayan Hindu Mission“ sollen weltweit 35 Millionen Menschen angehören.

### Titel-Änderung

Der Sultan des seit Januar unabhängigen winzigen Oststaates Brunei an der Nordwestküste von Borneo, Muda Bei Kija, ist der neueste Kandidat für den Titel Reichster Mann der Welt. Die Londoner „Sunday Times“ führte ein paar jener Dinge auf, die das Leben des absoluten Herrschers über 200 000 Untertanen angenehm machen. Der Sultan, dessen jährliches Einkommen aus Öl und Gas mehr als zehn Milliarden beträgt

und dessen Aktienpakete einen Wert von fast 80 Milliarden Mark darstellen, ließ sich für mehr als eine Milliarde Mark einen Palast bauen, der dreimal so groß ist wie Londons Buckingham-Palast und der 1786 Zimmer hat. Der Sultan besitzt 100 Autos, eine Jacht, eine Boeing 727 und eine Farm in Australien, die größer als sein ganzes Sultanat ist.

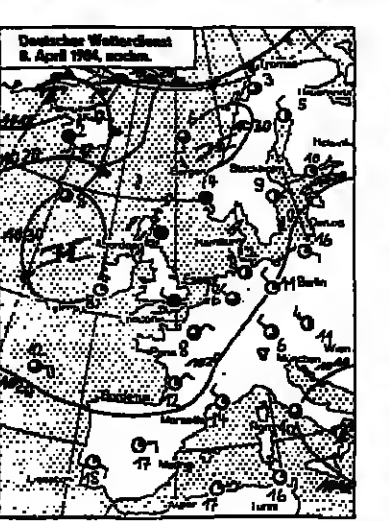
### Mafia-Banker

Erstmals ist in Italien nahezu die gesamte Verwaltungsspitze einer Bank wegen Mafia-Verdachts verhaftet worden. Carabinieri nahmen den Präsidenten der Volkskreditbank „Don Bosco“ der Gemeinde San Cataldo bei Catanzaro in Sizilien, Giuseppe Viorano, und dessen Vorgänger Attilio Filate fest. Ebenfalls hinter Gitter kamen der Generaldirektor und drei Verwaltungsratsmitglieder sowie drei Großkreditgeber des Geldinstituts. Den Verdächtigen wird vorgeworfen, die Geschäfte der organisierten Unterwelt betrieben zu haben. Dabei soll auch schmutziges Mafia-Geld „gewaschen“ worden sein.

## WETTER: Allmählich wärmer

Wetterlage: An der Ostflanke eines Hochs westlich von Island fließt weiter wolkentriebe und verhältnismäßig kühle Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Montag  
Berlin: Heiter bis wolbig und niedriger.



schlagfrei. Höchsttemperaturen um 14 Grad, nachts Abkühlung auf 5 Grad, schwachwindig.

Bundesgebiet: Überwiegend starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und vereinzelt Schauer, südlich der Donau auch zeitweise Regen. Höchsttemperaturen zwischen 7 und 10 Grad, in den Mittelgebirgen bei 3 Grad, nachts Abkühlung auf 4 bis null Grad, schwacher Wind aus Nordwest.

Weitere Ansichten:  
Allmählich freundlicher und wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:	
Berlin	11°
Bonn	7°
Dresden	8°
Essen	6°
Frankfurt	8°
Hamburg	7°
List/Sylt	1°
München	6°
Stuttgart	7°
Alger	17°
Amsterdam	6°
Alten	15°
Bavaria	15°
Brüssel	8°
Budapest	15°
Bukarest	9°
Helsinki	10°
Istanbul	10°
Köpenh.	6°
Las Palmas	20°
London	7°
Madrid	17°
Mallorca	14°
Moskau	9°
Nizza	17°
Oslo	4°
Paris	8°
Prag	7°
Rom	10°
Stockholm	9°
Tel Aviv	22°
Tunis	16°
Wien	11°
Zürich	6°

\* Sonnenaufgang am Dienstag: 6.38 Uhr, Untergang: 20.10 Uhr, Mondanfang: 12.45 Uhr, Untergang 4.42 Uhr.  
in MESST, zentraler Ort Kassel.

## Die Mexikaner bauen auf Zelluloid

W. THOMAS, Mexiko Stadt

John Wayne, Johnny Weismüller und Gary Cooper hatten nicht nur den Beruf gemeinsam. Sie teilten auch die Vorliebe für ein Land: Mexiko. Weismüller wollte dort sogar beigesetzt werden. Sein Wunsch ging vor einigen Wochen in Erfüllung. Die Hollywood-Stars konnten den südlichen Nachbarn der USA während ihrer Arbeit kennen- und schätzenlernen. Mexiko gilt seit dem dreißigsten Jahren als ideales Filmgelände. Nügendwies anders auf der Welt – Hollywood ausgenommen – sind so viele Streifen gedreht worden wie hier.

Einige der erfolgreichsten Produktionen der Filmgeschichte entstanden in diesem Land. „High Noon“ beispielsweise, der Westernklassiker mit Gary Cooper und Grace Kelly. Richard Burton und Elizabeth Taylor traten in dem Pazifik-Ort Puerto Vallarta für die „Nacht des Leguan“ vor die Kamera. Die „Butch Cassidy“-Komödie mit Paul Newman und Robert Redford wurde in den Bergen und Dörfern des Bundesstaates Morelos aufgenommen. Der letzte Costa-Gavras-Streifen, „Vermittelt“, kam in Mexiko-City und Umgebung zustande. Im Februar wurde bekannt, daß Burt Lancaster wieder einmal von be-

rußwegen in Mexiko weilte: Der Veteran hatte sich in Cuernavaca bei einer umstrittenen Szene mit einer jungen Kollegin geprügelt.

Als Filmstadt ist Mexiko heute attraktiver denn je. Allein im vergangenen Jahr gab es mehr als 80 ausländische Produktionen. „Die Leute stehen Schlange“, sagt Margaret Donaghey, Sprecherin der im Dezember gegründeten Filmbehörde des Staates Morelos. Morelos, ideal bei Mexiko-City gelegen, hat Hochkonjunktur. Acht Streifen sind in den letzten zwei Monaten abgedreht worden, zehn weitere sind schon geplant.

Die Amerikanerin Margaret Donaghey glaubt die Gründe für den Boom zu kennen: Schöne Landschaft, herrliches Wetter, geringe Kosten. In Mexiko können Filme gewöhnlich um 60 Prozent billiger gedreht werden als anderswo. Die riesigen Churubusco-Studios in Mexiko-City bieten zudem alle technischen Raffinessen, die ein Regisseur braucht. Und die Gewerkschaften machen keine Schwierigkeiten. Arbeitskräfte sind leicht zu beschaffen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung geht keiner regelmäßigen Arbeit nach. Nicht zuletzt kooperiert die Polizei bereitwillig, besonders,

wenn mit Geldscheinen nachgeholfen wird.

Ausländer schaffen Arbeitsplätze, bringen Devisen und lindern auf diese Weise die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise. Deshalb will der Staat Morelos noch mehr auf die Filmbranche setzen als bisher. In Cuernavaca sollen Studios entstehen, damit die Crews nicht mehr hochfahren müssen in die schlechte Luft und das Verkehrschaos der Hauptstadt. Ein internationaler Flughafen ist geplant. „Dann wird Cuernavaca nur zwei Stunden von Los Angeles entfernt sein“, betont Margaret Donaghey.

Nicht alle Produzenten jedoch machen gute Erfahrungen mit dem Film-Mexiko. Das Beispiel des Hamburgers Jürgen Mohrbuter beweist das. Mohrbuter will seit einigen Wochen den Streifen „Edmundo“ für das ZDF drehen und erhält keine Genehmigung, obgleich die Mexikaner zuvor schon grünes Licht gegeben hatten. Der Film soll das traurige Schicksal brasilianischer Waisenjungen schildern. Mit dem Hinweis auf eine „neue Moral“ ist dem Produzenten bisher die Dreherlaubnis verweigert worden. (SAD)

## Verband gegen die Zeit

H. WEISSENBERGER, Paris

Ein französischer Kinderarzt, Professor Boris Sandler (62) ist zu einem Feldzug gegen die Sommerzeit aufgebrochen, die, wie er sagt, für Kinder, kranke, alte Leute und Nachtarbeiter eine „erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität“ bedeutet. Sandler, Professor an der Universität Bordeaux und Chef der Kinderklinik des Krankenhauses Pellegrin in Bordeaux, gründete den „Verband gegen die Sommerzeit“. Der hat bereits 2000 Mitglieder und sammelte schon 12 000 Unterschriften für die Abschaffung der Sommerzeit.

Der Professor war eher durch Zufall auf die Sommerzeitprobleme gestoßen, als er 1976 Kinderarzt in Li-Land bei Bordeaux war. Er war überrascht von der Zahl der Eltern, die zu ihm kamen, weil ihre Kinder an Schlafstörungen litten. „Ich konnte den Eltern nichts anderes empfehlen, als zu versuchen, ihre Kinder so früh wie möglich ins Bett zu stecken. Aber das ist bei der heutigen Lebensweise leichter gesagt als getan.“ Der Professor veröffentlichte einen Artikel in einer medizinischen Fachzeitschrift, die ihm derart viele Zuschriften ein-

brachte, daß er beschloß, einen Verband zu gründen.

Sandler: „Die Behörden behaupten, zwei Drittel der Franzosen seien für die Sommerzeit. Ich weiß nicht, auf welche Daten sie sich dabei stützen. Bestimmt nicht auf die Kinder, die immerhin 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen.“ Außer den Kindern beeinträchtigt die Sommerzeit vor allem den Lebensrhythmus der Bauern und der Nachtarbeiter wie die Briefsortierer der Post, die Eisenbahner und die Nachtschichten in kontinuierlich arbeitenden Fabriken.

„Ganz übel dran sind auch die alten Leute in Altersheimen und die Patienten in Krankenhäusern und Kliniken, für die sich nach der frühen Abendmahlzeit der Abend unendlich lang hinzieht“, sagt Sandler. In seinen Augen wird die relativ geringe Ersparnis (ca. 300 000 Tonnen Erdöl) durch die Kosten der „perverse“ Auswirkungen der Sommerzeit mehr als zunichte gemacht. Der Professor meint: „Wenn man alle die Minderheiten zusammennimmt, für die die Sommerzeit eine Einbuße an Lebensqualität bedeutet, würde sich vermutlich herausstellen, daß sie die Mehrzahl sind.“